

268, 295.

10956.  
Qh. 79.

Ueber die  
**Kriegsgefangenschaft.**

Eine völkerrechtliche Studie

von

**Otto Eichelmann.**



Der Reinertrag aus dem Verkauf dieser Abhandlung ist zum Besten der in  
diesem Türkenkriege verwaisten Soldatenkinder bestimmt.

**Dorpat.**

Druck von C. Mattiesen.

1878.

ÜBER DIE  
KRIEGSGEFANGENSCHAFT.

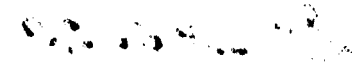
---

EINE VÖLKERRECHTLICHE STUDIE

VON

OTTO EICHELMANN.

NE NIMIS.



DORPAT.

DRUCK VON C. MATTIESEN.

1878.

Meinen Eltern

gewidmet

in

Ehrfurcht, Dankbarkeit und Liebe.

D 286629

Ueber die  
**Kriegsgefangenschaft.**

Eine völkerrechtliche Studie

von

**Otto Eichelmann.**

Behufs Erlangung

des Grades

**eines Magisters des Staats- und Völkerrechts**

von

Einer hochverordneten Juristen-Facultät

der

**Kaiserlichen Universität Dorpat**

**zur öffentlichen Vertheidigung**

zugelassen.

**Dorpat.**

Druck von C. Mattiesen.

1878.

Gedruckt mit Genehmigung der juristischen Facultät.  
Dorpat, den 31. Januar 1878. Decan Engelmann.  
№ 35.



## Litteratur und Quellen,

die in der vorstehenden Arbeit benutzt werden.

- Berner, im St. W. B. Art., Beute, Krieg, Repressalie.  
Bielefeld, Institutions politiques, 1760, II, p. 137.  
Bischof, posit. öffentl. internat. Seerecht. 1868, p. 41—42.  
Bluntschli, das moderne Völkerrecht.  
„ (In den Jahrb. für Gesetzgebung etc. d. dtsh. R., 1872.)  
Bynkershoek, Quaestiones juris publ., lib. duo; I et II.  
Clercq, Rec. des traités de France. VII, 605 ff.  
Cussy, Phases et causes célèbres du droit marit. d. Nat. II, 410 ff.  
Calvo, Le droit international. Théorique et pratique, II, 140—52.  
Domin-Pétruchewecz, Précis d'un code du droit international.  
A. CXI—CXXVI.  
Du Mont, Corps univ. dipl. du droit des gens. T. VI—VIII.  
Fioré, Nouv. droit int. publ. T. II, 295—97.  
Göz, in Goldt. Arch. 1870 (über das Beuterecht).  
Grotius, de jure belli ac pacis; lib. III, c. 10—14.  
Gurlt, z. Gesch. d. intern. u. freiwill. Krankenpfl. im Kriege.  
Halleck, international law. ch. 18 u. 27. 1866.  
Hautefeuille, hist. des origines . . ., 1858 p. 34—40.  
Heffter, d. europ. Völkerrecht, 1873, § 124—29.  
Ивановъ, Характеристика между отнош. и м. права 1874.  
Каченовскій, Курсъ между права, выпускъ II, 1866.  
Klüber, Le droit des gens mod. de l'Europe.  
Landa, El derecho de la guerra.  
Laurent, Hist. du droit des gens, V. 1—XI.  
Lüder, Die Genfer Convention 1876.  
Oke Manning, Comment. on the law. of Nat. 1839, p. 155—65.  
Мартенсъ, О правъ частной собств., во вр. войны. 1869.  
Martens, Précis du droit des gens. Éd. Vergé. 1864, §§ 271—2, 5—7.  
Martens, Rec. de traités . . ., Suppl., N. R., N. R. G.  
Mohl, Encycl. d. Staatswiss., 1872.  
Moser, Versuche eines europ. V.-R.'s. Bd. IX.  
Moynier, la Convention de Genève. 1870.  
Müller-Jochmus, Gesch. des V.-R.'s im Alterthum 1848.

### VIII

- Neumann, Grundriss des heutigen europ. V.-R.'s 1877, §§ 45—46.  
Oppenheim, System d. V.-R.'s p. 281.  
Ortolan, Règl. internat., I, 350; II, 230.  
Phillimore, Comment. upon intern. law. III, ch. 95—96, 110—11.  
Пиуновский, законы и правила войны по межд. праву. 1877.  
P.-Ferreira, Cours du dr. pbl. intern. et extr., II, 35—36, 100.  
Полн. Собр. Зак. Росс. Имп.  
Polson, Principles of the law. of Nations, p. 42—43.  
Projet pouvant servir de base à un règl. int. rel. aux pris. de guerre 1874.  
Pütter, Zur V.-R.'s-Geschichte, 1843.  
Revue de droit intern. et de législ. comp. T. II—VI.  
Saalfeld, Hdb. d. posit. V.-R.'s. 1833, 195 ff., 205 ff.  
Schmelzing, Syst. Grundriss d. prakt. europ. V.-R.'s. 1818—20.  
Schmalz, Das europ. V.-R. 1817. p. 226—37.  
Staatsarchiv, Bd. 27 u. 28. — 1875.  
Стояновъ, Очерки истории и догматики межд. права, p. 604 ff.  
Travers Twiss, Law of Nations, V. II 349—63.  
Vattel, le droit des gens. L. III, § 136—58.  
Ward, Inquiry into the foundation and history of the law. of nat.  
Wheaton, Eléments de droit intern. P. IV, ch. II, § 1—8.  
„ Hist. des progrès . . . I, p. 213—16, 370.  
Wenck, Codex juris gentium recentissimi, I—III.  
Wildmann, Institutes of int. law. v. II, 26.  
Woolsey, Introduction to the study of int. law. §§ 124—30, 33, 36.  
Zachariä, 40 Bücher vom Staat, V, 99—117.  
Zechin, Abhandl. ü. d. europ. V.-R. nach syst. Ordn. 1793. § 216—29,  
32, 42—51.

### Inhalts-Übersicht.

Einleitung pag. 37.

**Darstellung des die Kriegsgefangenen betreffenden praktischen Kriegsvölkerrechts**, p. 42. Wer zum Kriegsgefangenen gemacht werden darf, p. 44. Wer, wenn in die Gewalt des gegnerischen Staats gerathen, ein Anrecht auf Kriegsgefangenschaft hat, p. 88. — Beginn der Kriegsgefangenschaft und die Rechte der Kriegsgefangenen, p. 101. Die Rechte des Nehmestaats, p. 149. Repressalien an Kriegsgefangenen, p. 180. Ende der Kriegsgefangenschaft, p. 190. Schluss, p. 196.

### Corrigenda.

Statt der letzten 4 Zeilen auf Seite 45 und der 2 ersten auf S. 46 ist zu lesen: Hinsichtlich der kriegsvölkerrechtlichen Stellung der Nichtcombattanten gab es nicht nur im 17., sondern auch im 18. Jahrhundert keine einheitliche Kriegsrechtspraxis. — Beispiele für die Befreiung der Nichtcombattanten von der Kriegsgefangenschaft giebt es auch bereits im 17. Jahrhundert.

S. 47, Zeile 8 statt „dem bereits citirten Text“ l. „Text“. Derselbe ist wie folgt in der Anmerkung einzufügen: tous les individus, attachés simplement au service des armées et qui ne sont pas du nombre des combattants, ne seront réputés prisonniers de guerre.

Auf p. 199, Zeile 4 von unten, l.: Versprechens.

Auf p. 189, Zeile 3 von oben, l.: der die Kriegsmanier nicht achtenden.

## Thesen.

- 1) Bei der Controverse über den Begriff der Polizei handelt es sich um einen Wortstreit.
- 2) Die Art der Gruppierung der von den Staaten über internationale Verhältnisse geschlossenen Verträge ist völkerrechtlich gleichgültig.
- 3) Die Encyclopädie der Rechts- und Staatswissenschaft ist Rechts- resp. Staats-Philosophie.
- 4) Die versuchten principiellen Grenzscheidungen zwischen Foederativstaat, Bundesstaat, Staatenbund und Realunion sind unhaltbar.
- 5) Die Rechts- und Staatslehre sind Theile der Gesellschaftslehre.
- 6) Die internationalpolitischen Retorsionen sind keine Rechtsmittel.

## Einleitung.

---

Ohne die Beantwortung der Frage von der Rechtsnatur des Krieges im Einzelnen zu versuchen, was uns zu weit von unserer speziellen Aufgabe abführen würde, dürfen wir dennoch nicht übersehen, dass eine Reihe von Thatsachen aus der neuesten Zeit den Krieg mit bestimmten rechtlichen Beschränkungen zu umgeben bestrebt waren.

Wolf, darauf Vattel und Kant und nachher die gesammte Völkerrechts-Litteratur verlangten, dass der Krieg nur als Rechtsmittel angewandt werde. Die Natur des Staatenverkehrs schliesst aber für den Krieg ein dem Civil- und Criminalprocess analoges Verfahren aus und die Staaten sind in ihren Conflicten unter einander auf die Selbsthilfe angewiesen. Hiezu steht ihnen ein unbestreitbares Recht zu, da die Nothwendigkeit dasselbe sanctionirt. Die Bestimmung der Grenzen dieser Selbsthilfe ist Gegenstand des Kriegsvölkerrechts, dessen Grundprinzip nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis in der Beschränkung der



Selbsthilfe und Ausübung von Gewaltthätigkeiten gegen den Feind — auf die militärische Nothwendigkeit (*necessité de guerre*) findet und in aller Form anerkannt hat.

Bereits die Genfer-Convention v. 1864 beschränkte in sehr erheblicher Weise die Ausübung von Gewaltacten gegen den Feind im Kriege; den gleichen Zweck setzte sich die das Gebiet dieser Beschränkungen erweiternde Petersburger Convention v. 1868, die in der Einleitung ihres Schlussprotocolls, der s. g. Declaration, ausdrücklich und direct als den Zweck des Krieges die Schwächung der militärischen Streitkräfte des Gegners bezeichnete. Das Werk der Brüsseler Conferenz v. 1874 war eine naturgemässe Fortsetzung des 1864 in Genf und 1868 in Petersburg begonnenen; es galt den in der Declaration v. 1868 ausgesprochenen Grundsatz über das Ziel des Krieges (s. oben) auf weiteres, ja möglichst das ganze Gebiet der durch den Krieg bewirkten Beziehungen der beiden feindlichen Parteien anzuwenden.

Blieb auch das angesichts des Ganges der Verhandlungen der Brüsseler Conferenz nicht blos von Optimisten erwartete Resultat derselben aus, so war doch mit der Thatsache der Conferenz ein Beispiel für die Zukunft gegeben, das hoffentlich nicht ohne praktische Bedeutung bleiben wird. Soweit sich voraussehen lässt, dürfte eine abermalige Aufnahme des Werkes der Conferenz v. 1874 mit besserem Erfolge gekrönt werden, als 1874. Wir sind um die Erfahrungen eines Krieges reicher geworden, und die Kriegspraktiker, die schon 1874 dem Gedanken der Codification des Kriegsvölkerrechts mit Sympathie begegneten, was z. B. die vortrefflichen Bemerkungen des Generals Voigts-Rhetz und anderer Militärs auf der Brüsseler Conferenz zur Ge-

nüge beweisen, dürften ihren Standpunkt zu dieser Sache inzwischen nicht geändert haben.

So wird in den Thatsachen und Tendenzen der neuesten Zeit das Bedürfniss ausgedrückt, dem Krieg wenigstens in seiner äusseren Erscheinung gewisse rechtliche Beschränkungen in möglichst vielen Beziehungen der Kriegführenden unter einander zu verleihen. Ein Hauptantheil an dieser Arbeit steht den Militärs zu, die die Interessen der Kriegführenden schützend, vorzugsweise befähigt sind über die Grenzen der Kriegsnothwendigkeit zu entscheiden. Ohne die gebührende Berücksichtigung der militärischen Interessen der Kriegführenden lässt sich ein praktisches Kriegsvölkerrecht nicht schaffen. Dieser Forderung trug die Brüsseler Conferenz zur Genüge Rechnung und gelangte daher zu sehr brauchbaren Resultaten, die die Anerkennung der Militärs gefunden haben.

Leider steht nun noch für sehr viele Fragen des Kriegsvölkerrechts das Votum der competenten Militärs aus und der Publicist muss sich bei der Behandlung solcher Fragen mit blossen Rechtsfolgerungen aus dem in dem Einleitungsartikel der Petersburger Declaration v. 1868 enthaltenen, darauf 1874 auf der Brüsseler Conferenz anerkannten Ziel des Krieges begnügen, das Urtheil der competenten Praktiker abwartend.

Dieser durchaus praktische, mit vielem Erfolg von Lüder in dessen Werk über die Genfer Convention angewandte Standpunkt, liegt auch der nachfolgenden Abhandlung zu Grunde. Nicht nur die, auf Grund der Kriegsgefangenenreglements und des Kriegsbrauchs, als praktisches Recht der Kriegsgefangenen geltenden Normen wollte der

Verfasser nach Möglichkeit vollständig nachweisen, sondern auch im Sinn des bezeichneten Grundprinzips des Kriegsvölkerrechts die Lücken füllen und für das bestehende Mangelhafte entsprechende Aenderungen verlangen. — Der für das Kriegsgefangenenrecht aus dem Princip des Kriegsvölkerrechts abzuleitende oberste Grundsatz wurde bereits in dem von unserer Regierung der Brüsseler Conferenz als Basis für die Verhandlungen vorgelegten Project in Folgendem richtig ausgedrückt: *Les prisonniers de guerre ne sont pas des criminels, mais des ennemis légaux. Ils sont au pouvoir du Gouvernement ennemi, mais non des individus ou des corps, qui les ont fait prisonniers, et ne doivent être assujettis à aucune violence ou mauvais traitement.* (Projet, § 25). In dem Schlussprotocoll wurde an Stelle des ersten Satzes *les pris. sont des ennemis légaux désarmés* gesagt, was freilich auch nichts anderes bedeutet, wie das frühere; es war nur weniger klar ausgedrückt.

Dieser eben citirte Grundsatz lag auch wirklich den Verhandlungen und der Declaration der Brüsseler Conferenz in Betreff der Kriegsgefangenen zu Grunde und findet sich auch bereits in den älteren und neueren russischen Verordnungen v. 1829, 1854 und 1877 <sup>1)</sup> und dem französischen Reglement v. 1859 <sup>2)</sup> über die Kriegsgefangenen vertreten (Reglements anderer Staaten waren uns nicht zugänglich); er wird ausserdem von der gesammten Theorie anerkannt, so z. B. noch neulich auf den Versammlungen des Instituts für Völkerrecht 1875 im Haag und 1877 in Bern (auf der letzteren wurde das russische Kriegsgefan-

1) Полное собр. Зак. № 2977 и. 28038, Прав. Вѣст. № 151.

2) Clerq, T. VII, p. 607 ff.

genenreglement v. 1877 als allen Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechend bezeichnet), und da ihn unsere Untersuchung (p. 42 ff.) auch als unbedingt richtig anerkennen musste, so machten wir ihn zum Ausgangspunkt unserer nachstehenden Abhandlung <sup>1)</sup>.

1) Hinsichtlich der äusseren Anordnung müssen wir bemerken, dass, da Gurlt in dem citirten Werk alle Cartel- und -Capitulationsverträge chronologisch geordnet hat, ein Citiren dieses Werkes in den einzelnen Fällen uns überflüssig erschien. — Die Verhandlungen der Brüsseler Conferenz über die Kriegsgefangenen sind nach Band 27 bis 28 des in Leipzig erscheinenden Staatsarchivs benutzt; im Band 27, p. 334—51 sind dieselben nach der Reihenfolge der §§ des russischen Projects für die Conferenz abgedruckt und wurden daher in den einzelnen Fällen besonders nicht citirt.

## Darstellung des die Kriegsgefangenen betreffenden praktischen Kriegs- Völkerrechts.

Der citirte § 25 des russischen Projects zur Brüsseler Conferenz ist das oberste Princip, von dem aus wir die Beschlüsse der Conferenz und die Kriegsgefangenen-Reglements der einzelnen Staaten zu prüfen haben. Zunächst ist die Nothwendigkeit zu untersuchen, mit der dieser Grundbegriff aus dem Wesen des Staats und des Krieges folgt.

Der Staat ist eine nothwendige gesellschaftliche Institution; das Bestehen desselben ist möglich nur unter der Voraussetzung einer gesellschaftlichen Ordnung, welche von einer Autorität geübt wird, die als Ordnungsmittelpunkt zur Erhaltung dieser mit einem bestimmten Maass von Machtmitteln versehen ist, mit denen sie das Gesellschafts- und Individualrecht, sowohl im Innern, als auch im Verhältniss zu anderen Staaten zu schützen hat. Dieses Recht der Selbsthilfe gegen andere Staaten steht dem Staat als ein aus dem Wesen der internationalen Gemeinschaft mit Nothwendigkeit folgendes Rechtsmittel zu. Wie aber das Kriegerrecht als ein Rechtsmittel in unlösbarer Verbindung mit dem auf dem staatlich-gesellschaftlichen Ordnungszustande ruhenden internationalen Rechtsleben, der Weltrechtsordnung zu bleiben hat, wenn es seinem Wesen treu blei-

ben will, so hat es nicht nur die die Streitkräfte des Feindes mit ihrer Arbeit nicht verstärkenden Unterthanen des Letzteren unbehindert bei ihrer Arbeit zu belassen, ihre bürgerliche Lebensordnung nicht zu unterbrechen, denn diese steht unter dem Schutze der staatlich-gesellschaftlichen, deren Achtung im Prinzip der Rechtszweck des Krieges gebietet — sondern auch dem in irgend einer Weise kampfesunfähig gewordenen Feinde Leben und Gesundheit zu sichern; der geleistete Widerstand kann diesem in Uebereinstimmung mit dem Wesen des Krieges nicht als Verbrechen angerechnet werden, denn er hat im Dienste des Kriegszweckes gestanden, also nicht zu persönlichen verbrecherischen Zwecken, sondern zu Gemeinzwcken, als von der Staatsgewalt zur Paralysirung der Streitkräfte des Feindes beauftragtes Organ gehandelt. Beansprucht auch der betreffende Nehmestaat den Rechtszweck des Krieges für sich — und beide Theile thun das ja gewöhnlich — so hat er wohl das Recht, im Falle des Sieges den Feind, d. h. die gegnerische Staatsgewalt zu bestrafen<sup>3)</sup>, nicht aber auch den einzelnen Combattanten und Nichtcombattanten, so weit keine anderen Strafgründe vorliegen. Die Staatsgewalt

3) Der Gebrauch des Ausdrucks: „strafen“ in dieser Beziehung wird auf Widerspruch stossen, da es allgemein gilt, dass die Staaten, als souveraine Wesen, einander nicht bestrafen; allerdings giebt es über ihnen keine objectiven Richter zur Entscheidung des schwebenden Rechtsstreites, sie üben Selbsthilfe aus, und auch die durch die Nothwehr im Staate dem Verbrecher zugefügten Uebel nennt man nicht Strafe. Man berücksichtige aber, dass man dem Staate den Krieg als rechtmässige Selbsthilfe zugesteht und ihm das Recht einräumt, für die erlittene Rechtsverletzung sich nicht nur Genugthuung, sondern auch Garantien für die Zukunft zu verschaffen, also dem Gegner, unbeschadet der Souverainität desselben, entsprechende Opfer, d. h. Busse, Strafe aufzuerlegen.

beruht auf der Arbeitstheilung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und äussert ihre ganze Thätigkeit in einer in ihrem Namen und unter ihrer Verantwortung stattfindenden Arbeitstheilung. Insoweit also die Ausführung dieses Auftrages die Gebote des Strafrechts achtet und keine Verbrechen begeht, ist sie straflos und die Verantwortung fällt dem Auftraggeber zu. Aus dieser staats- und völkerrechtlichen Stellung der am Kriege Theilnehmenden folgt auch ihre Unterwerfung als Kriegsgefangene unter die Autorität der betreffenden Staatsgewalt, und nicht der des einzelnen Kriegers, der sie zum Gefangenen gemacht. Ein solches Eigenthumsrecht des betreffenden Captors an Kriegsgefangenen, wie es bis ins XV. und XVI. Jahrhundert üblich war, widerspricht nicht nur dem modernen Kriebsrechtsbegriff, der auf dem Verhältniss von Staatsgewalt zu Staatsgewalt beruht, sondern wäre in jetziger Zeit in der europäischen Cultur auch eine staatsrechtliche Unmöglichkeit. — Bevor wir zur Erörterung der einzelnen Beziehungen der völkerrechtlichen Stellung der Kriegsgefangenen übergehen, ist zunächst noch zu entscheiden: 1) wer zum Kriegsgefangenen gemacht werden kann und 2) wer, wenn in die Gewalt des gegnerischen Staats gelangt, hierauf ein Anrecht hat.

1) I. Es ist unzweifelhaft, in der Praxis stets geübt und von der Theorie unbedingt anerkannt, dass sämtliche im activen Dienste beim Feinde befindlichen Militär-Chargen ohne Unterschied der Waffenart und ohne Unterschied der blos geistigen oder der vorzugsweise physischen Kriegsverrichtung, der Kriegsgefangenschaft unterliegen können, wenn sie in die Gewalt des Feindes gerathen. Jeder kriegführende Theil hat das Recht, die Streitkräfte seines Gegners

zu paralyssiren, um ihn auf diese Weise zur Anerkennung seines Rechts zu nöthigen. Das rechtliche Kriegsziel ist nicht Vernichtung, sondern Schwächung der feindlichen Streitkräfte, aber bei möglichster Achtung der der gesammten Rechtsordnung zu Grunde liegenden Anerkennung der heiligen Natur des menschlichen Wesens. Das Vernichten von Menschenleben ist ein Kriegsmittel, dessen Gebrauch dem Kriegführenden unumgänglich zugestanden werden muss, da sonst das ihm eingeräumte Recht der Selbsthilfe ohne praktischen Werth wäre; es gebietet indess die Rechtspflicht das Menschenleben zu schonen, soweit der Grund zur Vernichtung — der physische Widerstand seitens des einzelnen Kriegers, aufgehört hat und er somit aus dem Dienste der gegnerischen Staatsgewalt ausgeschieden ist. Nichtsdestoweniger steht dem Nehmestaat das Recht zu, die so aus der Action geschiedenen feindlichen Streitkräfte in seiner Gewalt zu behalten, um sich gegen ihren abermaligen Eintritt in des Gegners Dienst zu sichern.

II. Eine von der Theorie und Praxis weniger einstimmig beantwortete Frage ist das Recht, auch alle anderen im Dienste des kriegführenden Heeres stehenden Personen in Kriegsgefangenschaft zurückzuhalten, wie das Justizpersonal, die Feldsicherheits-Polizeibeamten aller Classen, das gesammte Kriegsverwaltungspersonal für die Verpflegung der activen Armee und die Zufuhr des Bedarfs. Das gesammte Sanitätspersonal ist von der Kriegsgefangenschaft ausgeschlossen durch die Genfer Convention.

Wie wir oben bemerkten, gab es hinsichtlich der kriegsvölkerrechtlichen Stellung der Nichtcombattanten nicht nur im XVII., sondern auch im XVIII. Jahrhundert keine einheitliche Kriebsrechtspraxis. Es giebt auch bereits im

XVII. Jahrhundert Beispiele für die Befreiung der Nichtcombattanten von der Kriegsgefangenschaft; die Cartelverträge zwischen Oesterreich und Frankreich von 1675, 1692, 1702 und 1772 befreien das gesammte Canzeleipersonal aller Zweige der Kriegsverwaltung, Postbeamte, Couriere, die Feldrichter, ihre Unterbeamten und die Scharfrichter von der Gefangenschaft. Der 1743 zwischen Oesterreich und Frankreich vereinbarte Cartelvertrag, dem auch Gross-Britannien beitrug, enthält hinsichtlich der Nichtcombattanten die gleichen Grundsätze, zeichnet sich indess durch eine bessere Redaction dieses Theiles der Convention aus; er schliesst von der Kriegsgefangenschaft aus: Le Prévôt Général, ses Lieutenants et autres Officiers et Gardes de la Connétable, l'Auditeur-Général, son Lieutenant, le Staab-Auditeur et autres, les Directeurs, Secretaires et Chanceliers de Chanceleries de guerre, Secretaires des Généraux et Intendants, des Trésoriers du Commissaire-Général et autres Secretaires; . . . . Maîtres des Postes, leurs Commis, Couriers et Postillions . . . .; les Ecuyers, Maîtres-d'Hôtel . . . . Während des siebenjährigen Krieges trat auch Preussen diesen in seinen früheren Cartelverträgen mit Schweden von 1678, mit Oesterreich von 1741 noch nicht üblichen Grundsätzen bei, die auf Grund der bestehenden Cartelconventionen für Gross-Britannien, Frankreich und Oesterreich untereinander verbindlich waren. Welche Grundsätze den preussisch-österreichischen Cartellen von 1743 und 1756 in dieser Beziehung zu Grunde lagen, ist uns nicht bekannt. Das Cartel von 1756 soll einzelne Erweiterungen im Vergleich zu dem von 1741 enthalten haben (Gurlt p. 24). Das preussisch-österreichische Cartel von 1778 erneuerte die früheren, eben genannten von 1741

und 1756 mit Zusätzen (ib. p. 29), der Text ist uns indessen nicht zugänglich gewesen. Der Inhalt des englisch-amerikanischen Cartels von 1776 ist selbst dem fleissigen Sammler Prof. Gurlt nicht bekannt geworden. Das englisch-französische Cartel, betreffend die gegenseitige Auswechsellung der zur See gemachten Kriegsgefangenen befreit von der Kriegsgefangenschaft: les Secretaires de tous les Amiraux et les Commis de tous les Capitaines. Das englisch-französische Cartel von 1798 bezieht sich auf die zu Lande und zur See gemachten Kriegsgefangenen und schliesst von der Kriegsgefangenschaft aus alle Secrétaire, Intendanturbeamten und Institoren (n'étant point censés dans la classe des combattants); des Feldpolizei- und Feldrichterpersonals geschieht keine Erwähnung. Die Convention bezeichnet jene als Nichtcombattanten. Indessen geht aus dem Texte nicht hervor, ob nur sie allein unter Nichtcombattanten verstanden werden sollen, da die Participirung: n'étant point . . . . keine Folge ausdrückt, sondern nur einfach einen Zustand, eine Eigenschaft. Dass der Kreis der von der Kriegsgefangenschaft befreiten Combattanten nach dem vom französischen Nationalconvent als Gesetz für Gefangenen - Auswechsellungscartelle 1793 erlassenen Decret ein weiterer sein musste, geht hervor aus dem bereits citirten Texte desselben und der Convention mit Oesterreich v. 1795, welche die ohne Waffen in der Hand ergriffenen Individuen von der Kriegsgefangenschaft befreit (Martens, Rel. VI, 507).

Die im französisch-grossbritannischen Verträge für die Befreiung von der Kriegsgefangenschaft angenommenen Grenzen finden wir auch im Cartel Gross-Britanniens mit den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika von 1813. Indess

lässt eine Redewendung <sup>4)</sup> in dieser Convention schliessen, dass mit den ausdrücklich genannten Personen der Kreis der Nichtcombattanten abgeschlossen war. Mit Rücksicht auf die Capitulationsverträge geben C. F. Martens (II, 231), Schmalz (p. 235), und Schmelzing (III, 153) mit Recht als praktisches Kriegsgefangenenrecht ihrer Zeit den Grundsatz aus, dass die Civilbeamten, Lieferanten und Marketen-der im Gefolge des Krieges der Kriegsgefangenschaft nicht unterliegen<sup>5)</sup>. In der Folge hat sich der Grundsatz des

4) Es werden die Nichtcombattanten aufgezählt und dann folgt: Non-Combatants are not be imprisoned except for improper conduct.

5) Saalfeld, Zechin, Zachäriä, Wheaton, Pinheiro-Ferreira, Manning, Halleek, Woolsey, Fiore, Domin-Petruschewecz gestatten den Kriegführenden alle Mittel, die diese zur Erlangung ihres Kriegszweckes nöthig haben, gegen den Feind, dessen Unterthanen, Organe und Güter, aber nur soweit solches thatsächlich nothwendig; die Unverletzlichkeit der Rechte des Feindes ist im Princip anerkannt und daher ist der Krieg kein Naturstand; wie ihn die Publicisten Vittoria Gentilis, Grot und Bynkershoeck verstanden, die den Krieg wohl nur als Rechtsmittel zulassen; zur Erlangung des Rechtszweckes und der Genugthuung auch alle Mittel dem Kriegführenden zugestanden, diese ihm aber unlogischer Weise ohne Schranken einräumten und so alle internationale Rechtsordnung zwischen den Kriegführenden ausser Acht liessen; denn die aus dem von ihnen aufgestellten Rechtsbegriff des Krieges folgenden Schranken bezeichneten sie nicht als logisch abzuleitende Rechtsnormen, sondern als Temperamenta, deren Achtung recht löblich und wünschenswerth sei, da sie der Bruderliebe Rechnung tragen. Bynkershoeck zeichnet sich im Vergleich zu den Anderen wohl durch unvergleichlich grössere Präcision in der Behandlung des Gegenstandes aus, den Fehler seiner Vorgänger hinsichtlich des Kriegsbegriffs theilt er nichtsdestoweniger auch. Die Wolf'sche Auffassung, der dann Vattel folgte und die der Kriegsvölkerrechts-Wissenschaft in der Folge zu Grunde lag, lehrte das Gegentheil. Sie setzte den Krieg nicht ausserhalb der Rechtsgrenzen; sie liess das Recht beschränkt werden durch die Nothwendigkeit des Krieges. Das Recht blieb im Princip bestehen. Das hat auch in Art. 15 der amerikanischen In-

Decrets des Nationalconvents vom 28. Mai 1793 nicht erhalten; die neuere Praxis hat ihn nicht anerkannt. Die russischen Kriegsgefangenen-Reglements von 1829, 1854 und 1877 kennen zu Kriegsgefangenen gemachte Personen, die nicht zur bewaffneten activen Heeresmacht (военной силой) gehören. Die französische Regierung praktisirte den gleichen Grundsatz im Krimkriege, und im Kriege gegen Oesterreich auf Grund des Gefangenen-Reglements von 1859 (Clercq VII, p. 607—12); die Grenzen des Kreises der der Kriegsgefangenschaft unterwerfbaren Personen aus der Zahl der Nichtcombattanten ist in keinem der genannten Reglements bestimmt; das französische Reglement spricht an verschiedenen Stellen von im Offi-

structionen Lincolns Ausdruck gefunden. Heffter sagt: Der Kriegsgefangenschaft unterliegen nach heutigem Kriegsrecht alle zur bewaffneten activen Macht gehörigen Personen (§ 128); in § 126, 1 bezeichnet er die Kriegsgefangenschaft auch der im Gemenge ergriffenen Nichtcombattanten, die zum Tross gehören, als praktisches Kriegsrecht. Genau ebenso Neumann (p. 112 u. 14). Aehnlich Stojanow und Berner (Staats-W. B. VI, p. 113). Eine eingehende Analyse dieser Frage unter gleichmässiger Berücksichtigung des Rechtsprincips der Weltrechtsordnung und des Krieges als Rechtsmittel einerseits und der factischen Kriegsnothwendigkeit andererseits wurde bis jetzt nicht versucht. Indessen ist auch schon damit, dass die Zufügung von Kriegsfeindseligkeiten unter dem Gesichtspunkt der dem Zweck des Krieges entsprechenden Nothwendigkeit betrachtet wird, eine einheitliche Basis gewonnen, von der aus die einzelnen Consequenzen für den Kreis der der Kriegsgefangenschaft unterliegenden Personen im Einklang mit dem Geist der Praxis gezogen werden können. Lüder (in seinem ausgezeichneten Werk über die Genfer Convention, p. 299) stellt den Gesichtspunkt der Humanität in Abhängigkeit von dem der Kriegsnothwendigkeit. Wir ständen also scheinbar mit einander im Widerspruch. Verfasser glaubte indessen, dass das eben nur scheinbar ist. Auch L. lässt die Kriegsübel von der Nothwendigkeit beschränkt werden und stellt sie also auch unter das von der Humanität dictirte Recht.

cierrang stehenden Personen und Arbeitern; letztere werden neben den Soldaten genannt. Nach den amerikanischen Kriegsartikeln des Präsidenten Lincoln werden all those who are attached to the army for its efficiency and promote directly the object of the war (ausgenommen sind die später besonders genannten (§ 53) Sanitäts-Pflegebeamten) . . . if captured . . . are prisoners of war; das gleiche Schicksal theilen, wenn solches der Regierung convenirt, alle übrigen Personen ohne Ausnahme, die sich bei der Kriegarmee befinden (occompany at army), als Zeitungsreporter, Marketender etc., schliesslich alle Organe der feindlichen Regierung captured on billigerent ground. Bluntschli stimmt dieser Richtung mit folgender Milderung und folgendem Vorbehalt bei: er bezieht das „können“ zu Kriegsgefangenen gemacht werden auf alle bei der Armee befindlichen Nichtcombattanten und beschränkt das Recht der Gefangennehmung dieser auf die Kriegsnothwendigkeit. — Mehr den den amerikanischen Kriegsartikeln zu Grunde liegenden Sinn, als den der eben bezeichneten Auffassung Bluntschli, finden wir in dem Project unserer Regierung für die Brüsseler Conferenz. Tous les combattants et les noncombattants qui entrent dans la composition des forces armées des parties belligérentes reconnus par la loi, à l'exception des noncombattantes mentionnés plus bas (chap. VII, § 38, das Sanitätspersonal) sont sujets à être prisonniers de guerre. — Peuvent être faits en même temps que les armées, les individus qui, se trouvant auprès d'elles, n'en font pas directement partie, tels que les correspondants, les reporters de journaux, les vivandiers, fournisseurs etc. etc. (Art. 23, 24). Der Sache nach wurde dieser Projectartikel auf der Conferenz in nichts geändert, aber auf Vorschlag

des deutschen Delegirten Voigts-Rhetz wurde der erste Theil desselben als n'ayant plus une raison d'être suffisante gestrichen und der zweite Theil (mit Veränderungen in der Redaction auf den Vorschlag des österreichischen Generals) an den Schluss des Capitels über die Kriegsgefangenen verwiesen. Der Art. 34 des Schlussprotokolls lautete in Folge dessen: peuvent églement être faits prisonniers les individus qui, se trouvant auprès des armées, n'ont fait pas directement partie, tels que les correspondants, les reporters de journaux, les vivandiers, les fournisseurs etc.

Die законы и правила войны по международному управу, zusammengestellt von Piunowski (die praktisches Kriegerrecht darstellen wollen), unterwerfen der rechtlichen „Möglichkeit“, kriegsgefangen zu werden, sowohl alle Combattanten, als auch alle zur Armee gehörigen und endlich auch alle bei derselben sonst befindlichen Nichtcombattanten; „diese letzteren Nichtcombattanten können, da sie sich der Armee angeschlossen haben, keine Vorzüge im Vergleich zu den zur Armee gehörigen beanspruchen, sondern theilen das Schicksal dieser.“

Das Project pouvant servir etc. der Société pour l'amélioration du sort des prisonniers de guerre führt den in № 15 der amerikanischen Instructionen enthaltenen Grundsatz, betreffend die der Kriegsgefangenschaft unterliegenden Personen, in folgender Weise aus: Dans le cas d'absolue nécessité les administrateurs des départements et de villes, tels que les préfets, sous-préfets, maires, conseillers municipaux etc. peuvent être faits prisonniers, mais les membres de l'ordre judiciaire ne sauraient l'être. L'occupation temporaire par l'ennemi ne doit pas les empêcher

de continuer l'exercice de leurs fonctions, qui est nécessaire et d'intérêt général. Les juges qui se refuseraient à appliquer de nouvelles lois introduites par l'ennemi sauraient y être contraints. — Die Publicisten beschränken diese Nothwendigkeit auf die Fälle der Zufügung von Feindseligkeiten gegen den Occupanten, z. B. Heffter p. 245, Bluntschli § 549 (indirect; in der Anmerkung Berufung auf den Art. 15 der Amer. Kr. Art.).

Art. 4 des Brüsseler Schlussprotokolls lautet: les fonctionnaires et employés de tout ordre qui consentiraient, sur son invitation, à continuer leurs fonctions jouiront de la protection. Ils ne seront révoqués ou punis disciplinairement que s'ils manquent aux obligations acceptées par eux et livrés à la justice que s'ils les trahissent. Der Zulässigkeit der Gefangennehmung dieser Personen ist hier nicht besonders erwähnt. Dass sie gegen alle Personen zulässig, die die Sicherheit des Occupanten bedrohen, folgt aus dem Artikel 1 dieses Schlussprotokolls: „das occupirte Gebiet befindet sich unter der Autorität der Staatsgewalt des Occupanten“. — Aus diesen aus der Theorie und Praxis angeführten Thatsachen ergibt sich, dass der im XVII. Jahrhundert bereits vereinzelt übliche und dann im XVIII. Jahrhundert gepflegte Grundsatz der Befreiung fast aller bei dem activen Heere befindlichen Nichtcombattanten von der Kriegsgefangenschaft, in der neuesten Zeit weder in der Theorie noch in der Praxis anerkannt wird. Und es kann nicht geleugnet werden, dass auch unter dem Gesichtspunkt der vom Krieg als Rechtsmittel bestimmten Kriegsnothwendigkeit dieses nahezu uneingeschränkte Recht der Unterwerfung unter die Kriegsgefangenschaft angesichts der nicht zu übersehenden Eventualitäten, die der Krieg her-

beiführt, seine völkerrechtliche Berechtigung hat. Es wäre ungerecht, sich auf die Gewohnheit des XVIII. und XIX. Jahrhunderts berufend, die Uebung dieser auch in der Gegenwart, selbst auf Kosten des dem Staate völkerrechtlich ohne Zweifel zustehenden Rechts, zu verlangen. Es kann nicht übersehen werden, dass es ausser den Combattanten eine Masse Leute giebt, deren Entfernung von der Theilnahme an den Feindseligkeiten im berechtigten Interesse des Gegners liegt; ihm das Recht zu nehmen, solche Personen, für den Fall, dass er ihrer habhaft wird, der Gefangenschaft zu unterwerfen, hiesse ihm sein Recht vor-enthalten.

Es giebt aber unter den bei der activen Armee befindlichen Nichtcombattanten Leute, deren Berufsthätigkeit der ausserhalb der Kriegsziele stehenden Sicherheits- und Wohlfahrtspflege gewidmet ist, ferner Personen, die sich bei der activen Armee, sei es als ihr zugehörig oder aus freiem Antriebe befinden, deren Berufsthätigkeit der Militärmacht selbst keinen Vortheil verschaffen und deren Detention in der Kriegsgefangenschaft für den Nehmestaat von gar keinem Nutzen ist, da er den Feind dadurch nicht schwächt.

Vollständig der Kriegsnothwendigkeit sein Recht zugestehend, nichtsdestoweniger indessen auch dem Geist der modernen Kriegsrechtspraxis und der Humanitätsbestrebungen der Staaten auf dem Gebiete des Kriegsvölkerrechts Rechnung tragend, erlauben wir uns hinsichtlich des Feldrichter- und Feldpolizei-Personals folgende aus dem Kriegsbegriff sich ergebenden, der praktischen Realisirbarkeit entsprechenden Grundsätze aufzustellen. Wir dürfen uns um so mehr daran wagen, als uns die Praxis auf diesem Gebiete selbst den Weg angezeigt hat (die Genfer-Convention).



Der Staat hat sich im Kriegsverfahren stets des Rechtszweckes und der Weltrechtsordnung bewusst zu bleiben; er könnte seinen Zweck unter Umständen vielleicht am besten durch eine rücksichtslose Vernichtung alles dem feindlichen Staat Gehörigen erreichen. Aber abgesehen davon, dass eine so gegründete Macht sich, wenn auch entfalten, so doch in keinem Falle erhalten könnte, so würde sich eine solche Kriegstheorie auch von allem Rechtsboden lossagen müssen. Eine gänzliche Eroberung eines feindlichen Staats schliesst auch das moderne Völkerrecht nicht aus, es verlangt hierfür indessen genügenden Rechtsgrund und ein völkerrechtliches Kriegsverfahren, auf eine Zerstörung von Ordnung und Wohlfahrt darf sie nicht ausgehen. Dieselben Grundsätze finden Anwendung mit den aus der Kriegsnothwendigkeit folgenden Beschränkungen auch hinsichtlich der feindlichen Armee; l'affaiblissement de forces militaires, stellte die Petersburger Sprenggeschoss-Convention von 1868 als einziges militairisches Ziel des Krieges hin und anerkannte, dass die militairischen Zwecke ihre Grenze finden in der Ausserkampfsetzung der feindlichen Streitkräfte; die Genfer Convention genügt den auch im Kriege unbedingt anzuerkennenden Wohlfahrtsforderungen. Die Brüsseler Conferenz hatte die Aufgabe, diese Wohlfahrtszwecke des kriegführenden Staats, soweit es mit Rücksicht auf die Kriegsnothwendigkeit zulässig, in weiteren Grenzen, nicht gerade erst zur Geltung zu bringen, wohl aber auf eine festere Rechtsbasis zu stellen. Der Ruf: die Uebel des Krieges auf ein möglichstes Minimum zu beschränken, versammelte die Conferenz. Der gerechte Kriegszweck gestattet dem Feinde die Kräfte und Mittel zu entziehen, deren dieser zur Bethätigung seiner Macht bedarf; aber alles, was die

Sicherheit der Person und des Gutes in der feindlichen Armee gegen Angriffe ausserhalb der Kriegs-Operationen hütet, dem Gegner keinen Schaden zufügt, wohl aber die Sicherheit der Ordnung gegen Diebstahl, Raub und andere Verbrechen aufrecht erhält, kann nicht als Theil der Kriegsmacht gelten. Das Aufhören dieser Ordnung in einer Armee kann der Feind nicht als Rechtszweck beanspruchen, und soweit nicht seine kriegerischen Operationen dadurch beeinträchtigt werden, sollte er nicht nur nicht die Verfolgung des Verbrechers aufhalten, falls sich ihm hierzu die physische Möglichkeit bieten sollte, sondern auch den Verbrecher, den er in seine Gewalt bekommen oder der sich ihm ergeben hat (mit Ausnahme politischer), dem Feinde auf dessen Ersuchen ausliefern. Hieraus folgt natürlich mit Nothwendigkeit, dass die mit diesen Rechtsverfolgungen beschäftigten Personen, die mit den nöthigen Kennzeichen versehen, sich auf ihre Amtsverrichtung beschränken und an den kriegerischen Operationen und der Heerespflege in keiner Weise theilnehmen; dadurch auch allen Folgen, die eine solche Theilnahme mit sich führt, entzogen sein sollten; werden sie aus Gründen militairischer Nothwendigkeit vom Feinde aufgehalten, so sind sie mit dem Aufhören dieser Gründe sofort wieder zu entlassen, und es wäre nicht ungerecht vom Feinde, jedes Mal eine Angabe derselben zu verlangen. womöglich gleich, falls solches aber aus militairischen Rücksichten nicht thunlich erscheinen sollte — möglichst bald. Hieraus folgt auch, dass das gesammte Feldrichterpersonal in der Ausübung des Amtes nicht belästigt werden soll, soweit das mit den militairischen Operationen verträglich, und alle die unter ihnen, die ausschliesslich dieser Amtsthätigkeit obliegen, so lange sie nicht für militairische Zwecke

verwandt werden und für solche sich bethätigen, als den aus letzterer Thätigkeit folgenden Consequenzen gegenüber dem Feinde entzogen zu erachten sind. Um Missbräuchen in dieser Beziehung vorzubeugen, können ohne Schaden für die Sache gewisse Garantien geschaffen werden; die betreffenden competenten Militairs sind natürlich in dieser Sache zu vernehmen. Wir erlauben uns als einige Sicherheitsmassregeln folgende vorzuschlagen: Diejenigen, die als Feldrichter und Feldpolizeibeamte fungiren, nebst dem gesammten Subalternenpersonal, haben sich durch feste äussere Zeichen kenntlich zu machen, sich über ihre respective Berufsthätigkeit auszuweisen durch Certificate ihrer Regierung, deren Form die Kriegführenden sich gegenseitig mittheilen. Der Missbrauch des Zeichens entzieht dem Betreffenden für den Fall, dass er in die Macht des Feindes gelangt, die Rechte eines Kriegsgefangenen; im Uebrigen sind gegen ihn alle Nothwehrmittel zulässig. Geniesst er das Recht, so hat er auch die mit demselben verbundenen Pflichten zu achten. Achtet er die Pflichten nicht, so kann ihn auch keine Vaterlandsliebe rechtfertigen. (Der Krieg ist ein offener Kampf). Entledigt er sich in der gehörigen Entfernung vom Feinde der ihm das Privilegium gebenden Zeichen und wird Combattant, so geniesst er mit dessen Gefahren auch dessen Rechte. Wird er, versehen mit dem Zeichen, bei der Ausführung sonstiger Aufträge ergriffen, die mit den militairischen Operationen in Verbindung stehen, so verliert er die Rechte eines Kriegsgefangenen. Um Missbräuchen vorzubeugen und die Möglichkeit auf dem Wege der Feldpatrouille zu bewerkstelligender Truppenumzüge zu verhindern (welcher Fall übrigens nicht sehr wahrscheinlich ist), könnte ein Maximum der Mannschafts-

zahl der einzelnen Feldpolizei-Patrouillen vereinbart werden. (Ein Beispiel hierfür im Vertrage zwischen Frankreich und Holland v. 1692. Du Mont VII, II, 277). — Dem Gegner soll auch hinsichtlich der Feldpolizei-Beamten das oben erwähnte Recht zeitweiliger Detention für eine Zeit zustehen. — Wenn die Staaten eine solche Befreiung des Feldrichter- und Feldpolizei-Personals wünschen, die durchaus in ihrem Interesse ist, so können sie dieselbe aber doch nur für die dauernd Angestellten beanspruchen. Die aus der Zahl der Officiere oder Soldaten ad hoc, oder für eine bestimmte Zeit gewählten Richter, die dabei fortfahren militairische Functionen zu versehen oder von diesen nur für eine Zeit dispensirt werden, können leicht ersetzt werden, ebenso die zu Geschworenen Gewählten; ihre Befreiung von der Gefangenschaft wäre indessen für den Gegner unter Umständen recht bedenklich, da sie militairische Streitkräfte sind; durch ihre Gefangennehmung werden die Justizinteressen nicht geschädigt. Anders verhält es sich mit den ständigen Richtern, die meist berufsmässig gebildet sind und deren Gefangennehmung für die Fortsetzung der Rechtspflege in Folge der Unterbrechung daher von Nachtheil wäre, für den Nehmestaat aber gar keinen Vortheil gewährt. Aber auch die ad hoc durch Wahl oder Decret bestellten Richter sollten während ihrer Amtsausübung hierin nicht unterbrochen werden; wohl darf sie aber der Feind nach beendetem Amtsgeschäft kriegsgefangen machen.

Der Umstand, dass dieselbe Person sich zuweilen in dieser den Wirkungen der Kriegsfeindseligkeiten entzogenen Stellung befindet und dann wieder unter der Zahl der an den militairischen Angelegenheiten Theilnehmenden, nimmt ihr nicht den Charakter des legalen Feindes, falls sie als

solcher angetroffen wird, noch der von den Kriegsfeindseligkeiten Eximirten, wenn sie in dieser Eigenschaft dem Feinde begegnet. Es kommt darauf an, dass sie, sei es in der einen oder anderen Eigenschaft, legal auftritt. Ueber die Zweckmässigkeit dieser Gesichtspunkte haben die competenten Militairs zu urtheilen. Wir wollten nur das völkerrechtliche Moment betonen. Die Uebel des Krieges sind auf das nothwendige Minimum einzuschränken. Solche Personen, die durch ihre Amtsthätigkeit bei der activen Armee dieser keine militairische oder wirthschaftliche Hilfe erweisen, sollen in derselben nicht gehindert werden; und auch für den Fall der Gefangennehmung des Truppentheiles, bei dem sie dienen, wäre es nicht minder ungerecht, ihnen ihre Freiheit zu entziehen, da solches keinen Zweck hätte.

Was das Beamtenpersonal der Militair-Verwaltungscanzeleien der activen Armee betrifft, die nicht mit Anordnungen, sondern nur mit Canzelleidienst beschäftigt sind, so dürfte darüber, dass die Arbeit dieser Personen, obgleich sie für die kriegführenden Theile unumgänglich ist, dennoch keine eigentliche Theilnahme an den militairischen Operationen ist, nicht gestritten werden (auch sogar das in völkerrechtlicher Beziehung nicht fortschrittliche England hat solches in den genannten Conventionen mit Frankreich 1780 und mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1813 anerkannt). Durch ihre Detention in der Kriegsgefangenschaft würde ferner weder der Feind geschwächt, noch erhielte der Nehmestaat eine Machtverstärkung. Denn jeder Heerestheil hat sein eigenes Canzeleipersonal, gleichfalls die auf den Kriegsschauplatz ausrückenden; durch die Entlassung des im Tross gefangen gemachten Canzeleiper-

sonals würde also auch selbst die Militairverwaltung dieses Theiles der feindlichen Armee keine Verstärkung erhalten. Können aber nicht solche Personen, sei es durch die Rückkehr in die Heimath oder, indem sie sich wieder der Armee anschliessen, dadurch den Arbeitskräften der Heimath nichts entziehend, wohl aber vielleicht neue Streitkräfte disponibel machend, die Wehrkraft um einiges heben? Doch Kriegsgefangenschaft aus Rücksicht auf diese Umstände allein wäre nicht praktisch aus folgenden Gründen. Zu Kriegzeiten schickt der Staat seine besten Wehrkräfte in den Kampf und verwerthet im Feld-Canzeleidienst physisch weniger taugliche Leute, schickt auch solche Beamte aus dem Staatsdienst, falls sie den Bedingungen der Wehrkraft genügen, mit in den Kampf, indem er die Ausfüllung dieser Lücken auf andere Weise zu bewerkstelligen sucht. Dazu kommt, dass die Anzahl dieses Feldcanzelei-Personals nicht so erheblich ist, ferner, dass dieses Personal, wenn es einem zu bestehen fortdauernden Truppentheil entrissen wird, ohne Mühe ersetzt werden, in einem in Folge von Kriegsgefangenschaft zu bestehen aufgehört habenden Heerestheil dem Feinde aber auch mehr keinen Nutzen bringen kann. Endlich ist die Zahl der von den Truppentheilen nach allen Seiten gegen die Angriffe des Feindes mit Schutzmassregeln nicht umgebenen Canzeleien so geringfügig, dass mit blosser Rücksicht auf solche vereinzelte Fälle die principielle Anwendung der Kriegsgefangenschaft auf das gesammte Canzeleipersonal bei der Armeeverwaltung im Hinblick auf die Rechtsforderung, ohne erheblichen Grund die natürliche Freiheit des Menschen nicht zu beschränken, nicht gerecht wäre. Hinsichtlich dieser Personen wäre daher im Fall ihrer Captur im Amte oder am Ort ihres

Aufenthalts überhaupt principiell ihre Freiheit zu achten; entfernen sie sich von den Truppentheilen, so haben sie sich gegenüber dem Feinde in ihrer Eigenschaft auszuweisen und stets den militairischen Befehlen des Gegners in dessen Operationslinie zu fügen; diesem müssten natürlich alle Sicherheitsmassregeln, wie hinsichtlich des Feldgerichts und des Feldpolizei-Personals, so auch hinsichtlich des ebengenannten Canzeleipersonals der feindlichen Armee gestattet sein, da diesem das Privilegium zugestanden wird, nicht um ein heimlicher thatsächlicher Kriegsfeind sein zu können, sondern nur in Verbindung mit der Pflicht ein solcher nicht sein zu dürfen. Ergriffen als solcher, verfällt der Betreffende dem Kriegerrecht.

Diesen Erwägungen zu Gunsten der Befreiung des Feldcanzeleipersonals von der Kriegsgefangenschaft stehen aber folgende Gründe gegenüber, die gegen eine solche Befreiung streiten und die uns veranlassen die vorhin für dieselben angeführten Gründe gegenüber den weiter zu erörternden zurücktreten zu lassen und diese Befreiung nicht als einen festen Rechtssatz aufzustellen, sondern die Achtung des in dieser Beziehung hinsichtlich der persönlichen Freiheit Gerechten und Billigen der jedesmaligen Entscheidung des betreffenden Nemestaats zu überlassen, auf dessen Gerechtigkeitssinn man sich verlassen muss. Es könnten sich nämlich Intendanturbeamte leicht unter diesem Schein von Canzeleibeamten der Gewalt des Feindes entziehen, um dann ihre Arbeit bei anderen Heerestheilen fortzusetzen; ihre Arbeit (die Verpflegung des Heeres) ist aber die Grundlage der militairischen Operationen und ist also gegen den Feind gerichtet; das gesamte Personal bis hinunter zu den Subalternen ist ausserdem ein ausserordentlich grosses,

das dem Feinde zu entziehen, soweit solches zweckdienlich für die kriegerischen Operationen erscheint, jedem Kriegführenden in den Grenzen des Beliebens gestattet werden muss. Ganz dasselbe gilt auch von allen anderen Personen, die in irgend einer Weise bei der Verpflegung des Heeres beschäftigt sind, sei es nun als zur Armee gehörig, oder als freiwillig bei dieser sich aufhaltend, sobald es ausgemacht ist, dass sie sich in dieser Eigenschaft bei der Armee befinden; in welcher Eigenschaft die einzelne Person der Militairmacht mit ihrer Arbeit unmittelbar dient (ob als Angestellter, oder Unternehmer, oder Bedienter), ist gleichgültig; entscheidend ist die Thatsache des Dienstes, ohne Unterschied des Geschlechts. Es ist hier ausserordentlich schwer, den Werth der einzelnen bei der Armee Befindlichen für die Verwaltung dieser zu bestimmen, und in Ermangelung eines anderen müssen wir daher in Folge der unvermeidlichen Nothwendigkeit den kriegführenden Staat selbst und allein als Richter im einzelnen Fall zulassen. Dieses uneingeschränkte Recht, das heute fast allgemein<sup>6)</sup> anerkannt wird (z. B. in den amerikanischen Kriegs-

6) Auf der Conferenz des Instituts für Völkerrecht im Haag 1875 wurde die vom Delegirten Lanza auf dem Brüsseler Congress 1874 beantragte Unterscheidung zwischen den véritables prisonniers de guerre und den Personen, die nach Art. 34 des Brüsseler Schlussprotokolls zu Kriegsgefangenen gemacht werden dürfen (Art. 24 des russ. Projects), allgemein zugelassen. Welchen Unterschied Lanza und die Conferenz im Haag wünschten, haben sie nicht verlautbart. Moynier und Neumann verlangten für diese Nichtcombattanten Befreiung von der Arbeitspflicht und überhaupt, dass sie nicht als Kriegsgefangene behandelt werden. Ob diese Herren sich über das letztere selbst klar geworden sind? Wir haben sie nicht verstanden! Bernard lässt die Zurückerhaltung dieser Nichtcombattanten zu aus convenances militaires, haben diese aufgehört, so seien dieselben zu ent-

artikeln und in dem russischen Project, von Bluntschli und dem Project der Pariser Gesellschaft zur Milderung des Looses der Kriegsgefangenen) und von dem deutschen Delegirten als so selbstverständlich (s. oben) bezeichnet wurde, dass es keinen — vernünftigen! — Grund gebe, hierfür in dem Kriegsvölkerrechts-Codex eine Bestimmung aufzunehmen — dieses uneingeschränkte Recht giebt die Freiheit einer grossen Anzahl von Unterthanen des Feindes in die Hand des Nehmestaats, die sich an den militairischen Interessen ihres Staats vielleicht gar nicht betheiligt haben und deren Abführung in die Kriegsgefangenschaft Folge der blossen Thatsache: zur Zeit der Gefangennehmung zur feindlichen Armee gehört oder sich bei derselben befunden zu haben, ist. Sentimentales Humanitätsgefühl soll hier aber nicht die Rechtsfrage entscheiden. — Ist auch eine unmotivirte Gefangenhaltung von Nichtcombattanten dem Rechtsgefühl zuwider <sup>7)</sup>, so zwingt dennoch die Möglichkeit des Eintretens solcher Fälle, in denen sie gerechtfertigt sind, und die Rücksicht darauf, dass nur der Nehmestaat über das Vorhandensein solcher Gelegenheiten zu entscheiden haben kann, dem kriegführenden Staat dieses Recht der Gefangennehmung in der ganzen Ausdehnung zuzugestehen, wie solches das Brüsseler Schlussprotokoll thut.

lassen. — Aber wer bestimmt über den Eintritt dieses Aufhörens? (Staatsarchiv XXVII, 338, *Revue de dr. int.* 1875, p. 498). Man scheint in dieser Frage mehr human, als sich klar gewesen zu sein. Parieu bezeichnet die Gefangennehmung überhaupt aller Nichtcombattanten als unzulässig (*Rev.* 1875, 520).

<sup>7)</sup> Bluntschli, § 594, Note 2. Jeder unnöthige und launenhafte Angriff auf die persönliche Freiheit, jede unbegründete Knechtung friedlicher Menschen ist eine Verletzung des natürlichen Menschen- und des humanen Völkerrechts.

Die Personen, die sich einer activen Armee anschliessen, ohne zur selbigen zu gehören, noch auch zur Verpflegung derselben mitzuwirken, verfolgen entweder den Zweck sich zu amüsiren oder in der Begleitung eines kriegführenden Heeres ihre militairischen Kenntnisse zu erweitern, oder sie sind Militairbevollmächtigte oder Berichterstatter. Eingehendere Verhandlungen der Brüsseler Conferenz liegen uns nur über die Berichterstatter vor. — Das russische Project zur Brüsseler Conferenz sprach überhaupt von einem „können“ der kriegführenden Mächte, auch solche Personen kriegsgefangen zu machen, die nicht zur Armee gehören. (Ebenso die amerikanischen Instructionen und das Project der Pariser Gesellschaft). Der holländische Delegirte Lansberge war von seiner Regierung beauftragt worden, die Befreiung der Zeitungscorrespondenten und Reporters, so weit sie nicht an den kriegischen Operationen Theil genommen, von jeder Kriegsgefangenschaft zu befreien, d. h. sie als neutral zu betrachten, da sie nicht dem Feinde schaden, wohl das aber öffentliche und das Interesse der Kriegführenden eine solche privilegierte Stellung für sie wünschenswerth mache. Gegenüber diesem Einwande des Vertreters eines in dieser Angelegenheit besonders interessirten Staats vertrat der deutsche General Voigts-Rhetz den Standpunkt des russischen Projects. Er machte geltend, dass das Project nur von einem „können“ spreche, nicht von einem „müssen“, und dass es Umstände gebe, unter denen ein solcher Berichterstatter für den Gegner der Armee, bei der er sich befindet, durch sein Benehmen schaden könne: si des correspondants ont répandu de faux bruits, colonnié l'armée, auprès laquelle ils n'ont pas séjourné, commis des perfidies quelconques dans l'exercice de leur profession; gerathen

solche Leute in die Gewalt des gegnerischen Heeres, so könne man nicht verlangen, dass sie entlassen werden, um ihr Handwerk von Neuem beginnen zu können, sondern der Feind habe das Recht, sie wie die eines Gleichen schuldigen Einwohner im occupirten Feindesgebiet zu behandeln. Diesen Ausführungen des deutschen Generals gegenüber beharrte Lansberge nicht mehr weiter bei seinem Einwande und verlangte nur die Eintragung seiner Aeusserung in's Protokoll (Staatsarch. XXVIII, 28 ff.). — Es ist nicht zu verkennen, dass der deutsche General hier einen gerechtfertigten Gesichtspunkt geltend machte; dem muss aber auch wieder gegenüber gestellt werden, dass der Staat mit der Handfestmachung solcher Individuen den Feind nicht beseitigt, indem erfahrungsmässig nicht einzelne Persönlichkeiten über die Tendenz ihrer Berichte bestimmen, sondern vielmehr die Pressorgane, die sie beschäftigen; aber auch abgesehen hiervon muss berücksichtigt werden, dass es stets auf jeder Seite so viele der gegnerischen Seite von Herzen feindliche Volontäre, Zeitungscorrespondenten und sonstige Schriftsteller giebt, die in der unverschämtesten Weise die Wahrheit entstellen, oder auch dem Gegner unliebsame Wahrheiten rücksichtslos aufdecken, ohne aber persönlich irgend Jemanden zu beleidigen, und noch weniger die Streitkräfte des anderen Staats zu unterstützen, — dass diese Gattung Leute, die aus aller Herren Länder zusammen kommen, durch Kriegsgefangenschaft Einzelner nicht ausgerottet werden kann. Einen solchen Feind kann man ferner naturgemäss nur mit gleichen Waffen bekämpfen. Eine Detention blos aus den vom General Voigts-Rhetz geltend gemachten Rücksichten wäre unpraktisch, indem die Regierung in der Oeffentlichkeit und

Journalistik in Folge solcher Detentionen nur verlieren kann; hier verlangt man auch für die eclatanteste und noch so unzweifelhaft prämidirte Unwahrheit freie Rede, der gegenüber man ein gleiches Recht hat. Mit Erfolg hat unsere Regierung diesen Grundsatz der Redefreiheit der Correspondenten der ausländischen Presse auf dem Kriegstheater anerkannt. Gegen Verbrechen giebt es ein Strafrecht; die Kriegsgefangenschaft ist Sicherheitsmassregel, die gegen Journalisten als solche keinen Zweck hat. Der holländische Delegirte bemerkte sehr richtig: *les reporters n'apportent aucune force à l'armée ennemie*, und da — sagen wir — auch keinen militairischen Schaden als Journalisten, so traf der Einwand des Herrn Voigts-Rhetz eigentlich nicht die Behauptung des Herrn Lansberge; Voigts-Rhetz verlangte Gewalt-Sicherheitsmassregeln, die keinen Zweck haben und daher nicht gerechtfertigt sind, denn es ist schwer zu entscheiden, in wiefern hier die Absicht der Verläumdung und Verbreitung falscher Nachrichten vorgelegen; das Kriegstheater ist für Gerüchte ein sehr fruchtbarer Boden. Zudem giebt es bessere Mittel, als Gewalt-Sicherheitsmassregeln, um dem eventuellen Schaden in Folge unwahrer Nachrichten entgegenzutreten. Liegen daher keine anderen Gründe vor, als solche Correspondenzen, ohne directe Beleidigung, so ist kein Grund für die Abführung solcher Literaten in die Kriegsgefangenschaft vorhanden. Ausserhalb dieser Grenzen ist die Kriegsgefangenschaft nicht mehr Sicherheitsmassregel, sondern Strafmittel. — Wie es keinem Zweifel unterliegt, dass der Staat den, der sich gegen ihn criminaliter vergangen und noch nicht genügend bestraft worden, überall da bestrafen darf, wohin seine Staatsgewalt rechtmässig reicht, so kann

auch dem Staat des kriegführenden Heeres nicht abgesprochen werden, im Krieg den vielleicht nur zufällig in seine Gewalt gerathenen Verbrecher nach seinem Gesetz zu bestrafen.

Sich strict an die Bemerkung des holländischen Delegirten haltend, hätte Herr Voigts-Rhetz mit mehr Grund den Einwand erheben können, dass es nicht leicht sei zu untersuchen, ob diese Berichterstatter immer nur blosse Zuschauer abgeben, oder ob sie nicht auch an den militairischen Operationen Theil nehmen; dasselbe scheint uns auch von den übrigen bei den kriegführenden Armeen befindlichen Volontären zu gelten. Jeder Mensch soll allerdings überall, wo er sich befindet, unter Beobachtung der gebotenen Ordnung seine persönliche Freiheit geniessen können; und ebenso wenig, wie man von allen übrigen bei einer activen Armee befindlichen Nichtcombattanten mit Recht behaupten dürfte, dass da sie sich einmal der Armee angeschlossen haben, sie sich aus diesem Grunde auch alle möglichen Unzuträglichkeiten seitens der gegnerischen Macht gefallen lassen müssten, darf man das von den Volontären behaupten; allein es giebt Fälle, in denen diese Erhaltung der Ordnung auch ausserordentliche, durch die in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränkenden Personen nicht verschuldete Freiheitsbeschränkungen erheischt. Diese Möglichkeit, ganz besonders geboten während des staatlichen Kriegszustandes, hat auch seine Berechtigung gegenüber allen zur feindlichen Armee gehörigen Personen, selbst den bei ihr befindlichen Bedienten, die offenbar auch in der der Kriegsgefangenschaft unterliegenden Reihe von Individuen (*qui, se trouvant auprès des armées, n'ont fait pas directement partie, tels que*): *les correspondans, les reporters de jour-*

*naux, les vivandiers, les fournisseurs etc.* mit einverstanden sind. Dieses etc. in Verbindung mit dem *les individus qui se trouvent . . .* muss so gedeutet werden; welche Consequenz soll denn in dem „etc.“ liegen? Es ist überhaupt misslich, Rechtssätze mit einem solchen „etc.“ zu formuliren; in dem angeführten kann indessen die Anführung der bemerkten Beispiele (*tels qui . . .*) doch nur als Versuch, einzelne concrete Fälle anzudeuten, angesehen werden, da etc. folgt. — In den amerikanischen Artikeln findet sich ausser Art. 50, dem dieser eben citirte Artikel des Brüsseler Schlussprotokolls (im Einklange mit dem russischen Project) nachgebildet zu sein scheint (mit dem . . . „können gemacht werden“ . . .), auch noch im Art. 15 derselben eine uneingeschränkte Gewalt gegenüber der Person und dem Gut des Feindes und dessen Unterthanen, soweit solches die *military necessity* erheischt, sanctionirt; indessen ist dieselbe durch das Recht der entsprechenden Nothwendigkeit beschränkt, die einzuhalten, Pflicht jedes Kriegers ist. Die §§ 14 und 15 der amerikanischen Kriegsregeln fasst Bluntschli treffend zusammen in dem Satz: „Soweit die Nothwendigkeit reicht, soweit reicht die Kriegsgewalt“. Feste Rechtsschranken lassen sich hinsichtlich dieser Nothwendigkeit nicht ziehen, und daher ist es um so angezeigt, die Entscheidung: welche Nichtcombattanten kriegsgefangen gemacht werden sollen, den das Recht wollenden kriegführenden Parteien zu überlassen, deren Interesse es ist: Alles die regelmässigen Rechte Schädigende auf das Nothwendigste zu beschränken. — Leidet die regelmässige Rechtsordnung durch den Krieg momentan Schaden, so müssen der Rechtszweck und die Rechtspflicht um so strenger geachtet werden; und muss auch die Erfüllung

dieser Forderungen ganz der guten Einsicht und dem Rechtsbewusstsein des einzelnen Staats überlassen werden, so ist diese Pflicht nichtsdestoweniger eine aus dem Kriege als Rechtsmittel abzuleitende Rechtspflicht. Jedenfalls steht auch gerade in dieser Beziehung in Zukunft zu erwarten, dass diese moralischen — einzigen — Garantien der Erfüllung der Rechtspflicht: „nicht ohne Rechtsgrund die zur activen Armee des Feindes gehörigen Nichtcombattanten der persönlichen Freiheit zu berauben“, mit der Klärung der öffentlichen Meinung dem wahren Recht zu grösserem Ansehen verhelfen werden. Mögen die Staaten sich in ihren Kriegen namentlich des schönen Moral- und Rechtsgebots der amerikanischen Kriegsartikel bewusst bleiben, dass im Kriege die moralische Natur des Menschen und die Verantwortlichkeit für die Feindseligkeiten gegenüber Gott und den Menschen nicht aufhört.

Diese Rechtspflicht haben die europäischen Staaten (Genfer und Petersburger Convention und Brüsseler Conferenz) anerkannt, wenn sie die Nothwendigkeit der militairischen Operationen als die Grenze der unvermeidlichen Uebel des Krieges bezeichneten und anerkennenswerthe Beweise der ernstesten Absicht: dieses Prinzip in der Praxis Wahrheit werden zu lassen, gegeben haben. Das Recht der kriegführenden Parteien, gegenseitig alle die bei der feindlichen activen Armee amtlich oder freiwillig befindlichen Personen beiderlei Geschlechts, so weit sie dieselben als zur Erhaltung der feindlichen Armee von Nutzen erachten, kriegsgefangen abzuführen, wenn sie in ihre resp. Gewalt gerathen, besteht als Sicherheitsmittel, das, wenn es nicht mehr nothwendig ist, auch den Rechtsgrund verliert. Daher haben wir für die Befreiung des gesammten

Feldrichter- und Feldpolizei-Personals unter den angegebenen Bedingungen plädirt; die Genfer Convention hat bereits das ibrige gethan. In beiden Angelegenheiten handelt es sich um heilige Interessen des gesellschaftlichen Wohles. Da ist es gewiss Rechtspflicht, zum Zweck der Möglichkeit, das Recht schützen zu können und das Verbrechen gegen die Person und Ehre auch im feindlichen Heere verfolgen zu lassen, sich einige eventuelle Umständlichkeiten gefallen zu lassen, damit die berechtigten militairischen Interessen nicht geschädigt werden. Jedenfalls sollten diese Umständlichkeiten und Eventualitäten von praktischen Militairs, die die eben erörterte völkerrechtliche Bedeutung dieser Frage zu schätzen wissen, discutirt werden.

Auch für die bei der Armee befindlichen, für diese aber in keiner Weise beschäftigten Frauen dürfte Befreiung von der Kriegsgefangenschaft folgerichtig nicht verlangt werden. Bis zu welchem Lebensalter Kinder von derselben befreit sein sollen, ist nicht genau zu bestimmen, da sie bereits mit 10 und 12 Jahren bei verschiedenen Arbeiten beschäftigt werden können. — In fast allen Cartellen und Capitulationsverträgen ist allen Weibern und Kindern unter 12 Jahren unbedingte Entlassung ohne Auswechslung, also freier Abzug oder unter Umständen auch unbehinderter Verbleib am Ort oder Begleitung des Gatten oder der Eltern zugestanden. In den amerikanischen Instructionen, dem Project der Pariser Gesellschaft und auf der Brüsseler Conferenz hat diese Angelegenheit keine Berücksichtigung gefunden. Das französische Kriegsgefangenen-Verpflegungsreglement von 1855 enthält Bestimmungen über die Verpflegung der Frauen der Officiere (sie erhalten 600 Frc. jährlich) und der Soldaten und der



Kinder der letzteren. Das russische Reglement von 1829 (§ 22) lautet . . . Da in dieser Kategorie der Kriegsgefangenen (d. h. unter Denen, die ohne Waffen in der Hand gefangen worden) sich auch Frauen, Wittwen und Kinder befinden können, so erhalten diese . . . ; Гл. III, отд. I, des russischen Reglements von 1854 spricht auch von der Verpflegung der Frauen und Kinder, aber nennt sie nicht Kriegsgefangene. § 47 des Kriegsgefangenen - Reglements von 1877 bestimmt: *военнопленные изъ числа нижнихъ чиновъ и ихъ семействъ* erhalten zur Zeit ihres Aufenthaltes an den Sammelplätzen und während der Reise zum Destinationsort eine gleiche Verpflegung, wie die entsprechenden russischen Militairs mit ihren Familien unter gleichen Reiseverhältnissen. Wie man sieht, geht hieraus nur soviel hervor, dass bei der Armee befindliche Frauen (1829, Wittwen besonders genannt) und Kinder mit fortgeführt werden und eine ausreichende Verpflegung erhielten resp. erhalten; keine Andeutungen finden sich indessen darüber, in welchen Fällen sie mit den Kriegsgefangenen fortgeführt wurden und werden mussten; über die weiblichen Personen, welche in keiner Weise bei der Heeresverpflegung beschäftigt, sich bei der activen Armee aufhalten, finden wir keine Bestimmungen. Auch ist der citirten Bestimmung des neuesten russischen Reglements nicht zu entnehmen, ob das: Kriegsgefangene aus der Zahl der Untermilitairs (*нижние чины*) und deren Familien, hinsichtlich der letzteren buchstäblich zu verstehen ist; möglicher Weise ist hier nur ein Ausdruck nicht richtig gebraucht, und Kriegsgefangene bezieht sich vielleicht nur auf die Untermilitairs, wonach der Paragraph dann so zu verstehen wäre, dass die bei den activen Armeen in der Be-

gleitung ihrer, als Untermilitairs dienenden Väter oder Ehegatten, im Fall der Gefangennehmung dieser, denselben folgen dürfen und in diesem Fall wie die entsprechenden Verwandten der betreffenden russischen Militairs verpflegt würden. Offenbar haben in dieser Beziehung die betreffenden Corpschefs und Generalstäbe ausgedehnte Vollmachten, nach Massgabe der militairischen Nothwendigkeit zu handeln. Im Hinblick auf diese, deren Einzelheiten nie genau im Voraus bestimmt werden können, und ferner darauf, dass rechtliche Beschränkungen, die mit gerechten Ansprüchen im Widerspruch stehen und in Folge dessen oft nicht geachtet werden, ihr Ansehen bald verlieren müssen, also ihr Ziel nicht erreichen, ist es daher kaum angemessen, das Recht: die bei der activen Armee des Feindes befindlichen Personen beider Geschlechts zu Kriegsgefangenen zu machen, durch ausdrückliche Beschränkungen (mit Ausnahme der oben genannten) in einem internationalen Kriegsrechts-Codex oder einem bloß die Kriegsgefangenen betreffenden allgemeinen Staatenvertrag zu begrenzen. Zu anderen, als den angegebenen Beschränkungen und etwa noch der Exemption von Kindern unter 12 Jahren — ja auch letzteres wäre unpraktisch, da es nicht denkbar ist, dass sich an eine ungerechte Gefangenhaltung dieser irgend ein Interesse knüpfen könnte — dürften sich die in diesen Sachen in erster Reihe von praktischen Militairs bestimmten Regierungen kaum bereit finden; geschieht es doch, so kann man sich darüber gewiss nur freuen.

Ob aber in dem codificirten Artikel „werden gemacht“, „sind“, „können oder müssen gemacht“ werden (d. h. zu Kriegsgefangenen) steht, ist juristisch ganz gleichgültig,

denn Niemand kann den Staat zwingen auch selbst die Combattanten kriegsgefangen zu halten; das „sind“ hat freilich hinsichtlich der bei der Armee Angestellten einen geschichtlichen Grund, gleichfalls das „können“ hinsichtlich der sonstigen bei der activen Armee freiwillig befindlichen Personen; das „doivent“ des Herrn Voigts-Rhetz als Gegensatz zum „peuvent“ (vgl. oben) hat daher keinen völkerrechtlichen Grund. Glücklicher ist die Redaction in Bluntschlis „Völkerrecht“: § 593, die siegende Kriegsgewalt ist berechtigt Kriegsgefangene zu machen; § 594, in der Regel sind der Kriegsgefangenschaft ausgesetzt . . . . § 595, Nichtkämpfer und solche Personen, die sich dem Heere anschliessen, ohne dazu zu gehören . . . . können Kriegsgefangene werden . . . .; aber auch diese Redaction dürfte nicht ganz der präzisen Rechtssprache genügen; das doppelte *sont sujets und peuvent être* drückt in diesem Fall keine juristische Verschiedenheit aus. — Da es sich im Kriegsrecht um ein Recht, etwas zu thun und die Pflicht etwas zu unterlassen oder zu thun, handelt, so ist die einfachste und klarste Sprache: der kriegführende Staat hat das Recht resp. die Pflicht . . . .; handelt es sich daher bei der Gefangenhaltung bloss um ein dem resp. Staat zustehendes Recht, das dieser nach eigenem Ermessen ausüben kann, so kann man nur sagen: die kriegführenden Staaten haben das Recht („können“ sagt Piunowsky, p. 18) die bei der feindlichen Armee in irgend einer Eigenschaft befindlichen Personen, die in ihre Gewalt gerathen, nach eigenem Ermessen in Kriegsgefangenschaft zurückzuhalten. Ausgenommen sind hievon . . . . (die genannten Ausnahmen); . . . . „im Einklange mit der thatsächlichen

Nothwendigkeit . . . .“ in diese Definition aufzunehmen, ist, wie auch sonst häufig, nicht zweckmässig; ein solcher Zwischensatz entspräche wohl dem Rechtszweck des Krieges, aber er ist besser in einer, solche Staatenverträge einleitenden Declaration angebracht; in dieser ist der bloss auf moralischen Garantien beruhende Rechtssatz: die Kriegführenden sollen ihr Zwangsrecht gegen den Feind und dessen Land nur in den Schranken des wirklich Nothwendigen ausüben, am Platz. — Angesichts der Erfahrung ist indessen nicht anzunehmen, dass die Diplomatie sich zu einer solchen Erklärung in dieser Form entschliessen würde; wenn sie auch in diesem Sinne thätig ist, so bleibt sie doch der alten Gewohnheit möglichster Vorsichtigkeit in solchen Erklärungen treu.

Die friedlichen Personen, welche nicht zur Kategorie der bis jetzt behandelten gehören, sollen, nach einstimmigem Urtheil der modernen Praxis und Theorie, soweit sie der gegnerischen Kriegsmacht für deren Sicherheit nicht unzuverlässig erscheinen, in ihrer persönlichen Freiheit geachtet werden. Die Capitulationsverträge des XVIII. und XIX. Jahrhunderts anerkennen diesen Grundsatz ohne Ausnahme. Sie sichern den nicht militairischen Beamten und den Bewohnern des betreffenden Orts Schutz des Eigenthums und der Person und ungestörte Religionsausübung zu; zwingen die Beamten nicht im Dienst zu bleiben, sondern zugestehen ihnen ein gleiches Recht des Abzugs vom Ort, wie den übrigen Privatpersonen. Die uns bekannten amerikanischen Capitulationsverträge zwischen den einzelnen Staaten Mittel- und Südamerikas unter einander, sowie die zwischen diesen einerseits und Spanien andererseits, bezeugen die gleiche

Praxis in Amerika <sup>8)</sup>. In weiteren Grenzen sicherte nicht selten die das Feindesland betretende Kriegsmacht den friedlichen Einwohnern und öffentlichen Beamten die Achtung ihrer Stellung und Rechte zu, wenn sie als friedliche Bürger der Staatsgewalt des Invasionsheeres den verlangten Gehorsam leisten werden. Unbedingt anerkennt diese Autorität des Occupationsstaates, aber auch dessen Pflicht, nur zu eigenen Sicherheitszwecken den bestehenden Ordnungszustand im besetzten Feindesland zu ändern (die öffentlichen Beamten sind in ihrem Dienst zu belassen, falls sie zu bleiben gesonnen sind; die Religionübung, die Ehre, das Leben und das Privateigenthum der friedlichen Bevölkerung sind zu respectiren) die Brüsseler Declaration von 1874. Von dem Recht, die Civilbeamten als solche zu Kriegsgefangenen machen zu dürfen, wird nichts gesprochen; als stillschweigend anerkannt kann es im Hinblick auf die oben in der Klammer angegebenen Grundsätze des Brüsseler Schlussprotokolls nicht angenommen werden. Ob die amerikanischen Artikel ein solches Recht in § 50, in dem bestimmt wird, dass jede Person, die der kriegführenden Armee oder deren Regierung in irgend einer Weise nützlich ist und auf belligerent ground in die Gewalt des Feindes geräth, zum Kriegsgefangenen gemacht werden kann, anerkennen, ist insofern zweifelhaft, als man berücksichtigen muss, dass die im occupirten Staat ange- troffenen öffentlichen Beamten wohl zum Wohl des Landes

---

8) Die Aufzählung der Beispiele hierfür würde ganze Seiten füllen; man vergl. in dem Recueil von Martens einen beliebigen Capitulationsvertrag, um sich von der Allgemeingültigkeit dieser Praxis im XVIII. und XIX. Jahrhundert zu überzeugen.

zu wirken fortfahren, aber nicht zu Gunsten der Regierung und deren Kriegszwecke; diese zu durchkreuzen ist Zweck des Krieges; das Land ohne Beamten zu lassen, bedeutete aber diesem einen ausserhalb der Kriegszwecke stehenden Schaden zuzufügen, was den von diesen Artikeln aufgestellten Grundsätzen des Kriegszweckes widerspräche. Art. 3 derselben sanctionirt das unbedingte Autoritätsrecht des Occupanten in allen Gebieten der staatlichen Thätigkeit nach dem Ermessen desselben und, mit Rücksicht auf die Umstände, in dem staatlichen Zustande des occupirten Gebiets entsprechende Aenderungen vorzunehmen, also auch die Beamten zu suspendiren, aber er enthält nichts über die regelmässige Gefangennehmung dieser, als solcher.

Dass Beamte oder sonstige Privatleute ausserhalb der activen Armee den Feind mit Wort, Schrift und That bekämpfen, kommt oft vor; dass die in solcher Weise angegriffene kriegführende Partei überall, wohin sie völkerrechtlich mit ihrer Kriegsmacht reichen darf, solche Leute kriegsgefangen zu machen, d. h. sich gegen die Fortsetzung dieser Feindseligkeiten zu sichern, das Recht hat, widerspricht dem Krieg als Rechtsbegriff keineswegs. Man kann dem Staat, dem man den Krieg als Mittel der Selbsthilfe zur Erlangung seiner Rechtszwecke zugestanden hat, die Sicherung seiner selbst gegen die, welche gegen ihn, wenn auch in anderer Gestalt als mit Waffen oder sonst in deren Dienst kämpfen, nicht versagen. — Selbst, wenn man auch berücksichtigt, dass solche politische Feinde mit ausserordentlicher Geschicklichkeit der gegnerischen Partei zu entkommen verstehen, und diese daher solcher Personen nur selten habhaft wird, also nicht oft in die Lage kommen wird diese politischen Gegner in die Kriegsgefangenschaft

abzuführen, so ist das doch kein Grund, das in Rede stehende Recht dem betreffenden Kriegführenden im Princip zu versagen, denn nicht allein die häufige Anwendung eines Rechts ist dessen *raison d'être*.

Allerdings muss man auch hier dem Kriegführenden ein nahezu absolutes Recht über die Freiheit der Unterthanen des gegnerischen Staats zugestehen, die Anwendung desselben in den Schranken des Rechts dessen eigenem Gutdünken und rechtlicher Gesinnung überlassend. Kein Freund solcher unbeschränkter Machtvollkommenheit und ein aufrichtiger Anhänger des rechtsstaatlichen Princip, dessen Uebertragung wir auch aufs Völkerrecht, soweit das diesem zu Grunde liegende internationale politische Leben solches gestattet und letzteres mit Anpassung an die Natur dieses Lebens möglich ist — anstreben zu müssen glauben, dürfen wir dennoch nicht aller wirklichen Nothwendigkeit zuwider, und blos aus Liebe für noch nicht praktische philanthropische Ideale, die Völkerrechtswissenschaft bei den Praktikern in Misseredit bringen. Die Öffentlichkeit bei solchen Gefangenennahmen und in Folge dessen die Möglichkeit, dieselben allseitig zu beurtheilen, werden in Zukunft das Vorkommen ungerechter Gefangenennahmen nicht ganz verhüten, aber die Zahl derselben gewiss reduciren. Die Wirksamkeit der moralischen Garantien kann auch hier nicht übersehen werden. Als eine formelle Garantie wäre die Pflicht der betreffenden Kriegsmacht, dem so Detenirten auf dessen Ansuchen eine Begründung seiner Gefangenschaft zuzustellen und das Recht dieses, dieselbe zu veröffentlichen. Das Unrecht würde auch auf diese Weise nicht ganz aus der Welt geschafft, aber eine Garantie für selteneres Vorkommen desselben dürften eine solche Pflicht und ein sol-

ches Recht doch sein, indem die betreffenden Civil- und Militairchefs der resp. Kriegsmacht veranlasst würden vorsichtiger zu verfahren.

Dass auch diese Gefangenschaft eine Kriegsgefangenschaft, also eine völkerrechtliche zu Sicherheitszwecken und keine strafrechtliche ist, ist in der Praxis und Theorie anerkannt; sie hat sich blos auf ihren Zweck zu beschränken; unter Umständen kann sie freilich ausserordentlich streng werden und die persönliche Freiheit des Gefangenen auf den Aufenthalt im geschlossenen Raume beschränken, der Form nach also eine fast gleiche Gestalt mit dem strafrechtlichen Gefängniss annehmen, indessen dem Begriff nach bleibt sie nur Sicherheitsmassregel, aus der, trotz der unter Umständen möglichen Gleichheit in der Erscheinung mit der strafrechtlichen Freiheitsentziehung, sich ganz andere Consequenzen ergeben, als aus dieser; (z. B. Verpflegung; die Unterstützung von auswärts etc.). Die Dauer und die Art der Kriegsgefangenschaft hängen ab von dem Kriegszweck. Die strafrechtliche Freiheitsentziehung hat indessen einen ganz anderen Zweck. Dass die Kriegsgefangenschaft dieser ausserhalb der Armeen stehenden Personen nur eine Kriegsgefangenschaft sein darf, sofern nicht gleichzeitig Strafgründe aus anderen Ursachen vorliegen folgt aus der Natur des Grundes dieser Gefangenennahme: die Kriegsmacht darf ihren völkerrechtlichen Feind nicht als Verbrecher ansehen: derselbe hat kein Recht verletzt; so lange er nicht strafrechtlich verfolgt werden kann, genießt er für den Fall, dass er in die Gewalt des Gegners geräth und dieser ihn zurückhält, die Rechte des Kriegsgefangenen.

Im Anschluss hieran ist auch noch zu untersuchen,

ob die Seeleute auf feindlichen Privatschiffen, für den Fall, dass dieselben nach dem praktischen Völkerrecht rechtmässig in die Gewalt des Feindes gerathen, zu Kriegsgefangenen gemacht werden dürfen. Ein neuerer Schriftsteller über „positives internationales Seerecht“, Dr. H. Bischof (p. 41) bezeichnet das Recht, die Seeleute auf feindlichen Privatschiffen kriegsgefangen machen zu dürfen, als ein allgemein gültiges; gewiss entspricht das ganz der Jahrhunderte lang geübten Praxis, welchem Raubsystem gegenüber sich erst die Literatur der allerneuesten Zeit zu einer, unserer Zeit würdigeren Anschauung bekannt hat. Englische Theorie und Praxis stehen auch noch heute für das Althergebrachte: auf dem nach ihrer Ansicht für Englands Interessen einzig und allein vortheilhaften Standpunkt; die aus dem Wesen der internationalen Rechtsordnung folgenden Rechtsgründe in dieser Beziehung sind ihnen nicht verständlich, sie sehen ihr Recht in den Thatfachen der Geschichte. — Jeder Staat hat wohl das Recht, bei der Selbsthilfe gegen andere Staaten sich aller der zur Erreichung des Rechtszweckes nützlichen Mittel zu bedienen, aber diese haben auch ihre festen Rechtsgrenzen (s. oben). Der Krieg findet statt zwischen den resp. Staatsgewalten und deren Organen und soll ein geregeltes Verfahren sein. Das Contributionsverfahren im Landkriege passt sich diesen Grundsätzen immer mehr und mehr an, und auch nur die in gleicher Weise für den Staat gemachte Seeprise könnte gerechtfertigt werden; aber verfolgt diese den gleichen Zweck mit jener? Ist sie nothwendig für die militairischen Operationen? Ist es nicht nur ein „Raubgeschäft“, dessen Folgen den betreffenden einzelnen Unterthanen einen übermässigen Vermögensverlust zufügen, des-

sen Ertrag für die Kriegführenden zudem in gar keinem Verhältniss zu dem dem Einzelnen zugefügten Schaden steht? Ob man endlich den Feind mit einem solchen Seeraub zum Frieden zwingen kann? Heute nicht mehr! Das Rechenexempel in dieser Beziehung ist mit einem namentlich für England so ungünstigen Resultat gemacht, dass schon politisches Interesse den Industriestaat England zwingen müsste, das System des legitimirten Seeraubes aufzugeben.

Jedenfalls kann aber das Recht der Seeprise an feindlichem Privateigenthum als solchem im Hinblick auf das, was bereits seit 1856 seitens der einzelnen Regierungen auf diesem Gebiete geschehen ist (Gesetzbücher Italiens, Preussens, Oesterreichs; die Geneigtheit Russlands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Nordamerika; ferner Verträge zwischen einzelnen amerikanischen Staaten, zwischen einzelnen dieser und europäischen Staaten), — nicht mehr als positives Völkerrecht angesehen werden. So sprechen denn nicht nur allgemeine Gründe und das positive Völkerrecht, sondern auch das englische Interesse für den Schutz des Privateigenthums zu Kriegszeiten zur See. Die Wissenschaft, mit Ausnahme der englischen, ist unbedingt für denselben (Rev. 1875. Verhandlungen des Instituts für Völkerrecht; die Beschlüsse dieses Instituts von 1877). Auf dieser Grundlage ist auch die Berechtigung: das auf den Privatschiffen beschäftigte Personal kriegsgefangen abzuführen, zu entscheiden. Zugesteht man das Recht der Freiheit des feindlichen Eigenthums zur See zu Kriegszeiten, so kann folgerichtig auch die Mannschaft nicht mehr der Kriegsgefangenschaft unterworfen werden. Ortolan (II, 231) und Hautefeuille (39–40), haben freilich Recht,

wenn sie die Matrosen auf Handelsschiffen für vortreffliches Material für die Flotte des Feindes halten, das diesem zu entziehen im Interesse seines Gegners liegt. Dieselben denken aber nicht an die Consequenz dieser Regel hinsichtlich des Landkrieges, z. B. beim Abzuge des Feindes aus dem occupirten Lande: das Völkerrecht hat dem Feinde nie das Recht zugestanden, alle in seiner Gewalt stehenden militärfähigen, aber noch nicht in der feindlichen Armee verwandten männlichen Unterthanen des Feindes kriegsgefangen fortzuführen, ein solches Recht ist der Praxis der letzten 1½ Jahrhunderte fremd. Folgt man im Geiste Ortolan's, so ergibt sich auch zum Beisp. das unbedingte Recht, alle Forstbeamte, als präsumirte Scharfschützen, kriegsgefangen abzuführen. Auch das Vortheilhafte des englischen Anspruchs, die Mannschaft der feindlichen Kauffahrer zu Kriegsgefangenen machen zu dürfen, ist Angesichts der heutigen Verhältnisse nicht einzusehen.

Dagegen werden See- und Geschäftsleute auf Privatschiffen ohne Unterschied der Nation für wissentliche Contrebandezufuhr oder Blockadebruch vom Staat des Captors der Kriegsgefangenschaft unterworfen werden dürfen. — Die bezeichnete Thätigkeit ist eine Hilfeleistung an den einen der Kriegführenden, resp. eine Störung der Blockade, der entgegenzutreten der Gegner völkerrechtlich berechtigt ist. Es entsteht hier die Frage, ob der so Helfende dem Strafrecht unterworfen ist oder als legaler Feind behandelt werden muss: in letzterem Falle unterliegt er blos der Kriegsgefangenschaft, im ersteren auch einer Strafe. Für den Unterthan des gegnerischen Staats, zu dessen Gunsten die Contrebande herbeigeführt wurde oder dessen Hafen blockirt ist, liegt der Fall gleich wie bei der Zufuhr zu

Lande, also beim Dienst zu Gunsten der Verpflegung oder Versorgung des Heeres; in dieser Beziehung findet auch kein Unterschied zwischen der Staatsangehörigkeit der Helfenden statt, und da ferner zwischen der Zufuhr zur See und zu Lande kein prinzipieller juristischer Unterschied besteht, so sind in dem angezogenen Fall sowohl den Nationalen des Feindes, als auch den Neutralen gleichmässig die Rechte der Kriegsgefangenen einzuräumen falls man glaubt sie deteniren zu müssen. Gehört diesen Leuten auch die Ladung, so verfällt dieselbe ebenso wie die Contrebande zu Lande, ohne jede Vergütung, als Beute an den Feind; gleiches gilt vom Schiff; das ist aber nicht Strafe, sondern rechtmässiges Beuterecht. Das sonstige Vermögen der Schiffsmannschaft, das diese bei sich tragen, bleibt intact. — Was den Personenkreis anbetrifft, der aus der Zahl der auf dem Schiff befindlichen Personen in diesen angezogenen Fällen der Kriegsgefangenschaft unterliegen kann, so wäre es consequent, dieser alle Personen unterwerfen zu dürfen, die, um diesen Transport wissend, auf dem Schiff mit dessen Beförderung beschäftigt sind. Diese Gewissenssache zu prüfen, kann aber selbstverständlich nicht Aufgabe des Prifengesichts sein. Das Schiffskommando nebst den eventuell anwesenden Besitzern der Ladung und des Schiffs oder den resp. Bevollmächtigten werden so, als die um die Zwecke ihrer Reise unbedingt Wissenden, der Kriegsgefangenschaft unterworfen werden können. Ob dieses Mittel bei der auf diese Weise wohl nicht zu vernichtenden Menge stets neuer bereitwilliger Schiffsleiter praktisch ist, ist allerdings eine andere Frage, über die indessen jeder Staat selbst zu entscheiden hat. Hierzu hat er aber das Recht.

Kann der Gesundheitszustand der betreffenden Kriegsgefangenschaft unterliegenden Personen im Augenblick der Möglichkeit, kriegsgefangen gemacht zu werden, die Kriegsgefangenschaft für dieselben überhaupt abwenden? Die Geschichte kennt für solche Befreiung wohl vereinzelte Beispiele: Das Frankfurter Cartel von 1743, dann die von Hadmersleben (1757), Sluys und Brandenburg (beide von 1759): „Die Kranken von beiderseitigen Armeen sollen nicht als Kriegsgefangene angesehen werden, sondern vielmehr mit aller Sicherheit in den Hospitälern oder Lazareths liegen bleiben können; auch wird es denen beiden kriegführenden Armeen und Hilfstruppen erlaubt sein, denselben eine Wache zu hinterlassen, welche nachher sowohl, als die Kranken selbst, mit den nöthigen Passeports von der resp. Generalität versehen, ohne alle Hindernisse auf dem nächsten Weg zurückgeschickt werden“. (Aehnlich die Capitulation von Antwerpen 1701, hinsichtlich der in dem Hospital daselbst liegenden Kranken). Der Paragr. hinsichtlich der Entlassung der Blessirten, die als Gefangene in die Macht des Gegners gefallen sind, ist nicht so präcis, wie der eben citirte. Nachdem im ersten Theil jenes Paragr. über die Verpflegung gesprochen worden, wird im zweiten fortgefahren: „Ueber das sollen aber sowohl diejenigen Blessirten so gefangen, als auch die, so noch frei sind, unter dem Schutz und gegebener Salve-Garde des commandirenden Generals zurückgesandt und ihnen die Freiheit accordirt werden, nach ihrer Commodität, zu Wasser oder zu Land, nachdem es die Zeit und Gelegenheit mit sich bringen wird, auf dem nächsten Weg weiter transportirt zu werden, mit der Bedingung, dass die

Gefangenen nicht eher, als bis sie ausgewechselt oder racionnirt werden, wieder dienen können.“ Man wird indessen diese scheinbar ausserordentliche Humanität namentlich des erstgenannten Artikels hinsichtlich der unbedingten Entlassung nicht überschätzen, wenn man sich erinnert, dass diese Cartelverträge ganz regelmässige Auswechslungstermine (meist monatliche) festsetzten, somit diese genesenen Kranken und Verwundeten auch ohnehin schon entlassen werden mussten, sobald sie gesund wurden. Dann aber muss auch ganz besonders nachdrücklich hervorgehoben werden, dass diese Grundsätze in den Capitulationsverträgen, in denen es sich um die verhältnissmässig grösste Zahl der im ganzen Kriege zu machenden Kriegsgefangenen handelt, nicht immer eingehalten wurden. Schon in den gleich nach dem Zustandekommen des französisch-österreichischen Cartelvertrages zu Frankfurt 1734 geschlossenen Capitulationen zwischen Truppentheilen dieser beiden Staaten (Eger (1743), Freiberg (1744)) ist vom Cartel abgewichen; die Capitulation von Brüssel 1746 beruft sich hinsichtlich der Kranken und Verwundeten auf das Frankfurter Cartel, aber in der von Mons erklärt der französische Führer ausdrücklich, dass das Cartel von Frankfurt auf die Kranken und Blessirten, welche in einer Stadt bleiben, deren Besatzung zu Kriegsgefangenen gemacht worden ist, niemals hat applicirt werden können, dieselben daher dem Schicksal der übrigen folgen; „indessen sollten die Gesetze des Cartels, in soweit, als selbige in gegenwärtigem Fall stattfinden können, vorbehalten bleiben“; die Capitulirenden hatten, gestützt auf das Cartel, gemäss demselben die Befreiung dieser Personen von der Kriegsgefangenschaft verlangt.

Gleiche Forderungen stellten die Capitulirenden in Namur; das französische Commando verwies dieses Mal ohne die Erläuterungen, wie vor Mons, auf das Cartel. Von den darauf folgenden Capitulationen des Schlosses Namur (1746), von Sluys (1747) und der 1746 zu Cannes geschlossenen ist mir nichts Näheres bekannt geworden; Gurlt sagt, dass dieselben hinsichtlich der der Gefangenschaft unterliegenden Kranken und Verwundeten die bekannten Bestimmungen enthalten, fügt aber nicht hinzu, ob nur hinsichtlich der Verpflegung allein, oder auch der Entlassung im Einklange mit dem Cartel; auf derselben Seite sind die Capitulationen von Mons und der Stadt Namur angeführt. Im siebenjährigen Kriege haben die Bestimmungen der genannten Cartelle über die Entlassung der Kranken als freier Leute, ohne der Kriegsgefangenschaft unterworfen zu sein, in den Capitulationen keine Anwendung gefunden; diese Personen werden ausdrücklich der Kriegsgefangenschaft unterworfen. Der Cartelvertrag wird in ihnen gar nicht erwähnt. In der Folge finden wir den Grundsatz, dass amputirte Militairs oder solche, die in Folge ihrer Wunden oder Schwäche dienstunfähig (im Militairdienst?) geworden sind, nicht kriegsgefangen werden sollen, in der Capitulation von Torgau 1813 und dem Vertrag zwischen Spanien und Columbien, betreffend das gegenseitige Kriegsverfahren (von 1820). Der Art. I. dieses Vertrages bezeichnet diesen Grundsatz als einen vom Völkerrecht verlangten. In den späteren Capitulationen der verschiedenen Staaten ist dieser Grundsatz der eben genannten Verträge von 1813 und 1820 nie mehr zur Geltung gekommen (Martens, Supl. IX, 540). Die Zusatzartikel der Genfer Convention von 1868 bestimmen: les blessés tombés entre les mains de l'ennemi, lors

même qu'ils ne seraient pas reconnus incapables de servir, devront être renvoyés dans leur pays après leur guérison, on plus-tôt, si faire se peut, à la condition toutefois de ne pas reprendre le armes pendant la durée de la guerre; letztere Bedingung enthielten jene beiden Verträge von 1813 und 1820 nicht, gingen also noch weiter; sie bezogen ferner diese Befreiung auch auf alle übrigen „malades“. Der Ausdruck Kriegsgefangener ist in allen diesen Fällen gemieden. Die Articles concernant la Marine von 1868 beanspruchen Befreiung von der Kriegsgefangenschaft für alle naufragés et blessés ainsi (pendant et après le combat) recueillis par les embarcations; dieselben sollten indessen in Folge dieser Rettung verpflichtet sein, ne servir pas pendant la durée de guerre; diese Verbindlichkeit wird in den Articles auch auf die auf einem Handelsschiff aufgenommenen Kranken und Verwundeten bezogen, sobald dieses von einem feindlichen Kreuzer besichtigt worden.

Im russischen Project für die Brüsseler Conferenz werden die in die Gewalt des Feindes gefallen Kranken und Verwundeten Kriegsgefangene; die Verwundeten können nach erfolgter Genesung entlassen werden, wenn sie sont trouvés incapables de prendre une part active à la guerre. Diese Redaction mit „können“ und ohne Erwähnung der anderen Kranken wird vom General Voigts - Rhetz verbessert mit „devront“ und Erwähnung der Kranken. Das Belgische Project sprach über diese Entlassung gar nichts. Die Subcommission der Conferenz schlug vor: Ceux dont la convalescence sera présumée, d'après les contestations officielles, devoir excéder la durée probable de la guerre, seront, s'ils l'en expriment le désir, renvoyés dans leur pays dès que leur état le permettra. Das Schlussprotocoll



der Brüsseler Conferenz enthält aber nur eine Bestätigung der Genfer Convention ohne Neuerungen und Veränderungen. -- Diese geschichtliche Darstellung zeigt uns, dass der Gedanke der vier Cartelle von 1743, 1757, 1759 nicht nur nicht allgemein anerkannt, sondern auch selbst von den Contrahirenden nicht eingehalten, ja später wieder ganz aufgegeben wurde; in diesem Jahrhundert giebt es nur zwei Beispiele; der Art. 5 der Zusatzartikel der Genfer Convention, der diesen Gedanken wieder erneuern wollte, hat keine Ratification seitens der einzelnen Staaten erlangen können; im letzten deutsch-französischen Kriege wurde dieser Zusatzartikel zu Anfang des Krieges von beiden kriegführenden Staaten wohl als für sie verbindlich anerkannt, aber in der Folge nicht geachtet. — Die Vorschläge auf der Brüsseler Conferenz basirten auf dem Grundsatz der Genfer Convention, deren citirtes seront renvoyés . . . als genügend anerkannt werden kann. Der Zustand augenblicklicher Unfähigkeit, seine Stellung in der Kriegsmacht einzunehmen, zu der der Betreffende gehört und in die er nach Erlangung der Kräfte zur Fortsetzung des Dienstes pflichtgemäss oder freiwillig wieder eintreten würde, giebt ihm nicht das Recht, Befreiung von der Kriegsgefangenschaft zu beanspruchen. Der Feind, in dessen Gewalt er gerathen, hat wohl die Pflicht, für die Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit zu sorgen, aber er hat auch das unzweifelhafte Recht, sich seiner Person zu versichern, um die Bethätigung der Kräfte desselben im Kriegsdienst des Feindes zu verhindern. Um die ganze Rechtsstellung dieser Kranken und Verwundeten gegenüber dem Feinde zu bezeichnen, ist es daher nicht unwesentlich, dieselben „Kriegsgefangene“ zu nennen; die zufällige Unterbrechung ihrer

Thätigkeit durch Krankheit oder speciell Verwundung begründet für diese Personen im Vergleich zu den gesund gebliebenen und ihre Thätigkeit für die Kriegszwecke fortsetzenden Combattanten und Nichtcombattanten, vor dem Recht des Feindes, sich der Mittel der Kriegsmacht seines Gegners zu bemächtigen, keinen Unterschied. Von diesem Standpunkte aus ist die Bestimmung der Genfer Convention von 1864, wenn sie auch die Kranken und Verwundeten nicht Kriegsgefangene nennt, der Hauptsache nach richtig und erhält in dem russischen Project eine wenn auch nicht ganz untadelhafte, so doch prägnantere Redaction, indem die Sache beim rechten Namen genannt wird. Man sieht also, dass nicht nur allgemein völkerrechtliche Erwägungen und Schlussfolgerungen uns zur Anerkennung dieses Rechts des kriegführenden Staats zwingen und für's Gegentheil nicht nur keine Rechtsgründe vorliegen, sondern dass auch praktische Erfahrungen ernstlich abrathen, an die Staaten Forderungen zur Einschränkung dieses Rechts zu richten. — Die aus Rechtsgründen folgende Beschränkung dieses Rechts der Gefangenennahme der auf dem Schlachtfeld als kampfesunfähig in ärztlicher Behandlung angetroffenen Feinde ist ausreichend berücksichtigt worden (Genf. Conv.) und kann mehr nicht verlangt werden. Die Pflicht der Achtung vor den höchsten Gütern des Menschen hat hier die Staaten zu manchen Concessionen bewogen, die ihnen freilich gegenseitig zu Gute kommen, mitunter aber auch unbequem sein können, z. B. wenn der Feind in seinen Evacuationen und Ambulanzen viele Personen fortführt, die Gefangene des Gegners werden könnten.

Welche Personen muss der Feind als Kriegs-  
gefangene achten?

Diese Frage ist in der allerneuesten Zeit vielfach, sowohl in der Diplomatie als auch in der Theorie erörtert worden. Es handelt sich hier um eine bestimmte Gruppe von Leuten, deren Theilnahme am Kriege man ausschliessen will, da dieselben die Sicherheit eines geordneten Kriegsverfahrens bedrohen. Der Krieg soll offener ehrlicher Kampf sein, der wohl Kriegslist gestattet, nicht aber Treulosigkeit und Meuchelmord. Gegen die Folgerichtigkeit dieser Deduction aus dem Krieg als Rechtsbegriff lässt sich nichts einwenden. Wer ausserhalb des Kriegsrechts steht, d. h. dieses nicht achtet, hat auch keinen Rechtsanspruch auf die von demselben den mit der Kriegführung beschäftigten Personen, welche das Kriegsrecht als Grundbedingung des Krieges als Rechtsmittel achten — gewährten Rechte. Rechten stehen Pflichten gegenüber, Pflichten gewähren Rechte.

Der Krieg hat seinen Rechtszweck, zu dessen Erlangung der Staat alle Mittel gegen den Feind aufbieten darf, die ihm in den Grenzen des Völkerrechts zustehen; vor Allem kann er seine ganze Wehrkraft, das gesammte persönliche Element seines Landes in den Kampf zur Verfolgung seines Kriegszweckes führen. Die einzige Bedingung, um als Combattant anerkannt zu werden, ist, sich selbst als solchen kenntlich zu machen und das Kriegsrecht zu achten; diese Bedingungen sind die Voraussetzung der Anerkennung des legalen Feindes als solchen. Geht man ohne geregeltes Kriegsverfahren gegen Leben, Freiheit und Gut der Unterthanen des anderen Staats vor, so wird man

auch demgemäss verfolgt: als Räuber und Dieb, nicht als Kriegführender.

Dass die Achtung des Kriegrechts in seinem ganzen Umfange für jeden Einzelnen absolute Pflicht ist und jede Verletzung desselben im Fall, dass der Contravenient in die Gewalt des Gegners geräth, von diesem bestraft werden kann, wird allgemein zugegeben; über die Bedingungen der Erkennbarkeit des Feindes sind die Ansichten indessen sehr verschieden. Der patriotische Drang, dem Vaterlande zu helfen, bei gleichzeitiger Unmöglichkeit, solches anders, als durch versteckten Kampf gegen den Feind thun zu können, kann diesen nicht verpflichten, gegen den so kämpfenden Gegner als einen ehrlichen und offen kämpfenden Feind zu verfahren. Auch die ehrliche Absicht, sich als Combattant zu geriren, genügt für den Feind nicht, der nur das äusserlich Erkennbare wahrnehmen kann. Dieses ist der Rechtsgrund für die Pflicht jedes Combattanten, sich als solchen dem Gegner erkenntlich zu machen, um diesem die Möglichkeit zu gewähren, auch seiner Pflicht nachzukommen und zwischen Combattanten und Nichtcombattanten und den sonstigen friedlichen Landbewohner zu unterscheiden. Viel bestritten ist aber die Frage, welche Erkennungsmerkmale in den einzelnen Fällen massgebend sind. Das moderne Kriegsrecht kennt den Krieg zunächst wohl bloß als Verhältniss zwischen den resp. Staatsgewalten und den von diesen beauftragten Organen. Diese Auffassung des modernen Krieges ist die Bedingung für ein geregeltes Kriegsverfahren. Alle Personen nun, die so beauftragt, unter staatlicher Autorität den Krieg in den Grenzen des Kriegsrechts führen, sich durch äussere Kennzeichen, Uniform und mit offen getragenen Waffen oder

durch als feindliche Macht erkennbare Massenerhebung ohne Uniform, aber mit offen getragenen Waffen bei der Vertheidigung oder beim Angriff dem Feinde in der Schussweite kenntlich werden, haben als rechtmässig handelnde Organe der Staatsgewalt das Recht als s. g. legale Feinde behandelt zu werden, die unter dem Schutz des Kriegsvölkerrechts stehen. Die staatliche Autorität allein genügt nicht, es muss die Kenntlichkeit hinzukommen.

Frankreich verweigerte einst denen die Rechte rechtmässiger Krieger, welche nicht in kriegerischer Kleidung mit den Waffen in der Hand angetroffen wurden, wenn sie auch den Befehl ihres Souverains für sich hatten; aber in seiner Revolution gab es selbst das Beispiel allgemeiner Volksbewaffnung, ohne dass es seine Krieger sofort kriegerisch kleiden konnte, und musste also gegen sich gelten lassen, was es selbst für sich gethan; indessen bald ahmten auch die übrigen Staaten nach. (Schmelzing III, § 454) Schmalz und Schmelzing bezeichneten als positives Völkerrecht die Anerkennung auch des ohne kriegerische Kleidung mit den Waffen gefangenen Landsturm-Corps als legaler Combattanten; indessen beschränkte Schmelzing die rechtmässige Thätigkeit der zur Vertheidigung aufgerufenen Landmilizen blos auf die Action in diesen Grenzen; Beide aber verlangten, wie früher auch schon Martens und nach ihnen Saalfeldt, Hautefeuille, Phillimore, staatliche Autorisation; Fiore verlangt Subordination unter die öffentliche Autorität. Diese Publicisten, die den Krieg mit Recht als Staatssache bezeichnen und daher dessen Bethätigung ganz zur Verfügung des Staatsoberhauptes stellen, haben desshalb auch alle von diesem nicht autorisirte Theilnahme an derselben

als kriegswidrig bezeichnet; die Art dieser Autorisation erörtern sie aber nicht näher.

Nicht selten ruft der Staat zu Beginn oder während des Krieges das ganze Land zum Widerstande gegen den Feind auf; genügt diese Autorisation? Oder sind besondere Ordres nöthig. Noch Heffter verlangt für die Freicorps schriftliche Ordres und für die Massenerhebung ein Massenaufgebot der Staatsautorität. Erst Bluntschli brachte gerechtere Grundsätze in diese Lehre, die dann Rolin Jaquemyns und Drop besser formulirten (Rev. 1870, I. IV. Jahrbücher für Gesetzgebung etc. 1872. 286 ff.). Eine allen gerechten Anforderungen entsprechende Regelung nebst im Ganzen anerkennenswerther Redaction der betreffenden Rechtssätze enthält das Brüsseler Schlussprotokoll (Art. 9 und 10). Die bedeutendsten Autoritäten auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts haben auf dem Congress des Instituts für Völkerrecht, 1875, diese Grundsätze der Sache und der Form nach gut geheissen. (Besobrasow, Laveleye, Neumann, Martens etc. Rev. 1875, 485 ff.). In der Theorie und Praxis werden diese Sätze jetzt als den praktischen Forderungen entsprechend anerkannt, weil sie die Verwendung der militairischen Streitkräfte der kriegführenden Staaten in nichts beschränken (wie solches namentlich in brillanter Weise von Besobrasow und Martens geschildert worden. Ib. 485—7, 529 ff.), dennoch auch nach Möglichkeit ein das Kriegrecht achtendes Kriegsverfahren garantiren. Eine solche der Form nach kurze und präzise Anerkennung dieser der Hauptsache nach bereits von Bluntschli in dessen modernem Völkerrecht vertretenen Grundsätze war um so mehr erwünscht, als man auch in der neuesten Theorie nicht recht wagte Grund-

sätze zu vertreten, über die in der Praxis noch soviel Zweifel bestanden; noch im letzten deutsch-französischen Kriege wurde in dieser Beziehung seitens der deutschen Heeresverwaltung die sich wohl auf Heffler berufende, aber nichtsdestoweniger das patriotische Gefühl stark verletzende Ansicht geltend gemacht, dass jeder Krieger, der als legaler Feind behandelt und nicht als Verbrecher bestraft sein wolle, den Nachweis führen müsse, dass er von der Staatsautorität persönlich zum Kriegsdienst berufen sei. Schon Pinheiro-Ferreira war mit Recht gegen eine solche Ansicht aufgetreten; sich gegen den einbrechenden Feind vertheidigen zu dürfen, auch ohne staatliche Autorisation hiezu, verlangten bereits Wheaton und Klüber; auch in den Bürgerkriegen in der Schweiz und in Nordamerika wurden nicht autorisirte, aber als politisch und militärisch geordnete Kriegsmacht auftretende, Freischaaren als legale Feinde anerkannt und als Kriegsgefangene behandelt (Jahrb. 1872, 287). Glücklicherweise kam die erwähnte Androhung des deutschen Feldherrn nicht zur praktischen Anwendung (Rev. 1871. p. 312. *La guerre actuelle*). Dieselbe hatte gewiss ihre recht ernststen Ursachen; man unterschied aber nicht streng zwischen folgenden zwei streng auseinander zu haltenden Dingen. 1) Der Zulässigkeit der Theilnahme am Kriege seitens der Unterthanen auch ohne specielle Autorisation ihrer Staatsautorität und 2) der Pflicht dieser Personen, sich dem Feinde gegenüber zeitig als Krieger der gegnerischen Partei kenntlich zu machen; in der letzteren Beziehung hatten die *Franc-tireurs* allerdings recht häufig gefehlt.

Der Krieg ist eine Beziehung zwischen den sich als Feinde gegenüberstehenden Staatsgewalten; regelmässig können nur sie einen Krieg beginnen, alle von diesen Ge-

walten zum Krieg aufgebottenen Mannschaften stehen, wie wir sehen, soweit sie sich durch ihre Erscheinung dem Feinde als Krieger kenntlich machen, unter dem Schutz des Kriegsrechts; auf die Benennung dieser Truppengattungen und Arten kommt es nicht an. Aber es können sich Gelegenheiten zutragen, in denen die Unterthanen zu den Waffen greifen, ohne ausdrückliche staatliche Autorisation, aber zum Zweck, den Staat zu unterstützen. Hieher gehören die nicht autorisirten Freischaaren und die sich gegen die Invasion des Feindes wehrende Bevölkerung eines bestimmten Gebiets. Hinsichtlich beider wäre es wünschenswerth, dass sie zum *Commendement Général* gehörten, indem gleich zu Anfang des Krieges auf Grund einer alle waffenfähigen Unterthanen zum staatlichen Militärdienst verpflichtenden Wehrordnung alle Theile des Staats unter geordneten, militärisch organisirten Schutz gegen den Feind gestellt würden. — Wir können uns in dieser Beziehung nur den vom ersten Delegirten unserer Regierung auf der Brüsseler Conferenz geltend gemachten Wünschen, die sich auf die diesbezüglichen, den deutsch-französischen Krieg betreffenden Erörterungen des bekannten Publicisten Rolins-Jaequemyns beriefen<sup>9)</sup>, anschliessen — aber obgleich wir mit grosser Wahrscheinlichkeit auch hoffen dürfen, dass das moderne Streben, aus der gesamten Bevölkerung eine militärisch organisirte nationale Landesvertheidigung zu schaffen (die auch bei uns begonnen, aber erst mit der Zeit die gesamte männliche Bevölkerung herangezogen

9) Auch Laveleye und Den Beer vertreten den Standpunkt, dass die *levée en masse* den gleichen Bedingungen, wie die Freicorps zu genügen haben. *Revue* 1875, p. 106, 488.

haben wird), in Zukunft diese Wünsche realisiren wird, so dürfen wir doch auch nicht vergessen, dass wir es vorläufig mit der Gegenwart zu thun haben und auf dieser Basis die gegebene kriegsrechtliche Frage prüfen und präcisiren müssen. Und hier haben wir auf die Frage zu antworten, ob die Zulässigkeit von Leuten, die Unterthanen eines im Kriege begriffenen Staats, ohne directe Authorisation dieses demselben zu Hilfe eilen, den vom Kriegsrecht an den Combattanten gestellten Bedingungen der Achtung des Kriegsrechts und der Erkennbarkeit als Combattant genügend, oder sich durch Erhebung en masse dem in ihr Land eindringenden Feinde mit Kriegsgewalt widersetzen — ob die Zulässigkeit dieser Leute als legaler Combattanten auch aus völkerrechtlichen Gründen gefordert werden kann. Aus den thatsächlichen Umständen, dass bei der Massenerhebung und den nicht autorisirten Freicorps Missbräuche vorkommen können, in Folge der mangelhaften Organisation, die hier keine seltene Ausnahme bildet, und dass eine solche Dienstleistung nur selten gegenüber der regulären Kriegsmacht ihr Ziel erreichen kann, was Beispiele aus der neuesten Zeit beweisen, kann nur gefolgert werden 1) dass die Nichtachtung des Kriegsrechts die feindliche Kriegsmacht zur Bestrafung der Missethäter berechtigt, die Staatsgewalt also bei Zeiten dafür sorgen soll, dass seine Unterthanen nicht in diese unangenehme Lage kommen, und 2) dass für die nachdrücklichere Bethätigung dieser Kriegskräfte durch geregelte militairische Disciplin bei Zeiten gesorgt werde. Aber den, wenn auch ohne ausdrückliche Authorisation, aber gemäss den vom Kriegsrecht an den Combattanten gestellten Forderungen kämpfenden Krieger als Verbrecher zu behandeln, wäre nicht nur un-

menschlich, sondern entbehrt auch jeglichen kriegsrechtlichen Grundes. Denn nicht erst der Erfolg macht den Combattanten zum legalen Krieger.

Näher ist die Bedingung der Authorisation zu erörtern. Auch hier hat der Feind kein Recht, die sittlichen Motive zu beurtheilen, das entzieht sich der Rechtsfrage, auch kann er es nicht wissen, ob eine Authorisation vorliegt oder nicht, er hat sich an die Thatsache zu halten, dass er einen nach Kriegsrecht verfahrenen, als Krieger der gegnerischen Partei durch Uniform oder durch Massenerhebung erkennbaren Combattanten vor sich hat, den er, um selbst ihm gegenüber die Rechte als legaler Combattant beanspruchen zu dürfen, als legaler Feind anerkennen muss. Fällt aber ein solcher nicht autorisirter, aber legal verfahrender Feind in die Gewalt des Gegners, so entsteht die wichtige Frage über die Pflicht des Feindes, ihn auch ferner als legalen Krieger achten zu müssen oder ihn wegen Mangel einer Authorisation seitens der Staatsgewalt als Verbrecher verurtheilen zu dürfen. Wir deuteten oben an, dass eine solche Authorisation in der Regel allgemein gegeben ist in Manifesten, in denen die Staatsgewalt sich regelmässig auf die Unterstützung seines Volkes zur Vertheidigung des Landes beruft, mit deren Hilfe sie den Feind abzuwehren und zu bezwingen hofft. Erfolgen keine specielleren Aufforderungen resp. Gebote an das Land, dem Feinde zu widerstehen (1812 in Russland, 1813 in Preussen), so unterliegt es keinem Zweifel, das auch in dem allgemeinen Manifest schon die Authorisation liegt. Wolf, nach ihm Wheaton und Klüber, verlangten in dieser Beziehung eine Authorisation supposée, eine stillschweigend ertheilte Authorisation der Staatsgewalt; ob sie diese als aus speciellen Aus-

sprüchen oder Handlungen der Staatsgewalt folgend verstanden haben wollten, ist ihnen nicht zu entnehmen. In der neuesten Zeit ist eine solche Autorisation *supposée* stets wirklich gegeben. Aber auch abgesehen von dieser formellen directen und indirecten Autorisation giebt es eine aus dem Staatsbegriff selbst für jeden Angehörigen desselben folgende Autorisation, an der Vertheidigung des Vaterlandes Theil zu nehmen. Das Rechtsband, das die Staatsgewalt mit dessen Unterthanen zum Rechtsbegriff „Staat“ verbindet, muss auch vom Völkerrecht geachtet werden. Die Staatsgewalt hat das Recht, im Kriege alle seine Wehrkräfte zu bethätigen, dieses Recht hat der Feind zu achten. Es hat wohl nur ein bestimmtes Glied des staatlich-gesellschaftlichen Gemeinwesens, gewöhnlich nur ein bestimmtes Organ der Staatsgewalt das Recht, den Krieg zu beginnen; ist der Krieg indessen einmal erklärt, so steht auch die Bethätigung der nicht autorisirten Krieger an demselben weder ausserhalb des Staats noch der internationalen Rechtsordnung. — Dazu ist die Pflicht, das patriotische Gefühl zu achten, so lange es nicht Verbrechen begeht, auch auf der Brüsseler Conferenz ohne Widerrede wiederholt betont worden. Somit handelt es sich nur noch um die Art, wie diese Freiwilligen sich dem Feinde kenntlich zu machen haben, damit dieser sie in ihrer Eigenschaft zeitig erkennen könne. Hier wird unterschieden: zwischen der Erhebung der Bevölkerung eines vom Feinde noch nicht occupirten Gebietes gegen diesen und den Freicorps.

Das Erkennungszeichen im ersteren Fall ist die Massenerhebung, die den anrückenden Feind von dem ihn erwartenden Widerstande belehrt, daher genügt hier, dass der Feind (die Massenerhebung) die Waffen offen trage;

von der Uniform wird abgesehen, denn jeder weaffenfähige Mann betheilt sich am Kriege. Jedenfalls wäre aber auch hier wünschenswerth, dass sich die Kämpfer durch ein deutliches Zeichen, wenn auch nur einen Streifen von bestimmter oder einigen verschiedenen Farben kenntlich machten, über die der anrückende Feind zu benachrichtigen wäre; dieses Zeichen hat einen Werth namentlich für die im Felde dem Feinde Begegnenden und ist im Interesse des Landes geboten. Es wäre selbst zu wünschen, dass die Regierungen zu Anfange des Krieges hierüber allgemeine Anordnungen trafen, die für das Wohl und die Sicherheit beider kämpfenden Staaten durchaus segensreich wäre; der Feind kann so von Hause aus wegen des Zeichens nicht im Zweifel sein. Wird diesem leicht zu verwirklichenden und zugleich segensreichen Erforderniss genügt, so unterscheiden sich die Freiwilligen-Corps von der *levée en masse* nach dem Brüsseler Conferenzbeschluss nur durch die unbedingte Pflicht der Letzteren, *d'avoir à leur tête une personne responsable pour ses subordonnés*. Mit dieser letzteren Bedingung hat es freilich nicht sehr viel auf sich; hat sich eine Schaar Freiwilliger zusammengefunden, die verpflichtet sind *un signe distinctif fixe et reconnaissable à distance* zu tragen — auch hier soll ein möglichst leicht beschaffbares Zeichen genügen, das zu Anfang des Krieges dem Gegner angezeigt werden müsste — so werden sie bei grösserer Zahl ganz bestimmt eine gewisse Organisation treffen; die verantwortliche Person des § 9 des Brüsseler Schlussprotokolls hilft uns hier über die Einzelheiten der Frage nicht hinweg. Es können auch z. B. nur einige Wenige oder auch nur Einer, sich der Zeichen eines Freiwilligen bedienend, dem Feinde in den Weg tre-

ten, und in einzelnen Fällen kann das sogar von Bedeutung sein; juristisch ist letzterer Umstand natürlich irrelevant. Dem Einwande, dass eine solche Zulässigkeit Aller zum Dienst freiwilliger Krieger, unter der einzigen Bedingung, als Krieger sich kenntlich zu machen und die Kriegsgesetze zu achten, die Achtung dieser gerade sehr bedroht, ist mit folgender praktischer Erörterung zu begegnen: Die Pflicht des Einzelnen, sich dem Feinde gegenüber als Combattant auszuweisen (in der eben bezeichneten Weise Art. 9, II, des Brüss. C.-Schl.-Prot.), um von diesem als solcher anerkannt zu werden, lässt es desselben Interesse sein, sich wo möglich dem Commandement Général unterzuordnen; die, welche auf eigene Faust, wenn auch mit dem Freiwilligen-Zeichen versehen, einen Raubkrieg führen, verfallen überall, wo sie als Verbrecher angetroffen werden, der strengsten Strafe. Solche Raubgeschöpfe wird es immer geben; (sie sind auch nicht gar zu selten unter den activen Armeetruppen selbst anzutreffen, namentlich, wenn sie zerstreut patrouilliren); durch das Freiwilligen-Zeichen werden sie weder geschützt, noch vermehrt werden. Die Zahl der Freiwilligen wird ferner ausserhalb des Com. Général nie übermässig gross sein. — Jedenfalls ist es aber Pflicht, jeden als Krieger erkennbaren und sich als solchen Benehmenden als legalen Combattanten anzuerkennen. Man mag die Tollkühnheit und unter Umständen das Klägliche bemitleiden; das entscheidet aber nicht die Rechtsfrage. Ebenso bleibt auf diese ohne Einfluss das für den Feind bequeme: mit geschulten, unter einem Commando stehenden Truppen zu kämpfen; der Kriegszweck ist, des Gegners Kriegsmacht zu paralysiren; über die Art, wie letztere auftritt, hat der Gegner nicht zu verfügen; sein Recht ist es: ihr entgegenzutreten und sie nach

Kriegsrecht zu schwächen, seine Pflicht: dem das Kriegsrecht achtenden mit gleicher Achtung entgegenzutreten. Die §§ 9 und 10 des Brüsseler Schlussprotokolls <sup>10)</sup> wären daher in folgender Weise zu ändern. — Die Milizen gehören zur berufenen Kriegsmacht, ebenso die unter dem Generalcommando stehenden Freiwilligencorps; hinsichtlich beider zum Unterschiede von der Armee besondere Merkmale behufs Anerkennung ihres Charakters als legaler Combattanten festzusetzen, ist überflüssig, namentlich wenn es sich um die Kenntlichkeit, das offene Tragen der Waffen und die Achtung des Kriegsrechts handelt; zur Achtung dieser und zur Erfüllung der beiden anderen Bedingungen ist auch jeder zur s. g. Armee gehörige Combattant verpflichtet und wird für das Nichterfüllen dieser Pflichten als Verbrecher entsprechend der Schwere des Verbrechens bestraft. Ferner sind die drei zu Anfang des § 9 aufgezählten Bezeichnungen: l'armée, les milices et les corps de volontaires, abgesehen von der juristischen Nutzlosigkeit, weder vollständig, noch ist die Bezeichnung milice in allen Staaten gebräuchlich (Rev. 1875, p. 488. St.-Ar. XXVIII,

10) Les lois, les droits et devoirs de la guerre ne s'appliquent pas seulement à l'armée, mais encore aux milices et aux corps de volontaires réunissant les conditions suivantes: 1) d'avoir à leur tête une personne responsable pour ses subordonnés; 2) d'avoir un signe distinctif fixe et reconnaissable à distance; 3) de porter les armes ouvertement, et 4) de se conformer dans leurs opérations aux lois et coutumes de la guerre. Dans les pays où les milices constituent l'armée ou en font partie, elles sont comprises, sous la dénomination „d'armée“ (Art. IX). Art. 10.: La population d'un territoire non-occupé qui, à l'approche de l'ennemi, prend spontanément les armes pour combattre les troupes d'invasion sans avoir eu le temps de s'organiser conformément à l'art. 9, sera considérée comme belligérante si elle respecte les lois et coutumes de la guerre.

p. 74). Es handelte sich offenbar darum, im Hinblick auf die Ereignisse des deutsch-französischen Krieges 70/71, den corps de volontaires, im Fall, dass sie den Bedingungen, die für die übrigen Combattanten massgebend sind, genügen, die Rechte dieser zu sichern.

Da es also nicht auf die Art und Gattung der Kriegstreitkräfte, sondern einzig nur auf das ordnungsmässige Kriegsverfahren ankommt, ein jeder dieses achtende Combattant aber als legaler Feind anerkannt werden muss, so genügt für die Anerkennung als legaler Combattant die Erfüllung folgender zwei Bedingungen: 1) Erkennbarkeit als Combattant und 2) Achtung der Kriegsmanier.

In der Praxis allgemein geübt und in der Theorie fast einstimmig anerkannt ist der Grundsatz, dass jeder Widerstand gegen die Occupationsgewalt seitens der Bevölkerung des occupirten Gebiets als Verbrechen von der staatlichen Autorität bestraft werden darf; ihn anerkannte auch ausdrücklich das russische Project für die Brüsseler Conferenz, auf dieser selbst wurde aber dieser Paragraph fallen gelassen, und nicht ohne Grund, indem der Widerstand gegen den Feind nur in dem noch nicht occupirten Gebiet als völkerrechtlich zulässig anerkannt wird (§ 10) und § 2 des Schlussprotokolls l'autorité du pouvoir legal als de fait entre le mains de l'occupant übergegangen bezeichnet, der die bestehende Rechtsordnung in dem occupirten Gebiet im Princip achten muss, aber dieselbe auch nach Massgabe der nécessité modificiren, suspendiren und ergänzen darf. Der Krieg gestattet dem Kriegführenden die Kräfte des Gegners zu paralisiren, diesen auch aus dessen Territorium zu verdrängen und darin zeitweilig die eigene Staatsgewalt zu etabliren; dieser § 2 des Brüsseler Conferenz-

Schlussprotokolls anerkennt diese provisorische Autorität und giebt ihr das Recht, in dem Ordnungszustande des occupirten Territoriums Aenderungen vorzunehmen s'il y a nécessité; diese Nothwendigkeit berechtigt den Occupanten natürlich, das Occupirte zu behaupten, die entsprechenden Sicherungsmittel zu ergreifen, allen gegen seine Autorität gerichteten Widerstand zu bestrafen. Es steht ihm zu, geistige Widersacher als Kriegsgefangene abführen zu lassen, indessen streng genommen hat er auch gegen sie ein Strafrecht. Einer Massenerhebung gegenüber wird auch der Occupant wieder das Kriegsrecht, seine Gegner als legale Combattanten anerkennend, achten müssen; hier ist aber die Grenze nicht streng zu ziehen, und die mit der Wendung „möglichst“ ist in diesem Fall in einem Rechtscodex kaum zulässig. Allerdings liegt es im Interesse des so in seinem Besitz angegriffenen Occupanten, die Feinde als legale Combattanten (soweit sie die Bedingungen als solche erfüllen) zu achten, um dann auch ihrerseits das Gleiche beanspruchen zu können und durch ein Strafverfahren gegen sie nicht ein gleiches gegen sich selbst zu veranlassen. — Auch hier giebt es Rechtspflichten; dieselben entziehen sich aber aller Bestimmbarkeit.

#### Beginn der Kriegsgefangenschaft und die Rechte der Kriegsgefangenen.

Der Zweck des Krieges ist, die Machtmittel des Gegners zu schwächen; kann dieses erreicht werden, ohne sich hierzu der äussersten Mittel gegen das Leben und die Gesundheit des Feindes bedienen zu müssen, so besteht völkerrechtlich die Pflicht, diese Güter zu schonen. Daher genügt



die Abführung der feindlichen Person in die Kriegsgefangenschaft, wenn dieselbe sich factisch nicht widersetzen kann (alle Nichtcombattanten), sei es in Folge der äusseren Umstände, oder in Folge der eigenen physischen Unmöglichkeit, ferner wenn der noch Widerstandsfähige (oder die bereits genannten Widerstandsunfähigen) um Schonung bitten. An ihnen ist der Kriegszweck erreicht, wenn sie kriegsgefangen abgeführt werden, denn hinsichtlich ihrer sind die Streitkräfte des Feindes paralysirt und sie selbst sind hors de combat, gegen die die Gefangenhaltung die äusserste rechtliche Gewaltmassregel ist. Im russischen Project zur Brüsseler Conferenz und in dem Schlussprotokoll dieser ist dieser Grundsatz ohne vorhergehende Debatten über die absolute Gerechtigkeit desselben allseitig anerkannt. Dazu ist die Declaration, dass man keine Gefangenen machen werde, verboten. Den Feind unter allen Umständen zu tödten, widerspricht dem Kriegszweck; der Widerstand kann vom Gegner nicht im voraus gekannt werden, daher ist jene Declaration auch ohne rechtlichen Grund. So lange der Widerstand fort dauert, ist Widerstand dagegen berechtigt, dieser muss aufhören, wenn jene Bedingung nicht mehr besteht; von diesem Standpunkt aus ist auch die früher nicht selten geübte Praxis: der Garnison eines sich bis aufs äusserste vertheidigenden Platzes Quartier zu versagen, wenn sie in die Gewalt des Feindes gerathen, den Widerstand aufgab — zu verurtheilen<sup>11)</sup>. Seit dem

11) Bereits Bynkershoek stellt sich hier in Opposition zu seinem Grundprincip und fragt: Turpissime, nisi et imbellem forte vingunculam, si pudorem suum adversus robustum stupratorem, unum pluresve, pertinacius defenderit, poena dignam existimes. Licet in hostem omnia, sed si ob fortitudinem nihil crudelius. Wir freuen

XVIII. Jahrhundert gab es in dieser Beziehung meist nur Drohungen, die einschüchtern sollten. Ernster waren die Befehle des Nationalconvents von 1794 gemeint; dieselben decretirten, dass alle Truppen der „coalirten Tyrannen“ in den französischen Plätzen seront passées au fil d'épée, wenn sie sich nach erfolgter Aufforderung der französischen Generale in 24 Stunden auf Discretion nicht ergeben wollten. Einige Wochen vorher wurde den französischen Heerführern anbefohlen, den englischen und hannöverischen Truppen

uns, meint der holl. Jurist, über die Tapferkeit und verachten die Feigheit des Feindes (Quaest. I, III). Vattel (§ 143) fragt erstaunt nach der Quelle der Möglichkeit einer solchen Grausamkeit, weist auf Fälle einer mildereren Praxis und Theorie im Alterthum hin und betont nachdrücklich, dass über den Zweck der Vertheidigung nur der Belagerte zu entscheiden habe, ja dass eine Drohung beim tapferen Krieger nichts ausrichten werde. Vattel wird indessen darauf wieder grausamer, als Bynkershoek, wenn er, sich selbst widersprechend, den offenbar nutzlosen (?) Widerstand eines Subalternen als strafbar bezeichnet; ebenso könne der Commandant einer vollständig vom Verkehr abgeschnittenen Festung, der keinen Succurs mehr erhalten kann, bei fortgesetztem Widerstande für unnützes Blutvergiessen bestraft werden. Wir können Vattel mit dessen eigenen eben bezeichneten Gründen widerlegen; das thut auch Calvo II, 141. Halleck, chap. XVIII, 21, weist diese früher geübte Grausamkeit als den Grundsätzen des Völkerrechts widersprechend zurück. Die übrigen Völkerrechts-Schriftsteller übergehen diese frühere Unsitte ganz mit Stillschweigen und verurtheilen sie, indem sie die Erklärung, keinen Pardon geben zu wollen, als rechtswidrig bezeichnen (den Fall der Repressalie ausgenommen). Auf der Brüsseler Conferenz wurde diese Frage in derselben Weise entschieden; auch wurde die Plünderung der mit Sturm genommenen Plätze untersagt (Art. 13 und 18 des Schlussprotokolls). Als Repressalie gestattete das russische Project die Verweigerung des Quartiers an den Feind, dasselbe enthielt aber in § 70 (in der Section IV „Des Représailles“) folgende allgemeine Einschränkung, die jene Verweigerung eigentlich wieder verbot: Des représailles démesurément sévères sont contraires aux règles du droit des gens.

keinen Pardon zu gewähren. Das Gleiche ordnete die Nationalversammlung hinsichtlich der spanischen Krieger an, als Repressalie für die Nichtausführung der Capitulation von Collioure seitens des spanischen Generals-en-chef. Dass ein solches, freilich nicht ganz ohne Ursache, gegen die monarchischen Feinde decretirte Verfahren nicht nur den wirklich gerechten Grundsätzen des Kriegsgefangenen-Gesetzes der französischen Republik widersprach, sondern allen Gesetzen der Menschlichkeit, dem Völkerrecht und dem Kriegsvölkerrecht speciell, anerkannte der National-Convent selbst sehr bald und hob dieses barbarische Gesetz mit offener Missbilligung gegen dasselbe auf: „es stehe im Widerspruch mit dem Rechtssinn der braven französischen Soldaten, welche die Feinde der Republik zu besiegen, nicht aber die Besiegten zu morden verstehen.“ In diesem Jahrhundert haben Praxis und Theorie die Verweigerung des Quartiergebens nur als eigenes Rettungsmittel gestattet, im äussersten Fall auch als Repressalie <sup>12)</sup>; im ersteren Fall verlangte bereits Vattel eine wirkliche Nothwendigkeit, eine ernstlich bedrohte Lage für den Captor. Pinheiro-Ferreira (Note zu Martens) erklärte (wie vor

12) In der neuesten Praxis die amerikanischen Instructionen (Art. 60 u. 62); auch das russische Project enthält diesen Passus (§ 12), das Schlussprotokoll aber nicht. Während der ersten Verhandlung über diesen Project-Paragraphen verwies man den Punkt über die Repressalien in's Capitel über die Kriegsrepressalien überhaupt; hinsichtlich der Verweigerung des Quartiergebens aus eigenen Sicherheits-Rücksichten sind uns gar keine Verhandlungen der Conferenz bekannt Vattel (§ 151), Martens (272), Schmalz (231), Schmelzing (III, 145), Saalfeld (206), Wheaton (IV, II, 2) Zechin (§ 216), Phillimore (III, XCV) anerkennen das Recht, Quartier zu verweigern, in diesen Fällen, Heffter und Woolsey schweigen in dieser Beziehung.

ihm auch bereits Bielefeld 1760, II, 337) die Anwendung des Nicht-Quartiergebens als Repressalie für barbarisch, zulässig nur im Fall der Gewissheit, dass die betreffenden Feinde, wenn zu Gefangenen gemacht, gegen den Captor zu dessen Verderben conspiriren würden. P.-F. wollte damit Martens verbessern, aber auch seine Bestimmung ist keineswegs genügend; Landa (*El derecho de la guerra*, 113) weist auf die Unmöglichkeit der Kenntniss einer solchen Absicht hin; hinsichtlich der Repressalien theilt er die Ansicht P.-Ferreiras. Mit Entrüstung weist auch Calvo die Zulässigkeit jener beiden Gründe einer rechtlich statthafter Nichtgewährung des Quartiers an den Feind zurück: pour nous, sagt er § 859, le droit de refuser quartier est une question que le publiciste, comme le moraliste, n'a pas à discuter. Allerdings untersucht Calvo ebensowenig, wie nach ihm Landa die Frage der Nothwendigkeit genauer; für sie ist die Humanitätsrücksicht massgebend; Neumann (p. 114) gedenkt dieser Nothwendigkeit, das Beispiel von Jaffa 1799 citirend (Bonaparte befahl 2000 gefangene Arnauten, die schon früher auf ihr Wort, gegen Frankreich nicht zu kämpfen, entlassen waren, zu erschiessen), mit dem Wunsche, dass solche Fälle nie mehr vorkommen mögen; die Ausübung der Kriegs-Repressalien beschränkt Neumann übrigens in keiner Beziehung (p. 110).

Ueber die Nichtgewährung des Quartiers als Repressalie später; hier einige Bemerkungen über die, welche aus dringenden Nothwendigkeitsrücksichten für die eigene Sicherheit folgen.

Ob in den Kriegen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts diese äussersten Fälle vorgekommen sind, ist uns nicht

bekannt. Halleck meint, dass das Tödten der Gefangenen aus Noth nur noch von Vattel zugelassen werden konnte, dass indessen heute dieser Fall nicht mehr denkbar sei (ch. XVIII, 19—20). Wir können uns allerdings auch nur dem Wunsche Neumann's anschliessen, indessen, das überhebt uns nicht der Pflicht, dieses schreckliche Recht näher zu analysiren.

Recht und Zweck der Kriegführenden ist es, die Kriegsmacht des Feindes zu paralisiren. Kann er solches, ohne an des Gegners Leben und Gesundheit zu gehen, erreichen, so ist es seine Pflicht, sich mit dessen Gefangennehmung zu begnügen. Allerdings ist in der Hitze des Gefechts, beim Erstürmen fester Plätze und dgl. die Einhaltung dieses Gebots zwischen den einzelnen Kämpfenden der Discretion derselben anheimgestellt, die bei solchen Gelegenheiten manchen um Pardon Bittenden, ohne dessen Flehen auch nur zu bemerken, niederwerfen, vielleicht zum Tode. So beklagenswerth diese mit der Thatsache des Krieges eng verknüpften Acte oft unfreiwilligen Unrechts sind, so sind sie doch nicht vom Recht gestattet, es sind das eher Thatsachen, die unter Umständen gleich Naturereignissen wirken.

Anders gestaltet sich die Sache, wenn eine Truppenabtheilung dem Feinde gegenübersteht, der sich factisch nicht wehren kann, falls er aber gefangen würde und aus der bedrängten Position herauskäme, den Captor an Stärke überragen würde, und in diesem Fall vorausgesetzt werden müsste, dass er sich der Kriegsgefangenschaft zu entziehen suchen wird; oder es eilen Ersatztruppen für die Eingeschlossenen, die vom Feinde leicht vernichtet werden können, herbei; gegen dieselben Widerstand zu leisten ist letz-

terer indessen zu schwach, in beiden Fällen kann er, sei es nur mit dem Verlust des Sieges über die factisch in seiner Macht befindlichen Krieger, oder aber auch mit seiner eigenen Sicherheit bedroht sein, wenn er diesen nicht vernichtet. Das Vernichten der feindlichen Krieger ist nun einmal eines der schrecklichsten, indessen unumgänglichsten Mittel im Kriege; es findet seine Grenze in dem Aufhören des Widerstandes — dieses ist in dem angezogenen Beispiel der Fall —, dem steht aber die eigene Sicherheit und das Recht auf Schwächung der feindlichen Kriegsmacht gegenüber. Auf's Ehrenwort brauchen sich die so Eingeschlossenen nicht zu ergeben. — Aehnlich ist es mit den bereits als Kriegsgefangene Angenommenen, die, wie viele Publicisten es wollen, mit jenen nie verglichen werden können; es wird aber dabei übersehen, dass hier kein Unterschied in dem Recht der Sicherung gegen den Verlust der erlangten Vortheile statthat, da beide gleiche Absichten zu entkommen haben können, und von den einen sowohl, als den anderen Gefahr für die eigene Sicherheit vorhanden sein kann; den in der Folge stattfindenden Angriff abzuwarten, um dann ohne alle Gewissensbisse dreinzuschlagen, kann schon zu spät sein, um den ganzen berechtigten Vortheil zu erlangen. Eine rein formelle Interpretationsweise würde hier nicht lange im Zweifel sein und, gestützt auf den Satz, dass jeder seines Rechtes Herr ist, ohne Bedenken in das Recht der Niedermetzlung willigen; indessen hier liegen Hindernisse von zu grosser Bedeutung im Wege, die eine solche Interpretation unmenschlich erscheinen lassen. Die Achtung vor der Natur des Menschen dürfen wir auch am Feinde nicht unterlassen. In diesem angezogenen Fall zugleich weder sentimental,

noch aber auch zu grausam sein, ist ein fast unlösbares Räthsel <sup>13)</sup>.

Die Kriegsgefangenschaft beginnt, abgesehen von diesen aussersten Fällen mit, dem Augenblick des thatsächlichen Befindens in der feindlichen Gewalt; für diese bestimmen sich die rechtlichen Wirkungen dieser Machterweiterung über den Feind durch den Kriegszweck und das oberste Princip des Völkerrechts: die Achtung der Rechtsordnung, dessen Mittelpunkt die Achtung des menschlichen Wesens ist. Der Captor hat ein Recht, dem in seine Gewalt gerathenen Feind solange und soviel dessen Freiheit zu beschränken, als es die Sicherheit des eigenen Rechts erfordert, dadurch werden aber die sonstigen persönlichen und Vermögensrechte des Gefangenen in keiner Weise beeinträchtigt. Als Krieger oder als sonstige bei der feindlichen Kriegsmacht betheiligte Person, bethätigte sich die einzelne Persönlichkeit, soweit sie sich innerhalb des Kriegsrechts hielt, als Organ der feindlichen Staatsgewalt, d. h. mit ihrer Arbeit; die Entfaltung dieser im Dienst des Feindes zu verhindern ist der Gegner berechtigt, zu mehr aber nicht (die zur Verstärkung der Munition und Verpflegung des Feindes bestimmten Güter werden, in die Gewalt des Feindes gerathen, confiscirt). Was ausserhalb dieser Natur als Organ und Mittel der Staatsgewalt liegt, bleibt unverletzliches Recht des Einzelnen, und so ist namentlich alles Beuterecht an den beim Gefangenen befind-

13) § 14 des Projet der Pariser Gesellschaft: Si le nombre des prisonniers de guerre faits dans un combat ou dans une bataille est trop considérable pour qu'il soit possible de les nourrir ou de les garder avec sûreté, on n'a pas le droit de les faire périr.

lichen Gütern ungerecht. Kein Mensch denkt heute mehr daran, dass dem Feinde das Recht zustehen könnte, die, sei es wo es wolle, einer bei des Gegners Kriegsmacht befindlichen Person gehörigen Güter für den Fall, dass sie in des Feindes Gewalt gerathen, als sein Eigenthum betrachten zu dürfen. (S. weiter unten die diesbezügliche Bestimmung des „Projet pouvant servir de base à un Regl. int. rel. aux Pris. de g . . .“ Art. XIX). Ist es daher nicht auch consequent, das Eigenthum, das der bei des Gegners Kriegsmacht Befindliche bei sich trägt oder im Lager hat, als unverletzlich anzuerkennen und auf rohe ungerechtfertigte Beutegelüste zu verzichten. Allerdings zugesteht auch das moderne Völkerkriegsrecht dem Feinde in des Gegners Gebiet Contributionen zu erheben, aber, wohlbemerkt, unter der Bedingung gerechter Vertheilung und nicht übermässiger Belastung, zudem tritt hier die Nothwendigkeit hinzu. Bei der zufälligen Plünderung der Kriegsgefangenen findet das alles nicht statt, es fehlen auch die Bedingungen, mit denen man, allerdings etwas gezwungen, das moderne Contributionswesen zu rechtfertigen sucht. Zum allerwenigsten kann es zugegeben werden, dass die am Kriegsgefangenen an dessen Privateigenthum gemachte Beute als eine Ermunterung für den Captor dienen und daher dessen individuelles Eigenthum werden darf. In Rom kannte man bereits eine strengere Disciplin. Im XVIII. Jahrhundert war es bereits allgemeine Sitte, dass in den Capitulationen der in Kriegsgefangenschaft abzuführenden Garnison Unverletzlichkeit des Eigenthums mit Ausnahme der Waffen zugesichert wurde; den im Officierrang Stehenden liess man auch nicht selten ihre Waffen und ihre Pferde, wohl aus dem Grunde, dass

beide meist Privateigenthum der Officierchargen waren. Diese Grundsätze werden ausnahmslos in den von Frankreich unter Napoleon I. geschlossenen Capitulationen praktisirt. Das Plündern mit Sturm erobelter Plätze war indessen noch nicht ganz aus dem Gebrauch gekommen; selbst die neuere Theorie hat dagegen nur selten Protest erhoben, und auch Calvo wagt das Verbot der Plünderung nur als ein Moralgesez auszugeben. Pinheiro-Ferreira, nach ihm namentlich Halleck und Bluntschli (auch Domin Pétruchéwecz), verurtheilen die Plünderung der mit Sturm genommenen Plätze im Princip, weil es nicht möglich sei, dieselbe damit zu rechtfertigen, dass sie ein gutes Ermunterungsmittel für die stürmenden Truppen sei oder dass diese in der Hitze des Gefechts von der Plünderung nicht abgehalten werden können. Diese beiden Gründe pflegen die Vertheidiger der Plünderung anzuführen.

Indessen jener Zweckmässigkeitsgrund widerspricht dem Rechtsbegriff des Krieges, der scheinbar aus der Nothwendigkeit folgende kann nur Folge mangelhafter Disciplin sein; für eine geordnete Disciplin hat nun aber das Commando zu sorgen, indem es die Achtung derselben dem Militair einschärft und Uebertretungsfälle als Verbrechen streng bestraft. Hierzu verpflichtet das Völkerrecht jeden Staat. Noch Wellington war der Ansicht, die stürmenden Soldaten vor der Plünderung nicht zurückhalten zu können. Lord Napier behauptete das Gegentheil: Strafe solle den Ungehorsamen treffen, die Tapferen solle man belohnen. Halleck (ch. XVIII, 23), ein namhafter amerikanischer General (und als solcher natürlich ganz besonders competent in der Frage der militairischen Disciplin), hält den Grund Wellingtons für nicht stichhaltig und

verurtheilt die Ansicht des berühmten englischen Feldherrn: „ein General, der seine Soldaten nicht commandiren könne, sei für sein Amt untauglich.“ Bluntschli sagt ausserordentlich trefflich: „Diese Lappen (die für die Statthaftigkeit der Plünderung eines Platzes geltend gemachten Gründe) verhüllen nicht die nackte Barbarei der Massregel“ (der Plünderung.) Es ist auch gewiss ausserdem militairisch unehrenhaft, auf diese Weise den Patriotismus zur militairischen Pflichterfüllung anzuspornen. Das ist auch militairpolitisch falsch, indem die Disciplin gelockert wird und eine Raublust anerzieht, die sich auf Kosten jener entwickelt. Ob wohl noch sonst welche Gründe für die Aufrechterhaltung der Plünderung erstürmter Plätze geltend gemacht werden können? Der § 17 des russischen Projects für die Br. Conf.: „une ville prise d'assaut ne doit pas être livrée au pillage des troupes victorieuses“ trug den eben geltend gemachten Rechtsgründen vollkommen Rechnung und fand mit Ausnahme des schweizerischen Abgeordneten einstimmige Anerkennung auf der Conferenz, auf der, wie bekannt, namhafte Militairs, Voigts-Rheetz, Leer u. A. vertreten waren. Der Paragraph des Projects ging ohne die geringste Aenderung ins Schlussprotokoll über; der schweizerische Delegirte beantragte Streichung dieses Paragraphen, aber offenbar nicht aus dem Grunde, weil er den darin ausgesprochenen Rechtsatz nicht zugeben wollte, er hielt diesen Paragraphen für überflüssig, weil in § 51 Achtung des Privateigenthums überhaupt anbefohlen ist.

Ungeachtet der in den Capitulationen bereits im XVIII. Jahrhundert üblichen Sitte, die in Folge derselben zu Kriegsgefangenen gemachten Garnisonmannschaften in ihrem

Privateigenthum nicht zu schädigen, bestand für die übrigen Kriegsgefangenen dieses Recht nicht. In dieser Beziehung galten noch die privatrechtlichen Grundsätze des Beuterechts; hinsichtlich des Eigenthums der von der Kriegsgefangenschaft befreiten Nichtcombattanten bestimmten noch die Cartelverträge des XVII. Jahrhunderts die Unverletzlichkeit ganz ausdrücklich: sie sollten nicht „ausgezogen und geplündert“ werden; für die der Kriegsgefangenschaft Unterliegenden galt blos „il sera défendu de part et d'autre d'ôter les habits“; und noch in den Cartellen von 1741 zwischen Oesterreich und Preussen und 1759 zwischen letzterem und Russland war dem Captor ausdrücklich gestattet, sich Einiges vom Kriegsgefangenen anzueignen, im übrigen sollte er indessen hernach nicht unmenschlich behandelt werden. Das russisch-preussische Cartel gestattete dieses „Bischen plündern“ auch nur auf der Stelle, es konnte indess dasselbe strict vertragsmässig stattfinden. Die beiden englisch-französischen Cartelle von 1780 und 1798 enthalten über das Beuterecht am Gut der Kriegsgefangenen gar keine Bestimmungen. In dem Handelsvertrage Preussens mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika von 1785, in dem unter anderem auch die Kriegsbeute am feindlichen Privateigenthum zur See so gut wie aufgehoben wurde und ferner für einen eventuellen Krieg zwischen den beiden Staaten hinsichtlich der Behandlung der gegenseitigen Kriegsgefangenen Verpflichtungen verabredet wurden, die dem modernen Völkerrecht zur Ehre gereichen müssen — in diesem Vertrage, also speciell in dem diese letztere Materie behandelnden Artikel, finden wir indessen, merkwürdiger Weise, weder eine directe noch eine stillschweigende Verzichtleistung auf das Beuterecht

am Privatgut der Gefangenen; eine solche stillschweigende Verzichtleistung ist enthalten in dem Decret des Nationalconvents (d. 4. Mai 1392), das die Kriegsgefangenschaft als eine „leider nothwendige Freiheitsentziehung“ bezeichnet, die nicht ungerecht hart werden dürfe, und ferner einen Grundsatz ausspricht, der bis dahin weder von der Theorie erkannt war, noch in den Cartelverträgen Ausdruck gefunden, heute aber im engsten Zusammenhang mit dem Wesen der Kriegsgefangenschaft steht, nämlich, dass die Kriegsgefangenen unter dem Schutz der Nation stehen, jedes Verbrechen gegen sie gleich wie, wenn es gegen einen Angehörigen dieser begangen, bestraft werden soll.

Wird also der Genuss der französischen Gesetze dem Kriegsgefangenen zugesichert, so steht ihm auch sein Privateigenthum unverkürzt zu. Diese schönen und einzig gerechten Grundsätze bleiben indessen blosser Theorie; die von dem Präsidenten des Prisenhofs Portalis 1800 abgegebene Erklärung: *les effets des opérations de la guerre sont limités aux droits et aux propriétés publiques des nations belligérantes*, änderte diese schlechtere Praxis nicht. Schmalz (332—5), Schmelzing (III, 150), Saalfeld (§ 137) und Klüber (§ 248) beschränken das Beuterecht am Privatgut des Gefangenen nur in sofern, als diesem die zur Erhaltung der Gesundheit und aus Anstandsrücksichten erforderlichen Kleidungsstücke gelassen werden müssen; des Siegers Noth berechtigt indessen auch noch zu mehr. Keiner dieser Publicisten, die hier positives Recht darstellen, versucht diese Unsitte mit Rechtsgründen zu widerlegen. Schmalz wünscht die Zeit herbei, da auf ein solches Beuterecht verzichtet würde. Nach Schmalz hielt man sich zu Anfang dieses Jahrhunderts berechtigt, auch

an dem Privateigenthum der bei des Gegners Armee befindlichen Nichtcombattanten ein Beuterecht zu beanspruchen (vermuthlich, meint der Verfasser, weil es schwer sein dürfte die Soldaten von der Plünderung abzuhalten). In der neuesten Zeit geben Wheaton Berner Mohl das Beuterecht am Eigenthum der Kriegsgefangenen als positives Völkerrecht an. Wheaton (P. IV, cl. II. § 5), hat gegen dasselbe garnichts einzuwenden. — Berner, (Staats-W. 13. II, 115) erklärte 1857 das Beuterecht an den beweglichen Sachen der feindlichen Krieger (auch Marketender und Armee-Lieferanten) für positives Recht; er sagt, dass in dem feindlichen Soldaten der Staat selbst bekämpft wird; bei ihm lassen sich daher Staat und Individuum im Allgemeinen nicht trennen, „dagegen ist diese Trennung möglich bei den feindlichen Angehörigen des feindlichen Staats, die desshalb in ihrem Eigenthum und in ihrer Person geschont werden. Ja die Schonung tritt sogar ein gegen den feindlichen Soldaten, sobald mit seiner Ueberwindung die Trennung der Person vom Staate möglich wird (dass diese nie aufhört, haben wir bereits zu zeigen versucht); denn jetzt wird seine Person sofort wieder heilig gehalten, jede Gewalt gegen ihn ausgeschlossen, jede menschliche und bürgerliche Achtung ihm gezollt“. Was bleibt nun auch Berner nach dieser Deduction anderes übrig, als die Unverletzlichkeit des Privateigenthums des Kriegsgefangenen anzuerkennen? — Der Krieg ist Staatssache, der Krieger kämpft für diese; das bei ihm befindliche Privatgut hat mit der Staatssache nichts zu thun, und hat an demselben daher auch keine Ueberwindung stattgefunden, da es sich ausserhalb der Angriffssphäre befindet. Mohl (p. 492) hält die strenge Anwendung des Beuterechts an den be-

weglichen Haben der feindlichen Militairpersonen für unanständig. — Die Praxis hatte indessen inzwischen bereits viel mildere Grundsätze ausgearbeitet. Schon die Bestimmungen des preussischen Landrechts, die das Beutemachen an den Haben der feindlichen Combattanten und Nichtcombattanten, der feindlichen Staatsgewalt und deren Unterthanen von der ausdrücklichen Erlaubniss des Militaircommandos abhängig machte, wollten offenbar das Beuterecht möglichst einschränken, jedenfalls discipliniren; für Uebertretungsfälle waren die schärfsten Strafen angedroht; das preussische Militairstrafgesetzbuch von 1845 (§ 145 und 146) bestimmt blos die Strafen für unerlaubtes Beutemachen, bezeichnet den Umfang der Zulässigkeit desselben indessen garnicht; Göz meint, dass in dieser Beziehung die betreffenden Paragraphen aus dem preussischen Landrecht gelten (Thl. I, Tit. 9, 193—8), die in Folge der Inkrafttretung des preussischen Militairgesetzes für das deutsche Reich daher auch für dieses gelten. Obgleich nun auch Göz 1872 das Beuterecht an dem beweglichen Privatrecht der Kriegsgefangenen auf Grund des deutschen Rechts nicht ausschliessen zu dürfen glaubt, so kann doch behauptet werden, dass dieses barbarische Recht auch in Deutschland trotz jenes Paragraphen des preussischen Landrechts nicht mehr praktisch ist; im letzten deutsch-französischen Kriege soll dasselbe, soviel uns aus mündlichen Mittheilungen bekannt ist, nicht gestattet worden sein. Auf der Brüsseler Conferenz willigte der deutsche Delegirte General Voigt-Rhetz ohne Widerrede in die Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigenthums der Kriegsgefangenen, er wünschte blos die ausdrückliche Ausnahme der Waffen hiervon. — Noch viel strenger als das preussische

Militairstrafrecht verfuhr das russische (von 1812. Tl. C. 3. 24975, § 61 ff., erneuert zu wiederholten Malen ohne Veränderungen, so zuletzt noch 1859, russ. Mil. Str. G. B. § 632 ff.) gegen die nicht autorisirten Beutemacher; am Privateigenthum der Kriegsgefangenen wurde jegliches Beuterecht ausgeschlossen in sämtlichen drei Kriegsgefangenen-Reglements (1829, 1854 und 1878 (d. 2. Juli). „Собственность каждаго изъ плѣнныхъ, за исключеніемъ оружія, остается неприкосновенною“ lautet diese Zusicherung alle drei mal. Die Amerikanischen Instructionen verwarfen das Beuterecht am Privatgut des Kriegsgefangenen als dishonorable, indessen mit der nicht unbedeutenden Einschränkung, dass large sums dem Kriegsgefangenen fortgenommen und after providing for their own support für die Bedürfnisse der Armee in Anspruch genommen werden sollen, unless otherwise ordered by the government. (Art. 72). Diese Ausnahme liess auch das Projet pouvant servir de base à un Régl. int. rel. aux Prisonniers d. g. présenté . . . . Art. XVIII zu. Für die effets, laissés à leur domicile par les militaires prisonniers ou combattants verlangte dasselbe, dass sie ne peuvent être dans aucun cas déclarés de bon prise par le vainqueur. (Art. XIX, als Art. addit. bezeichnet). Der Amerikanische General Halleck sagt 1866 (ch. XVIII, § 16), dass die den Kriegsgefangenen gehörigen Gold- und sonstigen kostbaren Sachen gewöhnlich zum Unterhalt ihrer selbst und ihrer Cameraden verwandt werden, Uhren und Juwelen von bestimmter Art würden meist dem Eigenthümer gelassen, alle grösseren Summen seien aber rechtmässige Beute, über die das Landesgesetz zu verfügen habe. Wir haben leider keine sonstigen Materialien, mit denen wir prüfen könnten, ob dieses im Ver-

gleich zu den von Lieber verfassten Instructionen unbedingt weniger billige, ja unbillige Beute-Recht im Secessionskriege an Stelle der Instructionsgrundsätze getreten war. In Europa hat man jedenfalls auf alles Beuterecht an dem Privatgut des Kriegsgefangenen (ausgenommen die Waffen) verzichtet. — Der § 657 in Bluntschli's „das moderne Völkerrecht“: „Das heutige Völkerrecht verwirft das s. g. Beuterecht im Kriege als rechtswidrige Barbarei“, wurde auf der Brüss. Conf. hinsichtlich der Unverletzlichkeit des Privateigenthums des Kriegsgefangenen ausdrücklich anerkannt. Im russischen Project war eine diesbezügliche Bestimmung offenbar aus Versehen nicht aufgenommen worden; auf diese Lücke machte der belgische Delegirte Lansberge aufmerksam und verlangte l'insertion d'une disposition garantissant aux prisonniers la propriété de l'argent et autres valeurs qu'ils ont sur eux. Der Präsident (der erste russische Delegirte) proponirte darauf die kürzere Fassung: leur propriété personnelle est inviolable.<sup>14)</sup> Die beiden ersten Vertreter Deutschlands und Oesterreichs verlangten ausserdem ausdrückliche Ausnahme der Waffen (. . . . doivent . . . . exceptées . . . .) Der russische militairische Vertreter General Leer antwortete hierauf mit Recht, dass solches Sache des einzelnen Staats sei (mesure d'ordre intérieur). General Rhetz bestand dennoch auf der ausdrücklichen Erwähnung (. . . . le cas doit être prévu), und der betreffende Absatz im § 25 des Schlussprotokolls

14) Aus welchem Grunde Piunowsky diese unbedingte Unverletzlichkeit des Privateigenthums des Kriegsgefangenen, die als allgemein gültige Rechtsnorm seit der Brüsseler Conferenz gelten kann und in unserer Gesetzgebung, wie bemerkt, seit 1829 praktisch ist, dem Art. 72 der Ann. Instr. vorgezogen hat, können wir nicht begreifen.



autet: tout ce qui leur (aux prisonniers de guerre) appartient personnellement, les armes exceptées, reste leur propriété. Diese in Folge des Amendements des Generals Voigt-Rhetz entstandene Redaction ist indessen nicht ganz genau. Das doivent und doit in dem Amendement des deutschen Generals konnten bedeuten das Recht des Staats, aber auch die Pflicht zu etwas; dass es aber keinen rechten Sinn hat, dem Staat dessen Rechte als Pflichten aufzuerlegen, deren Nichtausübung keines anderen Rechte beeinträchtigt, dürfte nicht bestritten werden; daher war die Einrede des russischen Generals durchaus begründet. Auch General Rhetz hatte Recht, wenn er nichtsdestoweniger verlangte, dass der Fall doit être prévu, aber nach dem Einwande des russischen Collegen hätte er botonen sollen, dass dem Staat das Recht zustehe les armes als Beute anzusehen, wenn sie auch Privateigenthum des Einzelnen sind; die Wendung ... les armes exceptées ... in dem Schlussprotokoll lässt aber nicht darauf schliessen, dass auf der Conferenz dieser Unterschied von muss und kann klar auseinander gehalten worden wäre.

Was nun speciell dieses Beuterecht an den als Privateigenthum den einzelnen Kriegern gehörigen Waffen betrifft, so hat sich unseres Wissens bis jetzt weder in der Praxis noch Theorie hiergegen ein Widerspruch erhoben, und doch glauben wir aus folgenden Gründen einen solchen erheben zu müssen. — Abgesehen von der Anhänglichkeit zu den Gegenständen, mit denen man fürs Vaterland den Feind bekämpft hat oder die man als Auszeichnung erhalten (und ein solches Gefühl zu verletzen, ist ungerecht), ist hier das Moment des Privateigenthums besonders zu betonen. Welche Gründe liegen nun vor, dieses in dem gegebenen Fall zu

beeinträchtigen? Alles was man hierauf erwidert und erwidern kann, ist der Hinweis auf die Geschichte und den Umstand, dass der Eigenthümer mit den in Rede stehenden Waffen den Dienst als Organ der Staatsgewalt leistet. Doch die Geschichte kennt bereits den Schutz auch dieses Eigenthums des Kriegsgefangenen; in der Regel haben die Officierchargen ihre eigenen Waffen, diesem Umstande trugen z. B. alle Capitulationen am Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts Rechnung und liessen den Officieren ohne Unterschied, ob sie das Ehrenwort abgaben oder nicht, ihren Degen, nicht selten mit dem Bemerken, dass ihnen solches für ihre ausgezeichnete Bravour und Tapferkeit bewilligt werde. Der Gebrauch, den Officieren einer capitulirenden Garnison die Waffen zu lassen, war gleichfalls in den Kriegen zwischen den Staaten Mittel- und Südamerikas (auch mit Spanien) praktisch (z. B. die Capitulationen des Schlosses Ulloa (1825), Tampico (1829) Martens Supl. X, 760, XIII, 121). In den Capitulationen von Antwerpen (1832), Pechiera (1848) und Kars (1855), ferner in denen des letzten deutsch-französischen Krieges (Sedan, Metz, Paris) behielten die Officiere der capitulirenden Garnison ihre Waffen; in der Capitulation von Kars war nur der Degen genannt. In den bezeichneten deutsch-französischen Capitulationsverträgen ist das Beibehalten der Waffen abhängig gemacht vor dem Abgeben des Ehrenworts, in diesem Kriege gegen Deutschland nicht mehr zu dienen. Ob in der Zusicherung der Unverletzlichkeit des übrigen Privateigenthums der kriegsgefangenen Officiere auch ihre Pferde thatsächlich mit einbegriffen waren, ist uns nicht bekannt, die strenge Interpretation muss das bejahend beantworten. Diese historische Grundlage dient

daher eher zur Rechtfertigung der Unverletzlichkeit des Eigenthums der Kriegsgefangenen auch an ihren Waffen, aus Sicherheitsgründen mag man sie ihnen für eine bestimmte Zeit nehmen, ohne sie indessen deren Eigenthümer ganz zu entziehen.

Die Beute an den Waffen des Kriegsgefangenen, die ihm als Privateigenthum gehören, findet auch in dem Kriegsbegriffe keine Rechtfertigung. — Gehören dem Krieger dessen Waffen auch als Privateigenthum an, so ist dabei allerdings nichtsdestoweniger nicht zu übersehen, dass sie den gleichen Zweck haben, wie die dem Staat gehörigen: sie sind eben Kriegshandwerkzeug und dieses kann der Kriegsbeute unterliegen. Ausserdem wird die Anschaffung der Waffen in dem Solde vergütet. Dem gegenüber ist nun aber andererseits auch wieder das nicht zu übersehen, dass, indem der kriegführende Staat eine möglichst gerechte Vertheilung der von ihm dem feindlichen Lande auferlegten Kriegslasten anstrebt, er dieses consequenter Weise auch hinsichtlich der Kriegsgefangenen zu thun verpflichtet ist. Dieser Pflicht würde er aber nicht nachkommen, wenn er durch diese an sich meist nicht sehr werthvolle Beute dem Kriegsgefangenen auch trotz der Bezahlung dieser Waffen im Solde, ihm nichtsdestoweniger ein Eigenthumsverlust verursachte, da die Kosten für die Waffen im Solde nur nach der gewöhnlichen Abnutzung berechnet zu werden pflegen. Ausserdem kommt noch eine moralische Pflicht hinzu: die — den tapferen Soldaten zu ehren. Solches anerkennen die Capitulationen; die genannte von Kars ehrt die Bravour der feindlichen Officiere ausdrücklich mit der Belassung des Degens in ihrem Besitz. Die militairische Nothwendigkeit kann nur die zeitweilige Suspension des

Besitzes rechtfertigen. Als Kriegscontribution kann eine solche Beute jedenfalls nicht in Betracht kommen, da, wenn sie auch rechtlich zulässig wäre (was sie aber auch nicht ist), in keinen Verhältniss zu der dadurch verursachten Eigenthumsschädigung der einzelnen dadurch betroffenen Kriegsgefangenen steht. Welcher Grund nun noch, ausser dem des rohen, der modernen Civilisation fremden Beuterechts liesse sich für die Beibehaltung des Beuterechts des Siegers an den dem Kriegsgefangenen als Eigenthum gehörigen Waffen geltend machen? Hoffen wir daher, dass, wenn nächstens die Codification des Kriegsvölkerrechts wieder auf der Tagesordnung stehen wird, der auf der Brüsseler Conferenz von dem ersten russischen Delegirten vorgeschlagene Grundsatz: *leur propriété personnelle est inviolable* durch keine, *les armes exceptées* beschränkt werden wird, das dem Geist des ganzen Brüsseler Conferenzwerkes und den Erklärungen in der Petersburger Convention von 1868 widerspricht.

Als eine unausweichliche Nothwendigkeit bringt die Kriegsgefangenschaft die Beschränkung der persönlichen Freiheit des Kriegsgefangenen mit sich, dieselbe hat ihren Rechtsgrund in den Sicherheitsrücksichten des Feindes und kann nicht bestritten werden; die Pflicht des letzteren ist es, dem Kriegsgefangenen die Ausübung seiner Rechte in den Grenzen der mit den Sicherheitsmassregeln gegen die Entweichung desselben vereinbarten Nothwendigkeit zu gestatten und nach Massgabe dieser Freiheitsbeschränkung auch für das geistige und leibliche Wohl der Gefangenen zu sorgen. Die einzelne zur feindlichen Kriegsmacht gehörige Person hat sich den Verlust des Lebens, der Schädigung der Gesundheit und der Gefangennahme durch den

Gegner ausgesetzt, ist sie aber dieser Macht entrissen, so ist dem Todten die gebührende Ehre zu erweisen, dem Kranken und Verwundeten die nöthige Hilfe zur Genesung zu reichen und den Gesunden eine Leib, Geist und Seele erhaltende Verpflegung zu gewähren. Als Zugehöriger der feindlichen Kriegsmacht hat die einzelne Person ihre Rechte auf das menschliche Dasein nicht verwirkt, das Pflichtgefühl und die Achtung vor dem menschlichen Wesen gebieten uns den zu unseren Zwecken von uns zurückgehaltenen, in seiner Freiheit beschränkten, kein Verbrechen begangen habenden Menschen, dem wir die Möglichkeit nehmen, mit eigener Arbeit sich seinen Unterhalt zu verdienen, — diesen zu gewähren, soweit er denselben nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann; hierin liegt auch der Rechtsgrund (wir sehen hier natürlich von den über die Verpflegung der gegenseitigen Kriegsgefangenen in den Cartellen vereinbarten Bestimmungen <sup>15)</sup> ab und untersuchen hier nur die Frage insofern, als keine solche Vertragsverbindlichkeiten bestehen).

Das Pflichtbewusstsein, die Kriegsgefangenen menschenwürdig und ihrem Rang entsprechend verpflegen zu müssen, ist im XVIII. Jahrhundert in Staatsschriften zu wiederholten Malen von verschiedenen Staaten betont worden. Die Praxis entsprach allerdings nicht immer diesen

15) Im XVII. Jahrhundert findet sich blos für die Soldaten und Sergeanten das Maass des Unterhalts an Geld und Nahrungsmitteln verabredet. Hinsichtlich der Officiere ist bestimmt, dass sie sich nach ihrem Ermessen ernähren können. (Du Mont VII, I, 290, VII, II, 270, 277, 315). Im XVIII. Jahrhundert wird verabredet, „dass beiderseitige Kriegsgefangene nach dem in ihren Diensten ausgeworfenen Gehalt verpflegt werden sollen.“ (Moser, IX, II, 399, 420).

Erklärungen, und je phrasenhafter diese waren, desto ungerechter pflegte die in ihnen angelobte Praxis zu sein. Müssen wir nun auch zugeben, dass die Behandlung der Kriegsgefangenen nicht überall in demselben Staat so schlecht war, wie das der Gegner behauptete, und auch nicht überall so gerecht und billig, wie es der andere glauben machen wollte — die geschichtlichen Ueberlieferungen sind hier nur mit der grössten Vorsicht zu benutzen, da sie fast nie ganz unparteiisch sind; die bei Moser in grosser Zahl abgedruckten Anschuldigungen und Gegenerklärungen können uns am allerwenigsten über den wahren Sachverhalt aufklären — so war doch schon mit dem Pflichtbewusstsein einiges erreicht und Schritt um Schritt kam man den auf der Brüsseler Conferenz ausgesprochenen Grundsätzen näher. Mustergültig verpflegten die Nord-Amerikaner im Freiheitskriege die Gefangenen; leider ist uns nicht bekannt, welche Grundsätze das am.-engl. Cartel in dieser Beziehung anerkannte, ob der ausdrücklichen Angabe des Masses der Verpflegung und des Soldes oder dem des gleichen Unterhalts mit den entsprechenden eigenen Chargen <sup>16)</sup>. Der preussisch-nordamerikanische Handelsvertrag v. 1785 sprach als Verbindlichkeit beider Staaten hinsichtlich eventueller gegenseitiger Kriegsgefangenen die Grundsätze des Nationalconvents von 1792 aus, die in Bezug auf die Verpflegung der Kriegsgefangenen der bisheriger Theorie und Praxis die Spitze boten. Die Kriegsgefangenen sollten den gleichen Unterhalt wie die entsprechenden französischen Infanterie - Chargen zu

16) Der englisch-französische Cartelvertrag von 1780 enthält über die Verpflegung der Kriegsgefangenen nichts; der von 1798 trifft nur hinsichtlich der Untermilitaires während der Transportreise zur Auswechslung Bestimmungen.

Friedenszeiten erhalten. Kamen diese Grundsätze auch in den Kriegen Napoleons nicht zur vollen Anwendung, so war doch das Loos der englischen Gefangenen in Frankreich im Vergleich zur unmenschlichen Behandlung der französischen in England eine gute (Cussy, II. 410 ff.)

Die Theorie verlangte eine den nothwendigen Bedürfnissen des Standes des Gefangenen entsprechende Behandlung (Zechin, § 223; Schmalz, 234; Klüber, § 249; Schmelzing, III, 146; Saalfeld § 92). Den Grundsatz des Nationalconvents wagte weder diese ältere noch die neuere Theorie geltend zu machen; Heffter, Mohl, Bluntschli, Riquelme, Woolsey verlangen eine ausreichende Verpflegung; Calvo stellt als Muster das französische Kriegsgefangenen-Reglement hin und äussert sich zufrieden über die deutsche und französische Praxis im letzten Kriege, (II, 145). Die gesammte englische Theorie, welche alle solche Fragen des Kriegsrechts behandelt, die merkantile Interessen betreffen, dem Sieger das Beuterecht an dem beim feindlichen Krieger gefundenen Privateigenthum zuerkennt, weiss von der Verpflegung der Kriegsgefangenen leider nichts zu sprechen; bereits obsolete Fragen hinsichtlich des *Rançons* sucht Phillimore mit nicht recht begreiflicher Breite nach Vattel zu erörtern (z. B. „cartel ships“); eine juristische Erörterung der einzelnen Beziehungen der Rechtsstellung des Kriegsgefangenen passte indessen nicht in den dicken Band III, der über die *Contrebande* circa vier Druckbogen enthält. Oke Manning stimmt den Grundsätzen Vattels über die Kriegsgefangenen bei. — Die Amerikanischen Instructionen enthielten über die Verpflegung der Kriegsgefangenen nur die ganz allgemeine Bestimmung: *prisoners of war shall be fed upon*

plain and wholesome food, whenever practicable, and treated with humanity (Art. 76). Wenn Halleck für die Kenntniss der in dieser Beziehung geübten Praxis Vermittler sein kann, so bestand dieselbe in einem Unterhalt sufficient for personal comfort mit Anpassung an den Rang; Officiere, die eigene Mittel hatten, mussten ihren Unterhalt aus eigener Tasche bestreiten (ch. XVIII, § 16.) Jedenfalls wurden die Kriegsgefangenen von den Nordstaaten im Secessionskriege geradezu ausgezeichnet behandelt. Klagen über das Gegentheil sind nicht bekannt geworden. Dagegen litten die in die Gefangenschaft der Südstaaten gerathenen Angehörigen der Nordstaaten wenigstens an sehr vielen Orten Mangel an Allem, an leiblicher Nahrung, Kleidern, warmem und trockenem Aufenthaltsort, Bewegung, ärztlicher Verpflegung; zudem wurden selbst die aus ihrer Heimath ihnen zugeschickten Gegenstände zur Abstellung dieser Missstände vorenthalten. Die Nordstaaten haben die menschliche Natur höher geachtet und nicht von dem ihnen von der Theorie und Praxis zugestandenen Recht der Repressalien Gebrauch gemacht, man begnügte sich mit der Feststellung der Thatsache im breitesten Umfange, indem eine Commission ernannt wurde, die an den Aufenthaltsorten der Gefangenen in den Gefängnissen der Südstaaten die Lage ihrer unglücklichen Landsleute in Augenschein nahm und als Resultat ihrer Besichtigungsreisen den narrative of privations and sufferings of United-States officers and soldiers, while prisoners of war in the hand of the rebel authorities (Phil. 1864), der einen ansehnlichen Band bildet, der Welt zur Beurtheilung vorlegten. Das Manifest an den Congress nannte die in diesem Narrative geschilderten Gräueltthaten „ein

Attentat gegen die Menschlichkeit, dessen allgemeine „reprobation“ für alle Zeiten — die beste Strafe für die Schuldigen sei.“ Zwölf Jahre nach dem Erscheinen des erwähnten Narrative versuchte William Jones in seinen (1876) zu Richmond erschienenen Confederate view of the treatment of Prisoners compiled from official records and other documents jene Anklagen zu widerlegen. Bezeugen nun auch diese records und sonstigen Nachrichten, dass die Regierung der Südstaaten Verordnungen erlassen hat, die den Gefangenen ein menschenwürdigeres Dasein zudachten, als das an den von der Commission besuchten Orten thatsächlich der Fall war, und dass die Gefangenen aus den Nordstaaten an einzelnen Orten recht gut behandelt wurden, so werden doch damit die in dem Narrative erzählten Grausamkeiten nicht widerlegt. Und es ist freilich nur zu leicht zu begreifen, dass bei der ansserordentlichen Leidenschaftlichkeit, mit der die Südstaaten den Kampf für ihre materiellen Interessen zum Zweck der Beibehaltung „des grössten Unrechts gegen die Natur des Menschen“ führten, in Verbindung mit der daraus folgenden mangelhaften Achtung für dieses Wesen, das Pflichtgefühl für das Recht der Kriegsgefangenen nur zu leicht unterdrückt werden konnte.

Die beiden russischen Kriegsgefangenen-Reglements von 1829 und 1854 enthalten nur Bestimmungen hinsichtlich der auf der Reise bis zum Bestimmungsort im Reich den Kriegsgefangenen zu gewährenden Verpflegung. 1829 verfügt das Reglement, den Gefangenen während ihres Aufenthalts im Hauptquartier und auf der Reise bis zur Reichsgrenze in natura die Verpflegung in gleichem Verhältniss wie den entsprechenden russischen Dienst-Chargen zu verabfolgen. Ausserdem hatte der Oberkommandirende das Recht, ihnen

täglich an baarem Gelde, entsprechend der Charge,  $1\frac{1}{2}$ —24 Cop. (Pascha mit Generalsrang) auszahlen zu lassen. Auf der Reise in den Grenzen des Reiches bis zum Bestimmungsort erhielten die Kriegsgefangenen ihre Verpflegung in Geld ausgezahlt und zwar täglich in folgendem Verhältniss: die Pascha niederen Ranges 1 Rbl., die Officiere 50 Cop., die Untermilitairs 15 Cop.; nach dem Reglement von 1854 erhielten die Untermilitairs die Verpflegung nach den gleichen Grundsätzen, wie nach dem von 1829 (Fleisch (1829, 3 mal wöchentlich zu einem  $\frac{1}{2}$  Pfund) in grösseren Portionen, täglich ein Pfund). Die Ober- und Stabsofficiere und Paschas erhielten nach dem Reglement von 1829 an Naturalverpflegung die resp. doppelte, vier und achtfache Portion im Vergleich zu der der Untermilitairs, 1854 das Gleiche mit diesen letzteren und 1 Pfund Fleisch täglich. Hinsichtlich der eventuellen Auszahlung von Geldzuschüssen für die Zeit der Reise bis zur Reichsgrenze waren die Grundsätze des Reglements von 1829 auch in das von 1854 übergegangen, nach letztgenanntem Reglement erhielten die Kriegsgefangenen ihren Unterhalt für die Zeit der Reise im Reich in Geld ausgezahlt in zum Theil höheren, zum Theil gleichen, aber auch zum Theil geringeren Sätzen wie 1829, wobei namentlich ein Unterschied gemacht wurde zwischen природные турецкие подданные einerseits und den иностранцы aller Nationen und den Renegaten andererseits; diese beiden letzteren erhielten an Verpflegungsgeld (ohne Unterschied, ob sie als Combattanten oder Nichtcombattanten gefangen genommen worden), ebensoviel wie die kriegsgefangenen Untermilitairs, 9 Kop. täglich. Die Stabsofficiere und die Ausländer, die im türkischen Heer als Aerzte angestellt waren, erhielten an

Unterhaltungsgeld täglich 50 Cop., die Oberofficiere und die als Nichtcombattanten im türkischen Dienst „laut Contract dienenden“ Ausländer (z. B. Ingenieur, Mechaniker auf Dampfschiffen u. s. w.) 25 Cop. täglich, Paschas mit Generalsrang, wenn sie *природные тур. подданные*, nach ihrem Rang die Gage des entsprechenden russischen Generals, in den Landtruppen indess ohne Tischgelder. Nach dem französischen Reglement von 1859 erhält ein kriegsgefangener Brigade-General jährlich 3000 Frc.; ein Divisionsgeneral 4000; Obrist, Obristlieutenant und Bataillonschef 2400; Capitain, Lieutenant und Second-Lieutenant 1200; die Officiersfrauen 600; die Soldaten und Unterofficiere ausser der Naturalverpflegung täglich 7½ Cent.; diese Geldzulage erhielten die deutschen kriegsgefangenen *Unter-militaires* auch im letzten Kriege mit Frankreich; in Deutschland wurde eine solche nicht gewährt; die Naturalverpflegung war hier indessen eine befriedigende; die übrigen Verpflegungssätze passten sich nicht allen Chargendetails an. Der officier inferieur erhielt monatlich 12 Thlr., der supérieur und général 25 Thlr., die kriegsgefangenen deutschen Officiere und Generale erhielten in Frankreich 100—333 Frc. (Rev. II, Anw. 2). Auf französischer Seite war die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen nicht in allen Fällen gleich tadellos. Das Circulaire des Reichskanzlers vom 9. Januar 1871 zählt einzelne Thatsachen auf, die eine Pflichtverletzung seitens der französischen Behörden gegen die Verpflegungsrechte der deutschen Kriegsgefangenen constatiren. Moynier weiss uns zu berichten, dass die Behandlung der Gefangenen seitens der dänischen Regierung 1864 eine sehr gute war (Moynier 345—7).

Die Geschichte beweist uns also die allmälige Ent-

wickelung des Rechtsbewusstseins, die Kriegsgefangenen ihrer Gesundheit gemäss verpflegen zu müssen; heute ist dieser Begriff ein so unzweifelhafter, dass ein Abweichen von demselben factisch unmöglich ist und seitens „der ganzen Welt für ewige Zeiten“ verdammt werden würde. Auf der Brüsseler Conferenz wurde sie ohne Widerrede anerkannt; die Debatte bezog sich nur auf das „wie“ der Verpflegung und zwar, ob die Gefangenen eine bessere Verpflegung zu beanspruchen berechtigt wären, als sie die entsprechenden Chargen des Nehmestaats erhalten. Der erste deutsche Delegirte verlangte, dass das russische Project, § 29, in dieser Beziehung durch folgendes Amendement vervollständigt werde: à défaut de cette entente (über die Verpflegung der Kriegsgefangenen unter den kriegführenden Staaten), et comme principe général, les prisonniers de guerre seront traités pour leur nourriture et leur habillement sur le même pied que les troupes du gouvernement qui les aura capturés. Die Frage, ob die Kriegsgefangenen ihrer Charge entsprechend das Recht haben, eine gleiche Verpflegung resp. Besoldung wie die Truppen des Nehmestaats zu beanspruchen — Domin Petruchwewcz verlangte als erster ein solches Verpflegungsmass 1861 in seinem Précis . . . CXV, nach ihm that solches das Project der Pariser Gesellschaft (Art. 123) — wurde somit praktisch, bejahend gelöst. Das neueste Kriegsgefangenen-Reglement vom 2. Juli 1877 hat diesen Grundsatz als positives russisches Recht aufgenommen, es stellt den Kriegsgefangenen hinsichtlich der Verpflegung den russischen Militaires gleich und nimmt, soviel das möglich ist, Rücksicht auf die Verpflegungsart in der Heimath des Kriegsgefangenen. In der Publicistik ist auf die Nothwendigkeit dieser

Rücksichtnahme zuerst in dem ebengenannten Project der Pariser Gesellschaft Bedacht genommen — zum Zweck der conservation de . . . . santé (Art. 124). Die Paschas mit Generalsrang erhalten die Gage des russischen Generalmajors, die Stabsofficiere die des russischen Majors, die anderen Oberofficiere die des Fähnrichs, ausserdem, wenn für sie eine Privatwohnung gemiethet wird, an Quartiergeldern die Hälfte von der resp. Summe, die zu diesen Zwecken den russischen entsprechenden Officierschergen verabfolgt wird. An Diäten und Repräsentationsgeldern erhalten sie selbstverständlich nichts, da sie nicht im russischen Staatsdienst stehen. Dem kranken Kriegsgefangenen wird nach allen drei russischen Kriegsgefangenen-Reglements nach seinem Rang die Verpflegung wie den entsprechenden russischen Militairs zu Theil; diese Pflicht legt auch der Artikel 23 des Brüsseler Conferenz-Schlussprotokolls den kriegführenden Staaten auf (Ils doivent être traités avec humanité).

Das Brüsseler Schlussprotokoll erwähnt des habillement besonders neben dem nourriture; in dem Ausdruck Verpflegung oder dem russischen содержание, dem französischen entretien ist beides enthalten, sie sind ausserdem insofern eine bessere Redaction, als z. B. den Officierschergen eine entsprechend höhere Unterhaltssumme gezahlt wird, ohne ihnen die Kleidung in natura zu geben. In ganz besonders ausgezeichnete Weise sorgt unser neuestes Kriegsgefangenen-Reglement für die Equipirung der in unsere Gefangenschaft gerathenen Untermilitairs des Feindes; die beiden früheren von 1829 und 1854 trugen in dieser Beziehung auch allen gerechten Anforderungen Rechnung, indem die dem Kriegsgefangenen fehlenden resp. dessen defecte Kleidungsstücke durch neue ersetzt wurden und zwar so, dass jeder Unter-

militair und Officier einen Mantel, Rock, breite Beinkleider nach türkischer Façon, (zu welchem Zwecke im Vergleich zu den für die russischen Soldaten bestimmten das entsprechende Quantum Zeug mehr verabfolgt wurde), haben musste. Die fehlenden Kleidungsstücke wurden für die Untermilitairs aus sog. Bauertuch, für die Oberofficiere aus sog. Armeetuch angefertigt. Ausserdem musste ein Jeder Stiefel oder Schuhe, zwei Hemde und (1854) für den Winter einen sog. Halbpelz, ein Paar warme Handschuhe und wolene Socken haben. Das neueste Reglement gewährt Equipirung in natura nur den Untermilitairs, und zwar in viel grösserer Vollständigkeit, als das Gesetz von 1854. Einen bedeutenden Fortschritt im Vergleich zum älteren Reglement hat das von 1877 namentlich in der Beziehung, dass in dem letzteren die Vertheilung der Gegenstände der eventuellen Willkür der Beamten gänzlich entzogen wird, indem jeder kriegsgefangene Untermilitair bei uns eine ganz neue Equipirung erhält, bestehend aus 2 Hemden, 2 Paar Unterbeinkleidern, 2 Paar Stiefeln, 1 Halstuch, 1 Paar Beinkleidern aus dunkelgrünem Tuch (безъ выпушекъ), 1 Soldatenrock, 1 Soldatenmantel ohne die militairischen Zeichen, 1 Mütze aus Tuch; zur Winterzeit ausserdem einen Halbpelz und Handschuhe aus Tuch. Im Hauptquartier erhalten sie nur die Kleidungsstücke, welche sie nicht haben, die aber für die Erhaltung ihrer Gesundheit nothwendig sind.

Zum entretien gehört ferner das Quartier. Namentlich hinsichtlich dieses gab es in früheren Zeiten zwischen den resp. kriegführenden Staaten unendliche Vorwürfe, England praktisirte in den Kriegen mit Nordamerika und Frankreich das System der Einquartierung der Gefangenen auf alten zerfallenen Schiffen, die für die Seefahrt nicht

mehr tauglich waren. Nicht unbeliebt war ferner der Brauch, die Kriegsgefangenen in die entfernten Colonien zu schicken; alles dieses verboten bereits die Cartelverträge. Nach den russischen Reglements sollen die Kriegsgefangenen an ihren Destinationspunkten womöglich in den unbewohnten Staatsgebäuden einquartirt werden; reichen diese nicht aus, so werden in gleicher Weise wie im entsprechenden Fall für das eigene Untermilitair (auf Grund der Verordnung vom 8. Juni 1874) Privatwohnungen gemiethet, in denen natürlich die Kasernenordnung eingeführt wird, was das Gesetz ausdrücklich erwähnt. — In der Brüsseler Conferenz-Schlussacte ist der Einquartierung neben dem *nourriture* und *habillement* nicht gedacht. Der Art. 29 beginnt mit: *Le gouvernement, au pouvoir duquel se trouvent les prisonniers de guerre, se charge de leur entretien*; in Verbindung mit Art. 25: . . . *ils (les pris. d. g.) doivent être traités avec humanité* ergiebt das natürlich die Pflicht für den Nehmestaat, für eine der Gesundheit entsprechende Einquartierung des Gefangenen zu sorgen.

Wie wir sehen, hat die Praxis für den Unterhalt der Kriegsgefangenen Grundsätze ausgearbeitet, die nicht nur die Gesundheit derselben garantiren, sondern auch in einer allen möglichen Ansprüchen genügenden Weise den Rangverhältnissen der Einzelnen Rechnung tragen; mit dem Letzteren haben die Brüsseler Conferenz-Schlussacte und das russische Kriegsgefangenen-Reglement von 1877, auch früher schon das französische und die deutsche Praxis in den letzten Kriegen, die nach dem Kriegsbegriff zu stellenden Forderungen übertroffen. Die Verpflichtung des Nehmestaats zum Unterhalt der in seiner Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen erstreckt sich zunächst auf eine deren Gesundheit er-

haltende Verpflegung in Bezug auf Quartier, Nahrung, Kleidung. Die Pflicht des Heimathsstaats der Kriegsgefangenen ist es gewiss, dem in seinem Dienst der Freiheit beraubten Landsmanne in dessen Detention beim Feinde die entsprechenden Lebensbequemlichkeiten, zu deren Gewährung der Gegner nicht verpflichtet ist, zu verschaffen; der Nehmestaat kennt nur den Menschen, dessen Gesundheit zu erhalten er, abgesehen von der Bezahlung der Auslagen hierfür, so lange verpflichtet ist, als er ihm zu seinen Zwecken die Möglichkeit, sich selbst die Mittel für den Lebenszweck zu verschaffen, entzieht. Auf mehr hat der Kriegsgefangene naturgemäss dem Nehmestaat gegenüber keinen Anspruch. Der Nehmestaat bedient sich nicht der Dienste des Kriegsgefangenen, hat es auch nicht gethan; welche Dienste dieser dem Gegner geleistet und welche entsprechende materielle Entschädigung dieser ihm gewährt, ist für die Menschenpflicht des Nehmestaats gleichgültig. Von diesem Standpunct aus dürfte es denn doch wohl nicht möglich sein, die Verpflegung der Gefangenen nach strengen Rangunterschieden dem Nehmestaat als Rechtspflicht aufzuerlegen. (S. die deutsche Praxis). Den kriegsgefangenen Untermilitairs muss allerdings der volle Unterhalt, den die gleichen Chargen in der Armee des Nehmestaats erhalten, gewährt werden, da derselbe so zu sagen das Existenzminimum repräsentirt. Was der Staat über die von uns bezeichnete Rechtspflicht zur Verpflegung der in seine Gewalt gerathenen Kriegsgefangenen thut, kann auf Abmachung beruhen; — eine solche nahm das russische „Project für die B. C.“ für jeden Krieg in Aussicht (*les conditions de l'entretien des prisonniers de guerre sont établies par une entente mutuelle entre les parties belligérantes*) — ist das



nicht der Fall, so ist alles von der Rechtspflicht nicht verlangte, aber doch gewährte Mehr — Courtoisie; gewiss verpflichtet man den Gegner damit moralisch zu einer gleichen Verpflegung für die von ihm gemachten Gefangenen. Die Grundsätze des Br. Conf. Schl.-Prot. sind allerdings sehr populär in der Gesellschaft, auch die Völkerrechtswissenschaft hat den § 29 des genannten Schl.-Prot. ohne jegliche Widerrede acceptirt und die praktische Ausführung desselben in unserem neuesten Kriegsgefangenen-Reglement als den humansten Grundsätzen entsprechend bezeichnet (Verhandlungen der Sitzungen des Inst. f. Völkerk. 1875 und 1877); nichtsdestoweniger hielten wir uns berechtigt und verpflichtet, auf jene allgemeinen Gesichtspunkte hinzuweisen.

Nicht blos Courtoisie und Politik auf die entsprechende Gegenseitigkeit, sondern Rechtspflicht, und zwar aus denselben Gründen, wie zur leiblichen Verpflichtung, zwingt den Staat für die geistige und Seelennahrung der in seiner Gefangenschaft befindlichen Unterthanen des Feindes zu sorgen. Auf diese absoluten Rechtsforderungen hat die Litteratur bis jetzt leider fast gar keine Rücksicht genommen, obgleich dieselben doch das nicht minder Wesentliche sind. Ob in dem *pris shall be treated with humanity* des Art. 76 der Am. Instr. und der gleichen Aeusserung in Art. 25 des Br. Conf. Schl.-Prot. diese Pflicht zur Pflege des Geistes und der Seele miteinander verstanden ist, könnte wohl bejahend herausinterpretirt werden; schwerer ist es zu entscheiden, ob man an sie wirklich auch dachte. Die russischen Kriegsgefangenen-Reglements und gleichfalls das französische (1859) garantiren den Kriegsgefangenen ungehinderte Religionsausübung nach ihrem resp. Ritus; jene

beschränken diese Freiheit indessen in den Fällen, in denen die resp. Religionsausübung gegen die öffentliche Ordnung verstossen würde; das französische Reglement verlangt Conformität mit der von den militairischen Autoritäten vorgeschriebenen Ordnung und Polizei.

Von der Beschaffung der Voraussetzungen dieser Religionsübung ist indessen nichts gesprochen; und doch kann es sehr leicht vorkommen, dass dieselben am Orte des Aufenthalts nicht vorhanden sind; dass die Gefangenen sie auf eigene Kosten beschaffen sollen, ist doch nicht anzunehmen; jedenfalls liegt dem Nehmestaat die Pflicht ob, im Fall des Mangels der betreffenden Einrichtungen für solche zu sorgen; allerdings könnten sich bei der Beschaffung des Priesterpersonals Schwierigkeiten ergeben, wenn sie z. B. im Lande selbst nicht oder nicht genügend vorhanden sind und bei der Beschaffung desselben aus dem Auslande Hindernisse in den Weg gelegt werden. Natürlich kann in diesem Fall der Nehmestaat nichts Unmögliches leisten. Ein solcher Fall mag indessen nur sehr selten eintreten, da bei den Glaubensgenossen der Gefangenen in deren Heimath und anderen Staaten in Religionssachen für ihre kriegsgefangenen Landsleute mit Recht ein gesteigertes Interesse vorausgesetzt werden kann, namentlich aber bei der ihren Ritus verwaltenden Geistlichkeit. Die Pflicht des Nehmestaats wird es sein, gewissenhaft für die Beschaffung zu sorgen, im eventuellen Nothfall ist er daher analog der Genfer Convention hinsichtlich des ärztlichen und Pflegepersonals in den Hospitälern, Ambulanzen und Evacuationen berechtigt, die im Gemenge oder in Lazarethen, aber auch sonst innerhalb seiner gesetzlichen Machtsphäre angetroffenen resp. Geistlichen zu diesem Zweck zurückzubehalten. Selbst-

verständlich ist es Recht des Nehmestaats, darüber zu wachen, dass die Geistlichen ihre Amtsgewalt nicht zur Gefährdung der gegen die Entweichung der Gefangenen ergriffenen Sicherheitsmassregeln missbrauchen. Ferner ist der Nehmestaat verpflichtet, nur das Allernothwendigste hinsichtlich der Ritualeinrichtungen zu thun, jedenfalls ist dieses aber eine Rechtspflicht, die abgesehen von der eventuellen Lächerlichkeit des betr. Religionsbekenntnisses für die Leiter der Regierung, unbedingt erfüllt werden muss, soweit auch noch der Hausgottesdienst desselben nicht gegen die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit verstösst, was mit manchen durch und durch unsittlichen Secten der Fall ist; diese Fälle sind nun aber nicht sehr häufig. — Die in Rede stehende Rechtspflicht ist nicht nur eine allgemein menschliche, sondern auch eine nationalrechtliche (s. oben Wesen der Kriegsgefangenschaft)<sup>17)</sup>, der die holl. Milit.-Verw. in Atschin, 1874, vollständig nachkam (Rev. 1874). Nicht minder unzweifelhaft ist demnach auch die Pflicht des Nehmestaats, soviel als möglich und soweit nicht seitens Anderer hierfür gesorgt wird, die geistige Pflege der Kriegsgefangenen nicht zu unterlassen, sowohl den Elementarunterricht fördernd, als auch für Zeitungslectüre und andere geistige Nahrung sorgend; die Regierung mag das im Einzelnen anordnen, wie sie das selbst am besten weiss, und es mag ihr hier nicht immer gelingen, allen Forderungen gerecht zu werden; für genügende geistige Beschäftigung des Einzelnen kann sie indessen jedenfalls das billiger Weise

17) Das Projet der Pariser Gesellschaft stellt nicht diese kategorischen Forderungen, es begnügt sich mit der Wiederholung des Art. 39 des franz. Kr. Gef. Regl. v. 1859 mit dem Zusatz: Les prêtres et ministres de leur culte peuvent leur visiter librement (134).

zu Beanspruchende thun. Diese Forderungen des Verfassers haben namentlich für die Zukunft um so mehr praktische Bedeutung, als das System der allgemeinen Wehrpflicht in Zukunft die ganze gebildete Gesellschaft voraussichtlich umfassen wird.

Der Mensch erreicht seinen Lebenszweck in der Arbeit, in der selbstbestimmten Bethätigung seiner Kräfte zur Erzeugung von Gütern. Die Kriegsgefangenschaft hebt dieses Recht im Princip nicht auf, sondern giebt dem Staat nur das Recht der Ergreifung von Massregeln zur Sicherheit gegen die Entfliehung des Kriegsgefangenen. Ihm steht daher unbestritten das Recht zu, sich den Kriegsgefangenen gegenüber während der Ausübung der Arbeit ausserhalb des ihnen zugewiesenen gewöhnlichen Aufenthaltsorts alle Garantien zu verschaffen, damit der Gefangene seine Freiheit nicht zur Flucht missbrauche. Selbstverständlich hat sich die Ausübung der Arbeit den Ortsgesetzen zu unterwerfen, da der Staat nicht verpflichtet ist, die bei ihm bestehende öffentliche Ordnung aus Rücksicht auf die Gefangenen, zu deren Erhaltung an Leben und Gesundheit er verpflichtet ist, nach den Wünschen derselben zu ändern. — Diesen Anforderungen hat die Praxis der letzten Jahrzehnte im Ganzen Genüge geleistet. Das Recht d'exercer dans l'intérieur des dépôts les professions mit Anpassung à l'ordre et à la discipline stand das französische Reglement von 1869 den Kriegsgefangenen ohne andere Bedingungen zu (Art. 26). (Dieser Art. 26 wörtlich in Art. 117 des Projet . . . der Pariser Gesellschaft). Das Recht, in der Entfernung von 2 1/2 Kilometer ausserhalb der Grenzen des Dépôts den Tag über zu arbeiten, hing ab von besonderer Erlaubniss seitens des Depotcommandanten, nach deren

Einholung der betr. Kriegsgefangene einen Eid leisten musste, sich nicht weiter fort zu begeben. Dabei nahm das französische Gesetz in anerkennenswerthester Weise Rücksicht auf die Bequemlichkeit des so zur Arbeit aus dem Depot Entlassenen und erliess ihm das Erscheinen zu der am Mittag stattfindenden Präsenz, die für die im Depot Verbleibenden verbindlich war; es verlangte nur vom Maire der Commune über den Einwohner derselben, bei welchem der Gefangene arbeiten wollte, ein *certificat favorable*. Diesem Einwohner gegenüber diente für die Regierung als Sicherheit gegen die Flucht der Gefangenen das Verbot, solchen Leuten Kriegsgefangene weiterhin in den Dienst zu geben, aus deren Arbeit ein solcher entflohen, ohne dass der Dienstherr seine Theilnahmslosigkeit daran nachweisen konnte. Diese Bestimmungen des französischen Gesetzes sind sehr zweckmässig und verdienen gewiss Nachahmung. Die Verpflichtung, als Garantie für den Nehmestaats den Eid zu leisten, verletzt das Treueverhältniss des Gefangenen zu dessen Heimathsstaat in keiner Beziehung, zumal derselbe nicht erzwungen wird. Nur wäre eine grössere Garantie gegenüber der event. Willkür der Administrativbeamten wünschenswerth. Allerdings ist die dem Gefangenen vorgesetzte Behörde die einzige, die das *conduite régulière* des Gefangenen bezeugen kann, sie soll aber für die Inabredestellung eines solchen Betrags ihre Gründe anführen müssen; falls indessen keine solche Gründe vorliegen, so soll sie die Erlaubniss nach Erfüllung der übrigen zur Entlassung zur Arbeit ausserhalb der Grenzen des Depots verlangten Bedingungen nicht allein geben dürfen, sondern auch müssen; der Gefangene steht nicht nur unter der Autorität, sondern auch dem Schutz der Gesetze

des Nehmestaats, er hat völkerrechtlich das Recht zur Arbeit in die Grenzen der durch den Kriegsgefangenschaft gebotenen Sicherheitsmassregeln, dieses Recht soll er auch geltend machen können gegenüber Angriffen auf dasselbe, und zu diesem Zweck soll ihm der Rechtsweg offen stehen. In Deutschland war es im letzten Kriege den Kriegsgefangenen in recht unbehinderter Weise gestattet, Privatdienste anzunehmen. Im neuesten russischen Reglement, dem „russischen Project z. Br. Conf.“ finden sich Bestimmungen nur über die Verwendung der Kriegsgefangenen von Staatswegen. In den beiden früheren russischen Reglements von 1829 und 1854 ist den nicht zu öffentlichen Arbeiten benutzten Kriegsgefangenen ausdrücklich gestattet freie Arbeit anzunehmen. Die Localbehörden hatten darüber zu wachen, dass die Gefangenen unter diesem Vorwande nicht vagabondirten.

Ob es aber zweckmässig wäre, in einem event. internationalem Vertrage der europäischen Culturstaaen detailirte Bestimmungen über die Art der Cautionsstellung im Fall der Entlassung zur freien Arbeit ausserhalb der Grenzen des Depôts aufzunehmen, möchten wir eher bezweifeln, da hier der einzelne Fall seine besonderen Garantien verlangen kann, über deren Art der Nehmestaats in seinen Kriegsgefangenen-Reglements in Anpassung an die sonstigen Ordnungszustände in seinem Gebiet Anordnungen treffen mag; in einem allgemeinen europ. Staatenvertrage können diese verschiedenen Einzelheiten nicht unter eine Regel gebracht werden. Ueber das Recht zur freien Arbeit ausserhalb der Grenzen des Depôts könnte allenfalls nur das bestimmt werden, dass auf das Ansuchen der Gefangenen um die Entlassung zu derselben die Verweigerung

hierauf motivirt werden muss, wogegen dem so abgewiesenen Gefangenen der Rechtsweg der Appellation zusteht. Da ferner der Gefangene, abgesehen von den Schranken der Kriegsgefangenschaft, den gleichen Rechtsschutz wie seine Landsleute im resp. Nehmestaat geniesst und diese gewöhnlich dem Schutz des diplomatischen Vertreters und der Consuln eines befreundeten Staats anvertraut werden, so steht auch nicht nur nichts im Wege, sondern ist auch ganz natürlich diese Schutzbefohlenheit auf den Kriegsgefangenen auszudehnen. Da der Staat das Recht will, so kann man von ihm auch alle daraus sich ergebenden mit der äusseren und inneren Möglichkeit vereinbaren Consequenzen befolgt verlangen. Nicht ein Misstrauen in das Rechts- und Pflichtsbewusstsein der Staatsgewalt soll die Forderung dieser Garantien bedeuten, sie ist vielmehr bedingt durch die unbestreitbare Erfahrung der Möglichkeit von Willküracten der Administrativbeamten.

Mit gleichem Recht kann der Kriegsgefangene (unbeschadet der Sicherheitsmassregeln des Staats gegen seine event. Flucht, die er zu achten verpflichtet ist) den Verkehr mit der Aussenwelt ausserhalb des ihm zugewiesenen Aufenthaltsorts als Recht beanspruchen. In dieser Beziehung ist in neuester Zeit manches recht Erfreuliche geschehen, namentlich hinsichtlich der Correspondence mit der Heimath des Gefangenen. Als Regel ist allerdings auch bis in die neueste Zeit das Recht der Durchsicht der abgesandten und einlaufenden Correspondence durch die Regierungsorgane behauptet worden, unter dieser Bedingung steht aber das Recht des schriftlichen Verkehrs mit auswärts unbehindert zu. Als Grund für eine solche Controle gilt die Vorsicht, damit durch solche Correspondenzen nicht

Neuigkeiten mitgetheilt würden, die den militairischen Interessen des Nehmestaats einen Schaden zufügen könnten. Allerdings, einen anderen kann sie auch nicht haben. Von diesem Standpunkt aus liesse sich aber sehr Vieles gegen die Zweckmässigkeit, d. h. Nothwendigkeit und daher das Recht einer solchen Controle einwenden. Soweit das Gebiet, in dem sich die Gefangenen befinden, von einer gleichen Controle betroffen sein sollte, liesse sich natürlicher Weise für die Kriegsgefangenen keine Ausnahme verlangen; ist solches aber nicht der Fall, so lässt sich angesichts der ausserordentlichen Publicität unserer Zeit als Folge einer controllosen Correspondence der Kriegsgefangenen keine Schädigung der militairischen Interessen des Nehmestaats voraussehen. Das Recht der confidentiellen Correspondence soll indessen ohne triftigen Grund nicht geschmälert werden. Als ein solcher liesse sich mit besserem Recht die Vorsicht gegen die Entweichung geltend machen, die durch ausgebreitete Correspondence eingeleitet werden könnte. Aber auch hiergegen wäre die Correspondence-Controle nur ein sehr unwirksames Mittel, indem dem Gefangenen auch bei der strengsten Ueberwachung des mündlichen Verkehrs mit anderen Leuten die Vorbereitungen zur Flucht nicht verhindert werden können, gegen die letztere kann sich der Staat nur durch wachsame Polizei bei dem event. Fluchtversuch sichern. Klagen über sich braucht der Nehmestaat seitens des Kriegsgefangenen nicht zu fürchten, wenn er gegen diesen gerecht verfährt. Grundlose Verläumdungen können angesichts der modernen Publicität nur sich selbst schaden. Als Disciplinarstrafe gegenüber in ihrem Betragen unzuverlässigen Leuten, die bereits Fluchtversuche gemacht und in Folge dessen einer strengeren Bewachung unter-

worfen worden sind, kann die Controle ihrer Correspondence eingeführt werden.

Falls die Controle, als allgemeinbestehend, auch auf die Gefangenen Anwendung findet, so ist es billige Rechtsforderung, den Absender über die event. Hindernisse zur Weiterbeförderung seines Briefes zeitig in Kenntniss zu setzen. Diese von dem Projet . . . der Pariser Gesellschaft gestellte Forderung ist jedenfalls nachahmungswürdig. Die vom frz. Kr.-Gef.-Regl. v. 1859 gewährte und im Anschluss hieran vom eben genannten Projet . . . verlangte Portofreiheit für die Kriegsgefangenen muss als eine Rechtspflicht vom Nehmestaat namentlich den kriegsgefangenen Untermilitairs gewährt werden, da diese ein Recht auf den Verkehr mit der Heimath haben, ihnen ein Sold oft aber garnicht verabfolgt wird. Die Kriegsgefangenen in Deutschland 1870 und in Russland 1877 genossen, soviel uns bekannt, Portofreiheit.

Die Sicherheitsrechte des Nehmestaats an Kriegsgefangenen schliessen die Zusendung von Geld, Lebensmitteln, Kleidungsstücken und sonstigen Sachen zu Gunsten dieses nicht aus. Dem Nehmestaat steht es nur zu, solche Sachen auszuschliessen, deren Besitz dem Gefangenen bei dessen Fluchtversuch behülflich sein könnten; ausserdem ist es ihm unbenommen „den Empfang und die Placirung von solchen Sachen in den Kasernen“ zu verbieten, die der gewöhnlichen Hausordnung hier widersprechen würden. Hinsichtlich des Empfanges von Drucksachen können geheimer Weise für die Kriegsgefangenen nur dieselben eventuellen Beschränkungen dienen, die sonst zu Recht bestehen. Die Sicherheit des Nehmestaats gegenüber ihnen erleidet dadurch keine Beeinträchtigung.

Der Nehmestaat ist verpflichtet, das Allernothwendigste den Kriegsgefangenen an Unterhalt, geistiger und geistlicher Pflege zu gewähren; die Ergänzung dieses von ihm Gewährten durch Zusendungen von aussen darf er in den angegebenen Grenzen in keinem Fall verwehren, da er die Rechte des Kriegsgefangenen nur in den Grenzen seiner eigenen Sicherheit zu beschränken berechtigt ist. Eine erhöhte praktische Bedeutung erhält diese Pflicht mit der in unserer Zeit ins Leben getretenen Bildung von Gesellschaften für die Milderung des Looses der Kriegsgefangenen. Die Gesellschaften des rothen Kreuzes dienen in dieser Beziehung als Vorbild. Bereits in dem deutsch-französischen Kriege begegnen wir solchen zu Gunsten der Kriegsgefangenen zusammengetretenen Gesellschaften. Nach der Beendigung desselben bildeten sich in fast allen grösseren Staaten Europas Gesellschaften zum Zweck der Milderung des Looses der Kriegsgefangenen, voran die belgische, französische und russische. Am meisten bemerkbar machte sich die unter dem Präsidium des Grafen Haudetot in Paris organisirte Gesellschaft, die ein vorzugsweise aus den Regeln Bluntschli's und den amerikanischen Instructionen über die Combattanten und die Kriegsgefangenen im Ganzen nicht sehr geschickt und mit nicht sehr viel Verständniss für den Codificationszweck zusammengestelltes (von uns bereits mehrfach citirtes) projet pouvant servir de base à un Règlement international relatif aux prisonniers de guerre, im März 1874 den Regierungen mittheilte, diese einladend, zu der am 4. Mai 1874 zu Paris zusammen tretenden Versammlung der Gesellschaft ihre Bevollmächtigten abzuschicken. Bekanntlich kam dieser Einladung die Aufforderung der russischen Regierung an die euro-

päischen Cabinete, nach Brüssel Delegirte zur Berathung eines das gesammte auf den Landkrieg bezügliche Kriegsvölkerrecht umfassenden Völkerrechtscodex abzusenden, in den Weg. Ueber die späteren Arbeiten dieser Gesellschaft ist uns nichts bekannt geworden. Im Vergleich zu den Gesellschaften des rothen Kreuzes ist die Nothwendigkeit der Gesellschaften zur Milderung des Looses der Kriegsgefangenen allerdings keine so dringende. Das Rechts- und Pflichtbewusstsein der Neuzeit sorgt auch ohne diese Gesellschaften für eine hinsichtlich des Nothwendigsten ausreichende Verpflegung der Kriegsgefangenen durch den Nehmestaat. Die Möglichkeit solches ohne Schwierigkeiten thun zu können bewies der letzte Krieg Deutschlands, in dem es sich in dieser Beziehung ausserdem um ganz ausserordentliche Verhältnisse hinsichtlich der Anzahl der gemachten Kriegsgefangenen handelte. Für besonderen Comfort braucht der Staat allerdings nicht zu sorgen, hierzu besteht auch keine Rechtspflicht; ihm steht es aber nicht zu, die Gewährung eines solchen von Seiten Dritter oder durch eigene Arbeit des Gefangenen diesem vorzuenthalten. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Pflicht des Nehmestaats, die Thätigkeit der Gesellschaften zur Milderung des Looses des Kriegsgefangenen bei sich zuzulassen, zu beurtheilen. Es ist sein Recht, sich Garantien zur Verhinderung von Missbräuchen zu verschaffen, auch die Thätigkeit solcher Personen und Gesellschaften weiterhin zu verbieten, falls sie gegen das Recht des Nehmestaats an Kriegsgefangenen conspiriren, aber es ist unbedingte aus dem Wesen der Kriegsgefangenschaft sich ergebende Rechtspflicht gegenüber dem Kriegsgefangenen, denselben das für ihn auswärts bestehende Interesse sich so lange bethätigen zu

lassen, als mit dieser Erlaubniss nicht Missbräuche getrieben werden. In Deutschland war man im letzten Kriege auch in dieser Beziehung nicht zu strafflustig.

Der Kriegerstand ist heute ein geehrter Stand, er ist in den Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht mit der ganzen Gesellschaft auf's engste verwachsen, in diesem staatlichen Wehrsystem haben sich die modernen staatlichen Anschauungen von der Rechtsgleichheit des Menschen in der vollkommensten Weise entfaltet; es handelt sich dabei um Pflichten für den Einzelnen. Nichts ist natürlicher als das Interesse ihrer daheim am häuslichen Heerd zurückgebliebenen Landsleute, für die zur Vertheidigung des Vaterlandes ausgezogenen Vaterlandsgenossen in jeglicher Weise zu sorgen: im Kriegslager, im Lazareth und in der Kriegsgefangenschaft. Diese Pflicht lässt sich nicht in Gesetzparagraphen bringen, sie ist aber dennoch eine gleich gute Rechtspflicht, wie die des Staats, für die Staatsbürger zu sorgen. Die Bethätigung jener Rechtspflicht darf der Nehmestaat hinsichtlich des von ihm gemachten Kriegsgefangenen unter den oben angegebenen Voraussetzungen der eigenen Sicherheit nicht verweigern. Wie weit diese Sicherheitsmassregeln gehen dürfen, ist dem Ermessen des einzelnen Staats anheimzustellen; abgesehen davon, dass sich die Staaten in dieser Beziehung in einem eventuellen Vertrage über das Kriegsgefangenen-Recht zu nichts weiter verstehen werden, als zur Zusicherung: die Thätigkeit bezeichneter Gesellschaften unter ihrer staatlichen Controle zuzulassen, wäre es auch thatsächlich gar nicht möglich, einheitliche Sicherheitsmassregeln zu vereinbaren. Der Schutz der Consulen und der diplomatischen Vertretung, die für die Landsleute der Gefangenen zu sorgen haben, soll auch den Ge-

sellschaften für Milderung des Looses der Kriegsgefangenen zugestanden werden (s. oben über den gleichen Schutz hinsichtlich des Rechts der Kriegsgefangenen zur freien Arbeit).

Zu diesen auf die allseitige Verpflegung der Kriegsgefangenen bezüglichen Rechten der letzteren kommt auch die Pflicht des Staats, ihnen den Rechtsschutz gegen Angriffe auf ihre Rechte zu gewähren. Als menschliches Wesen, wenn auch als Glied der feindlichen Kriegsmacht, in die Gewalt des Nehmestaats gelangt, hat der Kriegsgefangene dem Rechtsbegriff des Krieges gemäss das Recht, von dem Nehmestaat, in den Grenzen der Autorität desselben, den Schutz des ihm zustehenden, in diesen Gebietsgrenzen geltend zu machenden Rechtskreises zu verlangen. Die Anerkennung dieses Rechts folgt aus der Annahme des Kriegsgefangenen durch den Nehmestaat als Rechtswesen; so selbstverständlich dieses Recht nun auch ist, so ist es um so mehr merkwürdig, dass unseres Wissens die „Pflicht dieses Rechtsschutzes“ in der Völkerrechtsliteratur nie mit Hinweis auf die Rechtsnatur dieser Pflicht betont worden ist; man begnügt sich mit der allgemeineren Forderung: dass die Gefangenen human behandelt werden müssen; in dieser ist allerdings der Rechtsschutz mit einbegriffen, es ist indessen Pflicht, die Rechtsforderungen, soweit sie sich bestimmter als mit „Humanität“ bezeichnen lassen, genauer zu präzisiren; man hätte das von den Publicisten mit um so mehr Recht verlangen können, als sie das Recht der staatlichen Autorität gegenüber den Kriegsgefangenen als solches betonen. Von den uns zugänglichen Staatsgesetzen über Kriegsgefangene betonen diese Pflicht des Rechtsschutzes ausdrücklich nur das Decret des National-Conv.

v. 1792 und die beiden russischen Reglements von 1829 und 1854, in welchen letzteren ausserdem noch den die Kriegsgefangenen auf der Reichsgrenze empfangenden Officiern anbefohlen ist, die ihnen zum Empfang präsentirten Gefangenen zu fragen, ob sie nicht welche Klagen geltend zu machen wünschten. — Das franz. Regl. von 1859 anbefiehlt dem Stadtmaire, die Gefangenendépôts zum wenigsten einmal in der Woche zu besichtigen, um sich von der ordnungsmässigen Ausführung der Regierungsbefehle zu überzeugen. Das neueste russ. Kr. - Gef. - Regl. schreibt den Gouvernements-Militairverwaltungs-Behörden vor, über der pünktlichen Zustellung der den Kriegsgefangenen zu gewährenden Verpflegung zu wachen, und unterwirft diese ferner der Autorität der russischen Gesetze; keines der beiden Reglements erwähnt indessen des allgemeinen Rechtsschutzes. Das Decret des Nat.-Conv. v. 1792 bestimmt noch ganz besonders, dass die gegen die Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen, gleich, wie wenn sie gegen französische Unterthanen begangen wären, bestraft werden sollen. Wird nun dieser Grundsatz als in den Staaten europäischer Civilisation allgemein gültig und anerkannt präsumirt werden müssen, da die Annahme des Gegentheils durchaus den modernen Rechtsanschauungen widersprechen würde, indem man es sich nicht leicht vorstellen kann, dass das in den Grenzen der staatlichen Macht gegen die in demselben anerkannten Rechte gerichtete Attentat nur deshalb nicht bestraft oder gelinder bestraft werden soll, weil der Träger des verletzten Rechts ein vom Staat als Rechtswesen anerkannter Kriegsgefangener ist, — so ist es doch immerhin auffallend, dass auf der Brüsseler Conferenz Niemand daran dachte, eine Bestimmung über

den Rechtsschutz der Gefangenen aufzunehmen, zumal man hierauf leicht hätte verfallen können und müssen bei der Redaction des Art. 30, der die Kriegsgefangenen den in der Arme des Nehmestaats geltenden Gesetzen und Ordnungen unterwirft. Das: ils doivent être traités avec humanité et, sauf le cas d'insubordination, ne peuvent être l'objet d'aucune violence im Art. 23 in Verbindung mit dem Vorhergehenden im betr. Artikel: Die Kriegsgefangenen sind legale Feinde (in einer früheren Redaction mit dem Zusatz: und nicht Verbrecher) und befinden sich unter der Autorität des Nehmestaats, nicht der einzelnen Personen, die sie gefangen genommen, ergiebt, dass das violence hier in nächster Beziehung zur Geltendmachung der Staatsgewalt gegenüber dem Kriegsgefangenen steht. Eine weitere Interpretation lässt aus diesem Art. 23 auch überhaupt die Garantie des Rechtsschutzes deduciren; auf der Conferenz dachte man in der Debatte über diesen Paragraphen nur an die Rechtsstellung des Kriegsgefangenen gegenüber der Autorität des Nehmestaats. — Jedenfalls wäre nächstens eine deutlichere Redaction auch hinsichtlich des den Kriegsgefangenen Seitens des Nehmestaats zu gewährenden allgemeinen Rechtsschutzes nicht nur sehr wünschenswerth, sondern auch nothwendig, wenn den Codificationszwecken: möglichst deutlich zu sein, genügt werden soll. Einen motivirten Widerspruch gegen die Aufnahme eines solchen Paragraphen braucht man um so weniger zu befürchten, als die in ihm zu formulirende Verpflichtung, wie erwähnt, ein allgemein anerkannter Rechtssatz sein dürfte. Einzelne Verletzungen dieser Rechtspflicht in Frankreich, 1870, wurden im Circularschreiben des deutschen Reichskanzlers als rechtswidrig bezeichnet, worin die ganze öffentliche Meinung einig

war. Solches sind die Rechte der Kriegsgefangenen gegenüber dem Nehmestaat.

#### Die Rechte des Nehmestaats an den Kriegsgefangenen.

Holtzendorff sagt (Encyclop. p. 976): Die Pflichten, welche der Staat gegen seine Kriegsgefangenen zu üben hat, sind gleichsam in den Vordergrund getreten vor den Rechten. Dieser Ausspruch hat in sofern seine Berechtigung, als man in der Neuzeit immer mehr, wie wir solches sahen, seine Pflichten gegen den Kriegsgefangenen begriff und erfüllte. Die dem Nehmestaat zustehende Autorität über den Kriegsgefangenen ist indessen ein ebenso gutes Recht desselben, wie die Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Kriegsgefangenen ein Recht des letzteren ist. Die Autorität des Nehmestaats über den Kriegsgefangenen bis zur Entlassung desselben aus der Kriegsgefangenschaft ist, unbeschadet des Unterthanen-Verhältnisses des Gefangenen zu einem anderen Staat, ein allgemein anerkanntes Recht, dessen Berechtigung Niemandem einfällt zu bestreiten. Der Kriegsgefangene ist ein Sicherheitsgefangener des Nehmestaats, dem es zusteht ihn bis zum Friedensschluss, d. h. dem Eintritt der Resolutivbedingung des Zweckes der Kriegsgefangenschaft, in den Grenzen seiner staatlichen Macht solange zurückzuhalten, als ihm solches zur Sicherheit seines Rechts: den Gefangenen der feindlichen Kriegsmacht zu entziehen, nöthig erscheint. Er ist auf eine völkerrechtlich legale Weise von dem Nehmestaat in dessen staatliche Machtsphäre gezogen und ist daher dessen Staatsgewalt unterworfen, auch abgesehen von den speciell für die Si-



cherung der Kriegsgefangenen vor der Flucht ergriffenen Massregeln. Die Pflicht, den gesellschaftlichen Ordnungszustand zu achten, hört für den Einzelnen mit dem Eintritt in die Kriegsgefangenschaft nicht auf, er gelangt in rechtmässiger Weise unter die Staatsgewalt des Feindes und hat sich also auch den Willensäusserungen dieser für den gesellschaftlichen Ordnungszustand ihrer Herrschaftssphäre zu fügen. Wenn daher der Kriegsgefangene auch zufällig unter diese Staatsgewalt gestellt wird, so hat er nichtsdestoweniger die Autorität der Gesetze hier zu Lande anzuerkennen und unterliegt der Wirkung derselben auch hinsichtlich der Rechtsangelegenheiten aus der Zeit vor der Gefangenschaft, die nach den Gesetzen des Nehmestaats vor dessen Gerichte gehören, ex officio vor sie gebracht werden müssen oder vor ihnen anhängig gemacht werden können, falls dieselben in einer nach den Gesetzen des Nehmestaats noch nicht gehörigen Weise geschlichtet sind. Der Staat ist berechtigt, jedermann, der nach seinen Gesetzen vor seine Gerichte belangt werden kann resp. muss, vor diese zu laden und im nöthigen Fall bringen zu lassen, ganz abgesehen davon, wann das Verbrechen begangen oder die Verpflichtung erfüllt werden musste, ob vor oder nach Eintritt der Gefangenschaft, wenn die betr. Person nur auf eine völkerrechtlich legale Weise in seine Machtsphäre gelangt ist. Der Kriegsgefangene muss in dieser Beziehung wie ein Fremder behandelt werden, der in die staatliche Machtsphäre des gegnerischen Staats eintritt; seine specielle Eigenschaft giebt hinsichtlich seiner dem Staat nur besondere Sicherheitsrechte, deren Wirkung er über sich anzuerkennen hat, so lange er die Rechte als Kriegsgefangener im ganzen Umfange geniessen will. Diese Rechte

des Staats zur Sicherung des Gefangenen vor der Flucht verleihen ihm, unbeschadet der Pflicht gegen den Kriegsgefangenen, für dessen Gesundheit zu sorgen, die Befugniss, desselben Freiheit nach Massgabe der Umstände zu beschränken, ihn in einer Stadt, Festung oder einem District zu interniren; eingeschlossen darf er indessen nur für den Fall der äussersten Nothwendigkeit werden. Den Fall dieser äussersten Nothwendigkeit festzustellen, ist nun freilich dem Urtheil des Nehmestaats anheimgestellt, und es ist hier zunächst zu entscheiden, in wiefern es dem Nehmestaat zusteht, von dem Gefangenen die Verpflichtung zu verlangen, dass er sich aus den bestimmten, ihm zum Aufenthalt angewiesenen Grenzen ohne specielle Erlaubniss nicht entfernen werde und ob er im Verweigerungsfall eines solchen Versprechens den Gefangenen einer Clausur unterwerfen darf.

Was den ersteren Fall anbetrifft, so ist hier, was bis jetzt, wie es scheint, weder in der Theorie noch Praxis berücksichtigt wurde und dennoch werden muss — zu unterscheiden zwischen den Gefangenen, die sich freiwillig, sei es unter welchen Umständen es wolle, dem Gegner als solche ergeben haben und denen ferner, die mit Gewalt, ohne Bitte hierzu an den Feind, sei es unter welchen Umständen es wolle, zu Kriegsgefangenen gemacht wurden. Jene haben bereits in der Bitte um Schonung ihres Lebens der Theilnahme am Widerstande ihres Staats gegen den sie gefangen nehmenden Gegner entsagt, dieser nimmt sie als solche an und kann von ihnen das Halten ihres Versprechens verlangen. In dieser Kategorie sind einbegriffen die capitulirenden Heeresabtheilungen, d. h. die ganze diese bildende Mannschaft, Officierchargen und Untermilitairs;

wenn sie sich auch nicht einzeln und persönlich ergeben, so sind sie doch alle in der Capitulation miteinbegriffen, werden sämmtliche von dessen Folgen betroffen und müssen sich also den in derselben enthaltenen Bedingungen fügen, gleich wie alle Unterthanen dem Friedensschluss; sie sind der Autorität des Gegners auf freiwillige Weise unterstellt worden und unterliegen daher für jeden Versuch, sich dieser zu entziehen, einer Strafe; für den abermaligen Eintritt in die Dienste des Heimathsstaats gegen den Nehmestaat als Wortbrüchige einer entsprechend strengeren Bestrafung <sup>18)</sup>).

Der Nehmestaat hat daher das Recht, dem sich ergeben habenden Gefangenen den Aufenthaltsort anzuweisen mit der Verpflichtung, diesen ohne Erlaubniss der competenten Autorität nicht zu verlassen; der ihm so erklärte Befehl ist für ihn verpflichtend, und unterliegt er im Uebertretungsfall den bez. Militairgesetzen des Nehmestaats. Zur Sicherheit kann der Nehmestaat die ausdrückliche Erklärung verlangen, diesen Befehl einzuhalten, um den Gefangenen an seine Pflicht zu erinnern, wie es denn überhaupt zweckmässig, ja Pflicht für den Nehmestaat ist, dem in seine Gewalt gerathenen Gefangenen über dessen neue Rechtsstellung aufzuklären; der Staat masst sich damit gar nichts Unrechtmässiges an, wohl ist es aber seine Rechtspflicht, den aus Unwissenheit leicht entstehen könnenden Contraventionen durch eine solche Aufklärung vorzubeugen.

18) Dass die Strafe der Schwere des Verbrechens entspreche, ist ein unzweifelhafter Grundsatz, dessen Geltung auch für's Militairstrafrecht und Strafrecht im Kriegsstande unbedingt verlangt werden muss.

Das Versprechen muss der Gefangene leisten. Da nun aber die Autorität des Nehmestaats sich nicht auf neutrale Staaten erstreckt, so kann er den Gefangenen auch nur verpflichten, in seiner rechtmässigen Machtsphäre sich an bestimmte Grenzen zu halten, ihn gleichfalls nicht verpflichten nach Hause zu gehen; er hat ihn unter seine Macht aufgenommen und muss ihn unter derselben behalten, so lange seitens des Gefangenen für das Gegentheil keine Zustimmung erfolgt. Ist diese erfolgt, der Heimathstaat nimmt den betr. Kriegsgefangenen aber nicht an und auch der Nehmestaat verweigert ihn als Kriegsgefangenen zu verpflegen, so ist der so Entlassene im Hinblick auf die Art der Gefangennahme dennoch nicht berechtigt, gegen seinen Nehmestaat zu dienen.

Was nun die andere Kategorie der Kriegsgefangenen anbetrifft, d. h. diejenigen, die sich dem Feinde nicht ergeben, von diesem aber mit Gewalt zu solchen gemacht wurden, so sind diese nicht durch freien Willensact in des Feindes Macht gelangt und haben so auf den Widerstand für den Fall, dass sie widerstandsfähig würden, nicht verzichtet; sie fügen sich dem Nehmestaat in Folge dessen Uebermacht, aber ohne Verpflichtung, auf die Fortsetzung des Widerstandes zu verzichten, falls sie sich dieser Uebermacht entziehen können. Diesen kann der Staat vorstellen, die betr. Verpflichtungen einzugehen, sich aus einem ihnen zum Aufenthalt angewiesenen Ort nicht zu entfernen, um in Folge dessen eine grössere persönliche Freiheit zu haben, und im voraus ein für alle Mal die Bedingungen bekannt geben, unter denen er eine solche Freiheit zulassen will; er kann von ihnen indessen dieses Versprechen nicht verlangen. Die Verweigerung dieses Versprechens wird dem

Staat natürlich das Recht geben, gegen den Gefangenen, der durch eine solche Verweigerung seine Absicht kund gegeben hat, die Gelegenheit zu entfliehen nicht unbenutzt zu lassen, Massregeln zu ergreifen, die ihm die Sicherheit vor der Flucht des Gefangenen am besten garantiren, ihn also, ohne erst den Fluchtversuch abzuwarten, in einer Festung oder sonst einer Clausur ohne Schädigung der Gesundheit zu interniren. Die äussere Aehnlichkeit dieser Internirung mit der Strafhaft macht dieselbe aber keineswegs zu einer solchen. Die Unbequemlichkeit dieser Internirung für den Gefangenen hat nicht der Nehmestaat verschuldet, der nur sein Recht handhabt; diese lästige Freiheitsbeschränkung hat der Gefangene seinem Benehmen selbst zuzuschreiben, das der Nehmestaat indessen nicht bestraft, gegen das er sich aber sichert. Gelingt es dem Gefangenen, diese ihm gesetzten Sicherheitsschranken zu durchbrechen, ohne ein Verbrechen gegen jemandes Person oder Gut zu begehen, so kann er im Fall der Wiederergreifung durch den Nehmestaat nicht bestraft werden; so ist auch jeder Fluchtversuch ohne anderes Verbrechen straflos. Der Nehmestaat, der den Gefangenen widerstandsunfähig gemacht hat, ist verpflichtet, in ihm das menschliche Wesen zu achten und ihm das Leben zu erhalten; die Sache des so Gefangenen ist es indessen, über sein Leben zu verfügen; der Nehmestaat ist berechtigt, ihn bei dessen event. Flucht hierzu unfähig zu machen, ihn bei der Unmöglichkeit, ihn anders der feindlichen Kriegsmacht zu entziehen, zu tödten; ist er aber wieder in die Gewalt des Nehmestaats gelangt, so ist er frei von Strafe für den Versuch, sich der Gewalt des Nehmestaats zu entziehen, da er keine Verpflichtung, sich der Detentionsgewalt des Nehme-

staats zu fügen, eingegangen ist, also auch kein Verbrechen begangen hat; für ein solches, selbst wenn es zum Zweck der Flucht begangen ist, unterliegt aber auch der Gefangene der in Rede stehenden Kategorie der Strafgerichtsbarkeit des Nehmestaats, weil der auf legale Weise in seine Gewalt gerathene Feind in den Grenzen seiner Machtsphäre die Gesetze zu achten hat (Niemandes gesetzliche Rechte straflos verletzen darf), da er selbst unter dem Schutze derselben steht.

Diejenigen der gewaltsam Gefangenen indessen, die die Verpflichtung, sich aus einem bestimmten Gebiet nicht fortzubegeben, eingegangen sind, dieselbe aber nicht einhalten und sie, sei es nur zeitweilig, verletzen oder aber für immer zu entfliehen suchen, um sich entweder der Kriegsmacht ihres Staats anzuschliessen oder sonst irgendwo ausserhalb der Grenzen der factischen Machtsphäre sich aufzuhalten, unterliegen für den Fall, dass sie während des Krieges in die Gewalt dieses wiedergelangen, der entsprechenden Strafe nach den Militairgesetzen des Nehmestaats, da hier eine strafbare Verletzung des Vertrauens vorliegt, deren sich der Gefangene bedient, um sich auf betrügerische Weise der Gewalt des Nehmestaats zu entziehen. Es liegt hier ein Wortbruch vor, den auch das patriotische Gefühl nicht entschuldigt, und der auch, als ausserhalb des Krieges stehend, nach Beendigung dieses strafbar ist, falls nicht Anderes hierüber vertragsmässig bestimmt worden ist. Diese Unterscheidungen machen Praxis und Theorie nicht, obgleich sie sich folgerichtig aus dem Wesen der einzelnen Arten der Entstehung der Kriegsgefangenschaft ergeben. Man wird einwenden, dass in diesem Fall das Ehrenwort auf Leute ausgedehnt wird, die dasselbe garnicht ver-

stehen, dass es ferner erzwungen wird. Beide Einwände scheinen uns nicht stichhaltig zu sein! Hinsichtlich des Nichtverstehens des Ehrenworts wäre zu bemerken, dass auch das gemeine Volk, aus dessen Zahl sich der grösste Theil der Untermilitairs rekrutirt, in dem Pflichtgefühl, das Versprechen halten zu müssen, keineswegs so verhärtet ist, und dass die Bedeutung des Ehrenworts, als Pflicht, ihnen ordentlich erläutert, unter Androhung der betr. Strafe für den Uebertretungsfall, auch sie zur Beobachtung desselben anhalten wird. Der Umstand, dass die aus dem gemeinen Volk bestehenden Untermilitairs die Bedeutung ihres Versprechens resp. ihrer Ergebung nicht leicht verstehen können, legt nur dem Staat die Pflicht auf, dieselbe ihnen ordentlich erläutern zu lassen, damit sie ihre Pflicht verstehen lernen. Erzwungen wird dieses Versprechen, wie wir gesehen, keineswegs, sondern, sei es bei der Gefangennehmung oder in einem späteren Versprechen, freiwillig geleistet. Das, was man militairisches Ehrenwort des Gefangenen nennt, ist nur eine Art dieses Versprechens, wenn man dasselbe auch nur als einzige Art kannte, Dieses speciell „Ehrenwort“ genannte Versprechen hatte aber auch bereits verschiedene Erscheinungen, indem es für den dasselbe Abgebenden ein mehr oder minder grösseres geographisches Freiheitsgebiet gewährte; die Verpflichtung, dieses Gebiet nicht zu verlassen, legte dem das Ehrenwort Leistenden die Pflicht auf, auch ohne ausdrückliche Bezeichnung der Verpflichtung, in des Heimathsstaats Kriegsmacht für die Dauer des währenden Krieges nicht zu dienen, solches nicht zu thun, indem er sich verpflichtet, dies ihm zugewiesene Territorium nicht zu überschreiten. Das ausdrückliche Versprechen, den erwähnten militairischen

Dienst nicht mehr fortzusetzen, wurde gewöhnlich nur dann verlangt, wenn der Gefangene aus den Grenzen des Nehmestaats entlassen wurde. Die Brüsseler Conferenz-Verhandlungen, das russische Project und schliesslich das Schlussprotokoll beziehen sich nur ausschliesslich auf diese letztere Entlassung des Kriegsgefangenen, und der § 33 bestimmt das Recht des Nehmestaats einen solchen wieder in seine Gewalt gerathenen Kriegsgefangenen vor Gericht zu stellen. Hinsichtlich der übrigen Gefangenen bestimmt der § 24: Les prisonniers de guerre peuvent être assujettés à l'internement dans une ville, forteresse, camp ou localité quelconque, avec l'obligation de ne pas s'en éloigner au-delà de certaines limites déterminées. Darauf § 28: Contre un prisonnier de guerre en fuite il est permis, après sommation, de faire usage des armes. Repris il est passible des peines disciplinaires ou soumis à une surveillance plus sévère. Si plus tard il est de nouveau fait prisonnier, il n'est pas passible d'aucune peine pour sa fait antérieure.

Das avec l'obligation ist gleichfalls im russ. Project; eine Strafe für die Flucht ist hier indessen ausdrücklich ausgeschlossen, was dann freilich mit dem § 26 d. Proj. nicht recht zu vereinigen ist, indem dort jeder Gefangene verpflichtet ist, sich in dem bestimmten Gebiet aufzuhalten; man wird eben nicht unterscheiden können, was Fluchtversuch oder Entfernung in anderer Absicht ist, der Gefangene kann dieser dann stets den Anschein des Fluchtversuchs verleihen, um seine eigenmächtige Entfernung zu sonstigen Zwecken unbestraft ausführen zu können.

Das avec l'obligation wurde auf der Conferenz einstimmig ohne jede Widerrede in der im russ. Project vor-

geschlagenen Form angenommen. Die Strafbarkeit der flüchtigen Gefangenen beantragte der erste deutsche Bevollmächtigte aus demselben Grunde, aus dem die eigenmächtige Entfernung der eigenen Militairs bestraft wird. Obrist Staaff beantragte die Beibehaltung der russischen Redaction, begründete aber seine Ansicht nicht und schloss sich endlich dem Antrage des deutschen Delegirten an, die Strafbarkeit auf blosse Disciplinarstrafen beschränkend. Der Hinweis Lansberge's auf die Nothwendigkeit de *distingneur deux cas: celui où le prisonnier a promis de ne pas s'évader, et celui où il est conduit en troupe et trouve l'occasion de s'échapper*, der in seinen weiteren Consequenzen zu den von uns ausgeführten Unterscheidungen führt, fand nicht nur keine Berücksichtigung seitens der anderen Delegirten, sondern wurde auch von dem Antragsteller selbst nicht weiter ausgeführt. Der deutsche Delegirte konnte in einer späteren Sitzung ohne Widerspruch sagen, dass die Conferenz einstimmig die Strafbarkeit der eigenmächtigen Entfernung der Gefangenen von dem ihnen zugewiesenen Aufenthaltsort, gleichmässig, wie am eigenen Soldaten anerkenne (Staats-Arch. XXVII, p. 346).

Die obligation ist nach der Ansicht der Conferenz offenbar mit der Thatsache der Kriegsgefangenschaft gegeben, die Stellung dieses Wortes in dem allegirten § 24 berechtigt zu dieser Interpretation; denn wäre die obligation an noch andere Bedingungen, also ausdrückliche Willenserklärungen gebunden, so müsste dieser Erwähnung gethan werden; die Conferenz hat indessen über die Bedeutung dieser obligation nicht debattirt, dieselbe also weder unklar noch bestritten gefunden. Die einzige Interpretation ist daher: bedingungslose Verpflichtung und Straf-

barkeit für die Nichteinhaltung derselben. Auf die Anfrage, was hinsichtlich der flüchtigen Kriegsgefangenen, die in der Folge als Glied der feindlichen Kriegsmacht wieder als Kriegsgefangene in die Gewalt des ursprünglichen Nehmestaats gelangen, dem Nehmestaat zusteht, gab General V.-Rhétz die aus den vorhergehenden Conferenzbeschlüssen, hinsichtlich des § 30, folgende Antwort: dass sie gleichmässig strafbar seien, wie die auf der Flucht oder sonst ergriffenen. Die Richtigkeit und Gerechtigkeit dieses Schlusses hängt natürlich ab von der des Vordersatzes; dass die in diesem enthaltenen Grundsätze dem Wesen der Sache nicht entsprechen, weil sie nicht gehörig unterscheiden, haben wir gesehen. Die Conferenz acceptirte diese Antwort des deutschen Generals nicht, sondern formulirte den bereits citirten letzten Absatz des § 30 ohne jede Rücksicht auf die Bedingungen, unter denen die Flucht stattfand. Nur das Ehrenwort, beim Aufenthalt in der Machtsphäre der Feinde des Nehmestaats gegen diesen, nicht dienen zu wollen, bindet den Kriegsgefangenen für alle Fälle nach dem Br. Conf.-Schl.-Prot.; das Verlassen des zum Aufenthaltsort angewiesenen Gebiets, wenn auch das Wort gegeben war, solches nicht zu thun, indess ohne die ausdrückliche Verpflichtung, gegen den Nehmestaat nicht zu dienen, kann also nicht bestraft werden, wenn der Gefangene wieder als Kriegsgefangener in die Macht des Nehmestaats gelangt, sondern nur so lange er auf der Flucht erreicht wird; ob auch dann, wenn er sich bereits der thatsächlichen Machtsphäre des Nehmestaats entzogen und dann später in dessen Gewalt geräth, anders als Kriegsgefangener, muss bezweifelt werden, da er dann eigentlich nicht mehr auf der Flucht ist. Die beiden älteren russi-

schen Kriegsgefangenen-Reglements unterwerfen den Kriegsgefangenen ohne jede Einschränkung der Autorität der russischen Gesetze, sprechen aber von der Strafbarkeit der Flucht nicht besonders, enthalten diese indessen in der Unterwerfung unter die Autorität der Reichs-Gesetze überhaupt. Das französische Reglement von 1859 bestraft jeden Fluchtversuch, nachdem der Gefangene wieder ergriffen, mit einem Monat Kerkerstrafe; nach Verbüßung dieser wird der betr. Gefangene noch so lange in Clausur zurückgehalten, bis der Kriegsminister dieselbe aufhebt. Da hinsichtlich der als Kriegsgefangener wieder eingebrachten nichts besonderes bestimmt ist, so erstreckt sich diese Strafbarkeit auch auf sie. In dem neuesten russischen Reglement ist man hinsichtlich der Strafflosigkeit des Fluchtversuchs dem in dem Project zur Br. Conf. aufgestellten Grundsatz treu geblieben. Das in dem russ. Project Art. 32 vorgeschlagene *tout complot des prisonniers de guerre en vue d'une fuite général, ou bien contre les autorités établies au lieu de leur internement, est puni d'après les lois militaires*, vom deutschen General V.-Rhetz als in dem *Les prisonniers de guerre sont soumis aux lois et règlements en vigueur dans l'armée de l'Etat, au pouvoir duquel ils se trouvent*, enthalten bezeichnet, ist nach den vorhin von uns aufgestellten Unterscheidungen zu absolut, es wird keine Rücksicht auf die einzelnen Fälle genommen; ob die Flucht in Massen geschieht oder einzeln, ist rechtlich gleichgültig hinsichtlich derjenigen, die keine Verpflichtungen eingegangen sind; natürlich wird das geändert, wenn der Fluchtversuch von Verbrechen begleitet wird, in diesem Fall sind die gewöhnlichen Strafgesetze gültig, die das von einer Bande begangene Verbrechen strenger bestrafen, als das

von einem Einzelnen. Das neueste russische Kr.-Gef.-Regl. spricht nichts vom Complotte zum Fluchtversuch und straft den Fluchtversuch nicht, daraus muss man folgern, dass auch die Massenflucht nicht strafbar ist; es ist nur die Frage, ob wir das russische Project zur Brüss. Conf. zur Interpretation des neuesten Kr.-Gef.-Regl. heranziehen können, ist solches der Fall, dann ist nach russischem Recht der Massenfluchtversuch strafbar.

In wiefern sich der praktischen Durchführbarkeit der von uns bezeichneten, aus dem Wesen der Sache deducirten Unterscheidung unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen, mögen die der Sache Näherstehenden beurtheilen.

Bei der Frage, welche Gesetze der Nehmestaat auf den Kriegsgefangenen im Fall der Strafbarkeit dieses anwenden darf, handelt es sich um den Unterschied des Militair- und Civilstrafgesetzes. In der Völkerrechtswissenschaft und in der Praxis hat man die Kriegsgefangenen unter das Militairstrafgesetz gestellt; solches thun auch die neuesten Gesetze in Frankreich, Russland, Deutschland und das Brüss. Conf.-Schl.-Prot. Man ist der Ansicht, dass die Kriegsgefangenen, obgleich sie nicht im militairischen Dienst stehen, doch als solche in die Gewalt des Nehmestaats gelangt sind und daher die Anwendung des Militairgesetzes hinsichtlich ihrer ganz in der Ordnung ist. Hierin liegt indessen viel eher eine gezwungene Rechtfertigung der bestehenden Praxis, als eine Ergründung der Sache aus sich selbst. Ganz absehend von der Gerechtigkeit der Bestrafung der Militairpersonen für rein bürgerliche Verbrechen nach besonderem Militairstrafrecht, einem Grundsatz, der heute immer mehr und mehr den *raison d'être* verliert, ist es nicht schwer zu begreifen, dass hier die Bestrafung

nach dem Militairgesetz auch sonst keine Rechtfertigung finden kann. Der Gefangene ist Sicherheitsgefangener, und zu diesen Zwecken steht es dem Nehmestaats zu, Disciplinargesetze zu erlassen oder die bestehenden militairischen Disciplinargesetze auf die Gefangenen anzuwenden, soweit die in diesen enthaltenen Strafbestimmungen ihrer Natur nach hierzu geeignet sind; für die bürgerlichen Beziehungen ist der Gefangene aber gewöhnlicher Fremder und unterliegt demgemäss den im Nehmestaat geltenden bürgerlichen Gesetzen. Jedenfalls war der Beschluss der Brüsseler Konferenz: *Les pr. d. g. sont soumis aux loix et règlements en vigueur dans l'armée des Nehmestaats* zu weit gehend, wenn er dem Staat die Pflicht auferlegte, die Gefangenen nach den für das Militair geltenden Gesetzen zu strafen; wenn dem Staat nicht die Pflicht auferlegt wird, den Gefangenen in bürgerlichen Beziehungen nicht nach den Militairgesetzen beurtheilen zu dürfen, so könnte, wie solches auch auf der Konferenz in Anregung gebracht wurde, dem Staat nur das Recht zugestanden werden, auf die Gefangenen die für sein Militair geltenden Strafgesetze anzuwenden.

In dem: „die für die Armee des Nehmestaats geltenden Gesetze“, ist die Anwendung des bürgerlichen Strafrechts auf nicht militairische Verbrechen der Militairspersonen nicht ausgeschlossen; sollte also das *sont assujettis* nicht völkerrechtlich muss bedeuten, so hätte auch die *Redaction* dem Rechnung tragen müssen. Jedenfalls ersehen wir aber aus dem Brüss. Schlussprotokoll, dass die Ansicht von der Ordnungsmässigkeit, die Kriegsgefangenen eventuell und vorläufig in der Regel unter das Militair-Strafrecht in allen Beziehungen zu stellen, auf der Konferenz ganz all-

gemein war. Der deutsche General Voigt-Rhetz behauptete auch ausdrücklich die Ausdehnung des Militair-Strafrechts auf die Kriegsgefangenen, welche nicht als Combattanten in die Gewalt des Nehmestaats gelangt sind. Freilich, ist jenes Unrecht statthaft, so brauchte man auch gegen dieses nichts einzuwenden.

Zu einer strengen Durchführung des Principes der Unterwerfung der Kriegsgefangenen unter die Militairgesetze und Militairgerichte ist unsere Gesetzgebung auch erst in dem neuesten Kriegsgefangenen-Reglement gelangt, in dem genau die Grundsätze des französischen von 1859 ausgesprochen sind (auch im *Projet* der Pariser Gesellschaft wörtlich aufgenommen). Die früheren hierauf bezüglichen russischen Gesetze von 1806, 1829 und 1854 verweisen die Kriegsgefangenen in Straffällen vor die bürgerlichen Strafgerichte, falls es am Ort keine Kriegsgerichte giebt.

Dass die Kriegsgefangenschaft an sich kein Grund für eine härtere Bestrafung des vom Kriegsgefangenen begangenen Verbrechens ist, folgt aus dem Wesen der Kriegsgefangenschaft. Aus Achtung vor seinen Gesetzen ist der Nehmestaat gezwungen, die unter seine Gewalt gekommenen Kriegsgefangenen nach den allgemein geltenden Gesetzen zu behandeln; jedes härtere Verfahren in dieser Beziehung wäre Bestrafung des Zustandes der Kriegsgefangenschaft, was nicht stattfinden darf, da der Feind, wie das auch das Brüss. Conf.-Schl.-Protokoll anerkennt, ein legaler ist.

Die Disciplinarvergehen werden im Heere oft mit Strafen belegt, die auf die Gefangenen nicht anwendbar wären, als z. B. Verlust von Ehrenzeichen; Degradation hätte bei dem jetzigen System der Verpflegung einen Sinn, indem der Gefangene in eine niedere Rangstufe hinsichtlich des

Unterhalts versetzt werden könnte, was z. B. auch der Art. 33 des Brüss. Conf.-Schl.-Pr. hinsichtlich Derjenigen ausdrücklich zulässt, die, um ihren Rang befragt, diesen falsch angeben. Insofern nun die durch die Kriegsgefangenen neu aufgeworfenen Rechtsfragen hinsichtlich der Disciplin einer Regelung bedürfen, steht es selbstverständlich dem Nehmestaat zu, diese vorzunehmen.

Die auf der Brüsseler Konferenz angetragene einheitliche Regelung der Theile der Militair-Reglements, die die Beziehungen der kriegführenden Staaten zu einander betreffen (Rev. 1875, p. 510), steht noch aus; dass dieselbe sich auch mit den auf die Kriegsgefangenen bezüglichen Disciplinargesetzen wird befassen müssen, folgt aus der in ihrer Fassung enthaltenen Aufgabe. Solange nun aber eine solche Regelung nicht besteht, werden der völkerrechtlichen Interpretation noch manche Fragen hinsichtlich des Strafrechts gegenüber den Kriegsgefangenen zu lösen verbleiben, über deren Praxis in den einzelnen Staaten wegen Mangel an Kenntniss der einschlägigen Gesetzgebung hier leider nichts gesagt werden kann.

Ist der Nehmestaat berechtigt, vom Gefangenen die militairischen Honneurs zu verlangen und daher Vergehen in dieser Beziehung zu bestrafen? Die militairischen Honneurs bestehen zum Zweck der militairischen Ordnung, der Achtung der militairischen Hierarchie. Vom Kriegsgefangenen kann allerdings mit Recht anständiges Benehmen gegen seine Vorgesetzten verlangt werden, aber, da er nicht in der militairischen Hierarchie steht, keine detaillirten Honneurs; hierin besteht nicht die Pflichterfüllung, die der Gefangene schuldig ist; und für den Nehmestaat ist das keine Garantie für die Sicherung des Gefangenen vor der

Flucht. Wird der Gefangene heute gezwungen, nach seinem militairischen Grade alle Honneurs zu leisten, so muss er solches nicht aus völkerrechtlich rechtfertigbaren Gründen, sondern in Folge der ihn umgebenden Verhältnisse thun, denen er sich nicht straflos widersetzen kann.

Das englische Kriegsgefangenen-Reglement hat bereits praktisch entschieden, dass die Kriegsgefangenen keiner Körperstrafe unterliegen dürfen. (Projet der Pariser Gesellschaft, 24). Die Gesetzgebungen nicht aller Staaten thun solches; daher können also für den Fall des Bestehens der Körperstrafe für Militairverbrechen die Kriegsgefangenen, in deren Heimathsstaat die Körperstrafe bereits nicht besteht, im Nehmestaat, der dieselbe noch beibehalten hat, im event. Fall, auf Grundlage des Principis der Autorität der Gesetze des Nehmestaats über den Kriegsgefangenen, der Körperstrafe unterliegen. — Das Projet der Pariser Gesellschaft proponirt den englischen Grundsatz als allgemeine kriegsvölkerrechtliche Norm. — Und es scheint uns allerdings, wenn nicht streng völkerrechtlich, so doch aus Billigkeitsgründen geboten, unbeschadet des Souverainitätsprincipis und des Rechts, das Verbrechen gehörig zu bestrafen, von der event. Körperstrafe die Kriegsgefangenen auszunehmen, in deren Heimath dieselbe nicht mehr gilt; denn es kann die moralische Wirkung nicht übersehen werden, und das persönliche Ehrgefühl soll auch das Strafrecht in keinem Fall in einer übermässigen Weise verletzen.

Das Recht des Staats auf die Arbeit der Kriegsgefangenen hängt ab von den Vermögensansprüchen, die jener an diesen hat. Besteht also zwischen den kriegführenden Staaten kein specielles Uebereinkommen über die sonstige Vergütung der Verpflegungskosten der Kriegsgefangenen,



so hat der Nehmestaat das Recht, von diesem die Vergütung durch dessen Arbeit zu verlangen, ihn zur Arbeit zu nöthigen; diese Nöthigung findet natürlich ihre Grenzen in dem Anspruch. Der Krieg ist allerdings eine Staatsangelegenheit; die einzelnen zur Kriegsmacht gehörigen Personen, die aus diesem Grunde in die Gewalt des Feindes gerathen, Kriegsgefangene dieses werden, stehen im Dienste jener Staatsangelegenheit. Es läge daher die Ansicht nah, dass für ihre Verpflegung der Heimathsstaat zu sorgen hat, dass ihr Verdienst ihre Reineinnahme ist, von dem sie keine Bezahlung für die ihnen vorgeschossenen Verpflegungskosten zu leisten haben; denn sie befinden sich nicht zu eigenen Zwecken in des Gegners Gewalt, sondern in Folge des Kriegszustandes zwischen den Staatsgewalten. Der Nehmestaat hätte dann also die Verpflegungskosten vom Gegner beizutreiben. Ein Zwang zur Arbeit wäre in diesem Fall natürlich ausgeschlossen, ausgenommen allenfalls Nothfälle, in denen jedermann dazu gezwungen werden kann. Aber trotz dieses Charakters der Kriegsgefangenen geht schon aus dem Ausgeführten hervor, dass die Bezahlungspflicht dem Heimathsstaat zukommt, dem Nehmestaat dieselbe nicht zugemuthet werden kann. — Entscheidend ist der Umstand, dass keine Verabredung über die Vergütung an den Nehmestaat besteht. — Aus diesem Grunde ist der Staat berechtigt, sich an seinen Gefangenen die vorgeschossenen Verpflegungsauslagen zu sichern, die Sache des Heimathsstaats ist es dann natürlich, diesen die mit der eigenen Arbeit bezahlten Verpflegungskosten zu vergüten. Der Nehmestaat, der das den Gefangenen zustehende Eigenthum zu achten hat, begeht keineswegs einen Widerspruch gegen dieses Princip, wenn er dieselben

aus ihrem eigenen Vermögen verpflegt, da er, obgleich ihrem Leben gegenüber die dieses erhaltende Verpflegung schuldig, diese eben doch nur für den Fall der Nothwendigkeit denselben zu gewähren hat und nicht in jedem Fall; er beansprucht aber von dem Ihrigen für sich nichts; die Gefangenen sind aber auch nicht berechtigt, für sich von dem Nehmestaat an materiellen Auslagen etwas zu beanspruchen, falls dieses, wenn auch zur Erhaltung ihrer Gesundheit nothwendig, durch ihre eigene Arbeit beschafft werden kann.

Das Brüsseler Conf.-Schl.-Protocoll, das den Unterhalt der Kriegsgefangenen dem Nehmestaat zur Pflicht macht, gestattet diesem den Arbeitslohn der Gefangenen für die Vergütung der vorgeschossenen Verpflegungskosten zu benutzen, deutet indessen nicht ausdrücklich an, ob das Verdienst des einen Kriegsgefangenen zur Bezahlung des Unterhalts eines anderen beansprucht werden darf: *leur salaire servira à améliorer leur position ou leur sera compté au moment de leur libération. Dans ce cas, les frais d'entretien pourront être défalqués de ce salaire.* Das ou stellt das eine oder das andere dem Belieben des Nehmestaats anheim, in Folge dessen kann dieser Verdienst auch auf beide Weise verwandt werden, kann also das dans ce cas immer statthaben. Das leur kann sich auch auf die Gesammtheit der Kriegsgefangenen beziehen. Gesichert wird indessen das Eigenthum jedes Einzelnen an seinem Lohn, und daher die Verwendung desselben ausgeschlossen zur Verpflegung der anderen durch die Zusicherung der Unverletzlichkeit des Privateigenthums (Art. 23). Diesem Grundsatz würde die Beanspruchung des erarbeiteten Lohnes des einen Kriegsgefangenen für die diesem fremden Zwecke

eines anderen widersprechen; sind auch beide Kriegsgefangene, theilen also zu gleichem Zweck ein gleiches Loos, so hat auch in diesem Zustande jeder seinen eigenen Rechtskreis für seine Person, die seine Unabhängigkeitssphäre bildet, und hierzu gehört sein Privateigenthum, also auch das dazu in der Kriegsgefangenschaft erworbene, die die Rechtsnatur des in ihr aus der Arbeit Erzielten im Vergleich zu dem sonst Erworbenen in nichts ändert.

Ob der Nehmestaat berechtigt ist, aus dem sonstigen Vermögen der Kriegsgefangenen sich die Verpflegungsauslagen vergüten zu lassen, muss nach der Brüss. Decl. verneint werden: dem Gefangenen muss der Nehmestaat den Unterhalt gewähren; er kann aus dessen salaire, den derselbe verdient, die Unterhaltskosten decken, indessen das ihnen sonst gehörige Eigenthum verbleibt ihnen unverkürzt.

Die uns bekannte Praxis hat nicht einmal diese Grundsätze der Brüsseler Declaration in allen Consequenzen für sich zu Gute gemacht (auf der Conferenz fand das Recht des Nehmestaats, die Gefangenen aller Grade zu Arbeiten zu verwenden, nicht den mindesten Widerspruch).

Die beiden russischen Reglements von 1829 und 54 unterscheiden zwischen den ohne Waffen Gefangenen, den freiwillig sich ergeben habenden und den Deserteuren einerseits und den mit den Waffen in der Hand auf dem Kampfplatz ergriffenen (und 1854 nebst den Ausländern) andererseits. Zu öffentlichen Arbeiten konnten nur die Untermilitaires verwandt werden, wofür ihnen in dem Regl. v. 1829 gar keine Gratification, in dem von 1854 nur eine ganz ausserordentlich geringfügige (ca. 8 Cop. täglich) zugedacht war. Die zur anderen Kategorie gehörigen gleichfalls, wie die der ersteren, die zu öffentlichen Arbeiten nicht ver-

wandt werden konnten, hatten das Recht, freie Arbeit anzunehmen, ohne dass ihnen nach dem Reglement hiervon oder in Folge dessen vom ordnungsmässigen Staatsunterhalt Abzüge gemacht werden durften. Das franz. Reglement v. 1859 bestraft sogar die Verweigerung zu arbeiten, und macht hierin keinen Unterschied zwischen Unter- und Obermilitaires, aber es lässt den Kriegsgefangenen ihren ganzen Verdienst und entzieht ihnen nur entsprechend ihrem Aufenthaltsort zur Zeit der Beschäftigung einen Theil ihres Staatsunterhalts. In Deutschland behielten die Gefangenen im letzten Kriege den Verdienst unverkürzt; ob sie zur Arbeitszeit ausserhalb der Caserne auch den Staatsunterhalt bezogen, ist uns nicht bekannt. In den Am. Instr. findet sich das Princip der Brüsseler Conferenz noch kategorischer ausgesprochen: they (prisoners) may be required to work for the benefit of the captor's government, according to their rank and condition (s. ob. ausserdem über die large sums). Unser neuestes Kr.-Gef.-Regl. gestattet alle kriegsgefangenen Untermilitaires zu Staats- und sonstigen öffentlichen Arbeiten und zur Arbeit bei Privatleuten zu verwenden. Vom verdienten Gelde erhält der Gefangene während oder nach der Arbeit bloss einen Theil (по правиламъ, установленнымъ на этотъ предметъ положениемъ о ротномъ хозяйствѣ), allerdings einen recht bedeutenden; das übrige wird gebucht, in der Ortsrentei aufbewahrt und nach Abzug der Verpflegungskosten dem Gefangenen bei dessen Entlassung aus der Gefangenschaft ausgehändigt; auch hier giebt es im Vergleich zu dem Grundsatz der Brüss. Decl. eine sehr aner kennenswerthe Milderung, indem dem Gefangenen gleichsam als Taschengeld ein bedeutender Theil des erarbeiteten Lohnes

gleich überlassen wird; nur die Untermilitairs dürfen zur Arbeit angehalten werden.

Wir sehen, dass die einzelnen Staaten die ihnen von der Brüss. Decl. zugestandenen Rechte nicht ganz ausgebeutet haben, obgleich diese auch noch weit weniger gestattet, als was aus dem Begriff der Kriegsgefangenschaft deducirt werden kann. Jedenfalls finden wir die Redaction dieses Theiles des § 25 richtig, der die äussersten Grenzen ziehend, den Gebrauch dieses Rechts auch in der äussersten Form dem Belieben des Nehmestaats anheimstellend, *peuvent être employés* und nicht *seront empl.* gebraucht. Dass ferner die von dieser Declaration dem Nehmestaat eingeräumten Rechte auch mit Rücksicht auf die europäische Anschauung in dieser Beziehung nicht zu viel gestatten, zeigt die Am. Instr., die von Lieber verfasst, von Bluntschli in Bezug auf das in Rede stehende Recht in dessen mod. V.-R. als „Rechtssatz“ angeführt wird, was auch der Ansicht der übrigen Publicisten entspricht. — Wenn man ferner in Betracht zieht, dass die wirthschaftlichen Zustände in einem Staat eine Beschäftigung sämmtlicher Gefangenen zum Zweck der Deckung ihrer Verpflegungskosten nothwendig machen kann, so zwingt auch dieser rein praktische Grund zur Anerkennung der Zweckmässigkeit der in der Brüss. Conf. gezogenen Grenzen, deren Erweiterung, wie bemerkt, in den oben bezeichneten Grenzen keine Rechtsgründe im Wege stehen.

Den angegebenen Zwecken und Rechtsgründen entsprechend, kann natürlich der vom Nehmestaat keinen Unterhalt beanspruchende Kriegsgefangene ohne Unterschied des Grades oder Standes zur Arbeit vom Staat nicht gezwungen werden. Nach Massgabe der Ausdehnung der

Anwendung des Systems der allgemeinen Wehrpflicht wird das eine ganz besondere Bedeutung erhalten. Diesen Fall hat die Brüss. Conferenz nicht vorgesehen, ja nach den Bemerkungen des deutschen Generals V.-Rhétz scheint eine solche Berechtigung garnicht beansprucht werden zu dürfen; nach Ansicht dieses kommt jeder Kriegsgefangene ohne Unterschied auf Geburt, Bildung und Vermögen auch in der Kriegsgefangenschaft nur als Militair in Betracht, und ils (die Kr.-Gef.) *doivent travailler sur le même pied*, soweit sie gleichen Grad haben. Es ist hier aber der grosse Unterschied zwischen dem activen militairischen Dienst und dem Entschädigungsdienst der Kriegsgefangenen gänzlich übersehen worden, und doch ist dieser Unterschied in der Entscheidung über die Arbeitspflicht des Kriegsgefangenen massgebend, der militairische Dienst ist eine staatsbürgerliche Pflicht; eine solche hat selbstverständlich der Kriegsgefangene seinem Nehmestaat gegenüber nicht. Seine Arbeitspflicht hat seinen Rechtsgrund in einer Vermögensentschädigung, und die Dringlichkeit gewisser staatlicher Arbeiten befugt den Staat nicht, die seine materielle Unterstützung nicht beanspruchenden Kriegsgefangenen zur Arbeit zu zwingen, ausgenommen den Fall der äussersten Noth für Leben und Gut; öffentliche Arbeiten gehören nicht unter diese Nothfälle.

Völkerrechtspflicht des Nehmestaats ist es, bei der Verwendung der Kriegsgefangenen für Staatsarbeiten ihnen den Arbeitslohn im Verhältniss zu ihrer Arbeit, entsprechend den zur Zeit gewöhnlichen Lohnpreisen, zu berechnen und bei der Ueberweisung der Gefangenen zur Arbeit an Gesellschaften oder einzelne Privatleute gleichfalls den entsprechenden Lohn auszubedingen, denn beansprucht der

Staat für sich das Recht, über die Arbeit der Kriegsgefangenen zu verfügen, so ist es auch seine Pflicht, für die rechtmässige Bezahlung derselben zu sorgen. Dass die Gefangenen auch für die von den Militairs des Nehmestaats ohne Bezahlung geleistete Arbeit, z. B. beim Festungsbau, eine Entschädigung mit vollem Recht zu beanspruchen berechtigt sind, ist eine Folge des Begriffs der Kriegsgefangenschaft, beruht also auf rechtlicher Grundlage. Für alle diese äusserst wichtigen Beziehungen sind in der Brüss. Decl. keine Bestimmungen enthalten, obgleich sie unerlässlich sein sollten.

Dass die Kriegsgefangenen zur Ausführung der ihren Unterhalt betreffenden wirthschaftlichen Arbeiten im Quartier und Hospital nach einer gerechten Vertheilung der Arbeit unter ihnen diese unentgeltlich zu leisten verpflichtet sind, folgt aus dem Wesen derselben, als für die Verpflegung ihrer selbst bestimmt. Specielle technische Fertigkeiten dürfen nicht unentgeltlich ausgebeutet werden; möge solches in einzelnen Militairverwaltungen auch üblich sein, so ist es jedenfalls ein Diebstahl am Eigenthum des betreff. Arbeiters und findet noch viel weniger hinsichtlich der Kriegsgefangenen eine Rechtfertigung<sup>19)</sup>. Der Staat hat das ganz unzweifelhafte Recht, sich alle Auslagen für die Verpflegung des einzelnen Kriegsgefangenen während der Dauer der Detention von diesem erstatten zu lassen, er

19) Das engl. Kr.-Gef.-Regl. (22) gewährt une paye aux prisonniers employés pour le service des dépôts et des hopitaux . . . . (Projet. . . . Art. 117). — Um die Kriegsgefangenen gegen Ausbeutung ihrer Arbeit seitens ihrer Vorgesetzten zu schützen, verbietet das russische Gesetz von 1877 diesen, die Kriegsgefangenen in keinem Fall in ihren Dienst oder in Arbeit zu nehmen.

muss aber das Recht und das Eigenthum dieses an dessen Arbeit aufs sorgfältigste achten; das ist seine Rechtspflicht, die er dem gesammten gesellschaftlichen Leben gegenüber gewissenhaft zu achten hat, da sie die Grundlage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit.

Die Frage, zu welchen Arbeiten der Nehmestaat den Kriegsgefangenen nöthigen darf, lässt sich besser so stellen: in welchen Fällen er solches nicht thun darf. Der Nehmestaat ist berechtigt, sich vom Kriegsgefangenen die Verpflegungsvorschüsse vergüten zu lassen und ihn aus diesem Grunde, falls die Vergütung nicht auf andere Weise beschafft werden kann, zur Abarbeitung derselben zu zwingen, und er hat in der Auswahl der Arbeit nur Rücksicht zu nehmen, dass die betreffende Person Kriegsgefangener ist, also Unterthan des Heimathsstaats; der Zwang: den Nehmestaat gegen diesen zu unterstützen, daher ein Attentat gegen das durch den Krieg und die Kriegsgefangenschaft rechtlich intact gebliebene Unterthanenverhältniss und Band der Treue des Gefangenen wäre. Der Kriegsgefangene ist ein sittliches Wesen, verliert diese Natur durch die Kriegsgefangenschaft nicht, wird nicht erbeutete Sache, über die dem Nehmestaat das unbeschränkte Verwendungsrecht zu irgend welchen beliebigen Zwecken zusteht. Es ist aber nicht leicht, ja bis jetzt im Einzelnen noch nicht gelungen, eine feste Grenze für den Umfang dieser Unterstützung zu ziehen. Unzweifelhaft ist zunächst und von der Brüsseler Conferenz ohne Widerspruch anerkannt, dass die Kr.-Gef. in keiner Weise zu irgend einer Theilnahme à la poursuite des opérations de guerre angehalten werden können. Hinsichtlich der sonstigen für die Kriegsführung bestimmten Arbeiten wird gewöhnlich die allgemeine Grenze: zu für die

Kriegsführung und dessen Fortsetzung bestimmten Arbeiten dürfen die Kriegsgefangenen nicht gezwungen werden, gezogen; die Redaction des Art. 25 der Brüss. Decl. lässt sogar nur die öffentlichen Arbeiten dieser Art ausgeschlossen sein (. . . à certains travaux publics qui n'aient pas un rapport direct avec les opérations. Wir befinden uns hier auf einem der Kriegscontrebande ähnlichen Gebiet; aber gerade diese Verwandtschaft giebt uns ein nicht unpassendes Mittel zur Entscheidung der ersteren Frage; das was der Kriegführende dem Neutralen, gegenüber seinem Feind, an Hilfeleistung für den Kriegszweck nicht gestattet, soll er auch von seinen Kriegsgefangenen gegen deren Heimathstaat nicht verlangen dürfen, denn in der Bestimmung der Contrebande hat er die travaux, ayant un rapport direct avec les opérations . . . angegeben; was er als Recht gegen den Neutralen beansprucht, muss er für sich dem Kriegsgefangenen gegenüber als Pflicht gelten lassen, sonst hat sein Rechtsanspruch keinen Sinn und keine Berechtigung.

Daher werden die Kriegsgefangenen mit Recht zur Anfertigung von Gegenständen, die zum Gebrauch in der Armee bestimmt sind, nicht gezwungen werden dürfen, und zwar in dem Umfange, als solche als Kriegscontrebande gelten. Nach dem Wortlaut der Brüss. Decl. könnten die Kriegsgefangenen indessen auch zur Anfertigung dieser Gegenstände gezwungen werden, falls die Arbeit nur nicht als öffentliche organisirt ist, wenn sie also als häusliche in den Dépôts ausgeführt wird; soll dieser Paragraph indessen nicht so verstanden werden, so ist jedenfalls die Redaction travaux „publics“ nicht genau, sie fand sich bereits in dem russischen Project, ist aber in dem neuesten russ. Kr.-Gef.-

Regl. auf travaux (работы) allein beschränkt worden, und das entspricht jedenfalls den Rechtsforderungen mehr, als der aus der Brüss. Decl. herauszulesende Sinn.

Recht dehnbar ist ferner das rapport direct avec les opérations sur le théâtre de la guerre, oder, wie das russ. Project vorschlug . . . les opérations militaires (und letzteres ist jedenfalls richtiger) entrepris contre leur patrie ou contre ses alliés. Das „direct“ kann ein jeder in seiner Weise verstehen. Bereits auf der Conferenz fragte der span. Delegirte, ob der Nehmestaat das Recht hat, de faire travailler les pr. à des fortifications situées à une certaine distance; der Präsident wies darauf hin, dass das ganz unzweifelhaft sei und sich hierfür die Antwort in dem rap. direct . . . bereits finde. Eine weitere Debatte scheint hierüber nicht stattgefunden zu haben; in den Protokollen der Conferenz finden wir dann nur noch den Vorschlag nach opérations, statt der Wendung militaires im russ. Project, sur le théâtre de la guerre, folgen zu lassen. Für die Conferenz war also das rap. direct klar und unbedenklich.

Man bedenke indessen folgenden Fall: Der Nehmestaat armirt neue Corps oder organisirt die Landwehr für alle Fälle, vielleicht im Hinblick auf zukünftige Alliancen des Gegners, nimmt ferner zu diesen Zwecken Fortificationsarbeiten in Angriff, alles das hat er voraussichtlich für den Krieg mit dem Heimathsstaat der Kriegsgefangenen nicht nöthig, und doch ist die Wahrscheinlichkeit der Verwendung aller dieser Vorbereitungen gegen den letzteren Staat ausserordentlich gross, da bestimmte Bündnisse mit anderen Staaten mit Sicherheit zu erwarten stehen. Dürfen zu solchen Arbeiten die Kriegsgefangenen verwandt werden? Oder an einem Ort wird ein Theil des zu den an einem

Ort zu errichtenden Befestigungen erforderlichen Materials hergerichtet, deren Gebrauch für den gegenwärtigen Krieg in nächster Zeit bevorsteht oder bereits stattfindet. Wie sollen wir diese Arbeit bezeichnen? als *ayant rap. dir.* ... oder nicht? Aus dem entwickelten Begriff der Kriegsgefangenschaft folgt, dass die Kriegsgefangenen nicht gezwungen werden dürfen zu Arbeiten, deren Ergebniss, Product zur Verwendung in der Kriegführung kommen kann; hierin scheint uns eine präcisere Formulierung des betreffenden Paragraphen des neuesten russischen Kr.-Gef.-Regl. gegeben zu sein. — Die Verwendung bei Festungsarbeiten und zu ähnlichen militairischen Zwecken ist daher ganz unbedingt ausgeschlossen, ebenfalls der Gebrauch der Arbeit der Kriegsgefangenen zum Zweck der Anfertigung von Kriegsmaterialien, die in der hergestellten Gestalt oder durch Zusammenfügung solche sind resp. werden: also Pulver, sonstige Munition, Militairanzüge u. s. w.

Innerhalb der nun so gegen die Verwendung zu militairischen Zwecken gezogenen Grenze der Berechtigung des Nemestaats, die Kriegsgefangenen zur Arbeit zu zwingen, verlangt die moderne Theorie und Praxis einstimmig Anpassung an den Rang und die bürgerlichen Verhältnisse des Gefangenen. Die Obermilitairs sind allerdings von der Arbeit nach der Praxis bei uns, ferner in Deutschland und Frankreich von der Arbeit ganz befreit, sie erhalten ihren Sold zur Verpflegung (und können mit Genehmigung der Depôtverwaltung gegen Ehrenwort auch ausserhalb des Depôts wohnen). Das sind aber natürlich nur Vergünstigungen, und die Pflicht zum Ersatz der Verpflegungsauslagen ist immer das nicht nur äusserste, sondern auch ganz gerechtfertigte Recht; den Gebrauch desselben machte

man aber abhängig von der Anpassung derselben an die bürgerlichen Verhältnisse und den Rang (*Am. Instr.* 76; *Bluntschli*, 608; *Calvo*, II, 146.) In den beiden ersten russ. Kr.-Gef.-Regl. findet sich hierüber nichts, gleichfalls nichts in der franz. Kr.-Gef.-Ordn. v. 1859 und dem derselben hinsichtlich dieser Frage nachgebildeten *Projet* ... der Pariser Gesellschaft ...; *Saalfeld*, § 92, *Klüber*, § 249; *Heffter*, § 129, *Neumann*, p. 115 verlangen, dass die Arbeit angemessen sei; die beiden letzteren (*Neumann* nach *Heffter*) verpflichten nur die Unterofficiere und Gemeinen zur Arbeit, offenbar doch nur die *Usance* in dieser Beziehung constatirend (bei *Heffter* ist diese Absich ganz klar). *Halleck* versuchte das „angemessen“ genauer zu bezeichnen, indem er *humiliating and onerous labor* aus der Arbeitspflicht ausschloss. Das russische *Project* zur *Brüss. Conf.* verbindet die Formulierung in der *Am. Instr.* und die *Halleck's* zu ... *à cert. trav. publ., qui ne soient pas exténuants ou humilants pour le grade et la position sociale qu'ils (les pris.) occupent dans leur pays.* *V.-Rhetz* verlangte aus den bereits angeführten Gleichheitsrücksichten des milit. Dienstes unbedingt die Streichung des „position sociale“ und wollte nur den „grade (dem er) militaire“ (hinzufügte) ausschlaggebend sein lassen, auf die Nichtmilitairs nahm er gar keine Rücksicht; auf diese lenkte der österr. Delegirte *General Schoenfeld* die Aufmerksamkeit, und *Obrist Staaff* schlug dem entsprechend die *Redaction*: *humilant pour leur grade, ou s'ils ne sont assimilés à aucun grade militaire, pour la position sociale, qu'ils l'occupent dans leur pays,* vor, in dieser ist auch die auf der *Conferenz* vom *Obristen Hammer* betonte Eventualität, dass zur *Armee garnicht* gehörende Personen zu Kriegsgefangenen

gemacht werden dürfen, vorausgesehen; statt aber diese nicht üble Redaction, die besser war, als alle anderen, — da sie alle die einzelnen Fälle berücksichtigte — zu verbessern, beschloss die Conferenz die sehr unvollständige Redaction . . . ou humiliants pour leur grade militaire, s'ils appartiennent à l'armée, ou pour leur position officielle, s'ils n'en font pas partie, denn es giebt auch zur Armee gehörige Nichtmilitairs; in der früher von dem Präsidenten vorgeschlagenen Redaction hiess es auch dementsprechend d'après le grade ou la position qu'ils occupent dans l'armée. — Wollte die Conferenz die in dem Schlussprotokoll enthaltene Bestimmung im Princip beibehalten, so hätte sie unter Berücksichtigung aller Eventualitäten, die sich hier unschwer übersehen lassen, etwa folgende Redaction wählen sollen: entsprechend ihrem militairischen Rang oder falls sie kein militairisches Amt bekleiden, entsprechend ihrem Civilamt . . . hierzu käme noch die Berücksichtigung der weder ein militairisches noch Civilamt bekleidenden und dennoch zu Kriegsgefangenen gemachten Personen; für diese folgt entsprechend dem Geist der Decl.-Best. die event. Verwendung zur Arbeit entsprechend ihrer Geschäftsstellung bei der Armee oder falls sie eine solche nicht hatten, ihrer gesellschaftlichen Stellung in der Heimath. Dass es aber nicht nur ausserordentlich schwer, sondern sogar unmöglich ist, hier eine Stufenleiter von erlaubter und nicht erlaubter Verwendung dieser einzelnen Kategorien zur Arbeit festzustellen oder auch nur allgemein zu bezeichnen, ist leicht zu begreifen, indem die Anschauungen über die Ehre der Arbeit in den einzelnen Ländern verschieden sind.

Wenn man aber berücksichtigt, dass die Gleichheit

der Militairs eines Ranges sich nur auf den Militairdienst bezieht, nicht aber auf ausserhalb dieses stehende Arbeiten, wie der deutsche General V.-Rhetz solches wenigstens hinsichtlich der Kriegsgefangenen annimmt, dass also die Kriegsgefangenen nicht einmal im Militairdienst des Nehmestaats stehen, sie ihre sociale Stellung, die sie in der Heimath einnehmen, auch in der Kriegsgefangenschaft geltend zu machen berechtigt sind, soweit sich solches mit dem Sicherheitsrecht des Nehmestaats verträgt und ihre materiellen Mittel hierzu ausreichen — alle haben ohne Rücksicht auf ihren militairischen Rang oder sonstiges Amt und Geschäft zu Gunsten der Sache des einen kriegführenden Theiles gedient, sobald sie vom Feinde gefangen werden, hört der hierarchische Unterschied auf und wie der aus dem Dienst zurückkehrende oder ausserhalb dieses seine gesellschaftliche Stellung frei geniesst, so auch der Kriegsgefangene mit dem Eintritt in die Gefangenschaft — so sind sie daher, soweit der Nehmestaat an ihnen zu Entschädigungsforderungen berechtigt ist, entsprechend ihrer gesellschaftlichen Stellung zur Arbeit anzuhalten; diese ist an sich nicht ausgeschlossen, und die Arbeit an sich ist keine Schande; aber es soll auf die Gewöhnung an bestimmte Arbeiten Rücksicht genommen werden; namentlich, da der Nehmestaat über die Arbeit verfügt. Diese Rücksichtnahme ist der Nehmestaat dem Kriegsgefangenen als Völkerrechtspflicht schuldig, da er die gesellschaftliche Ordnung durch den Krieg ohne Grund nicht stören darf; ein solcher liegt aber nicht vor. Ohne bestimmten Arbeiten Verachtung entgegenzutragen, so ist es doch unzweifelhaft und klar, dass gewisse Beschäftigungen gröberer Art als Untermilitairs gefangenen Personen von gesellschaftlicher Stellung

und Bildung gleichmässig, wie Tagelöhnern zumuthen, ein Unrecht ist. Dem zur Arbeit verpflichteten braucht sie nicht erlassen zu werden, aber der Mensch soll nicht gehöhnt werden; man gebe ihm also eine seiner Tüchtigkeit und Bildung entsprechende Arbeit, das ist sein Recht.

Die Frage, ob der zur Entschädigung der Verpflegungskosten verpflichtete Kriegsgefangene das Recht hat, die Privatarbeit der ihm vom Staat aufgelegten vorzuziehen, diese also zurückzuweisen, findet seine Beantwortung in dem bereits ausgeführten Grundsatz des Anspruchsrechts auf Entschädigung und dem Umfange des letzteren. Der Nehmestaat hat das Recht zum Arbeitszwange nur nach Massgabe seines Anspruchsrechts auf Vergütung. Zahlt ihm der Gefangene diese aus seinem Privaterwerb, so hört das Recht des Staats zum Arbeitszwange auf.

Dass der Kriegsgefangene für Verbrechen, die er vor, während und im Kriege und in der Kriegsgefangenschaft begangen mit Recht vom Nehmestaat bestraft werden darf, ist anerkanntes Völkerrecht und ist von uns als berechtigt nachzuweisen versucht worden. Eine nicht so unangefochtene Entscheidung hat in Theorie und Praxis das Recht des Nehmestaats, seitens seines Gegners begangenes Unrecht an dessen Unterthanen, die jener als Kriegsgefangene in seiner Hand hat, zu rächen, d. h. die ihnen als Kriegsgefangenen zustehenden vom Völkerrecht verlangten Rechte zu verkürzen — gefunden. Gewiss eine der heikelsten Fragen des Kriegsrechts und des Völkerrechts überhaupt, wurde das Recht der Kriegsrepressalien von der Brüsseler Conferenz mit einer gewissen Scheu umgangen, obgleich es in dem russ. Project auf die Tagesordnung gesetzt war und Anfangs auch seitens der Conferenz die Absicht, sich

mit dieser Frage zu beschäftigen, ausgesprochen wurde. Das strenge formelle Recht der Reciprocität und das bessere Gerechtigkeitsgefühl treten hier in Collision; man hat in der neueren Zeit eine Vermittelung in dieser Collision gesucht: man gab das Recht der Wiedervergeltung mit gleichem Unrecht zu, setzte ihm aber eine Grenze in den Humanitätsrücksichten; anerkannte das Princip theoretisch, wollte es aber praktisch ganz verdrängen, so namentlich hinsichtlich der Repressalien an den Rechten der Kriegsgefangenen, man verlangte, dass sie möglichst garnicht angewandt werden sollen oder wenigstens das Leben der Gefangenen nicht Gegenstand der Repressalie sein dürfe. Selbst noch die nordam. Staaten drohten das unmenschliche Verfahren der Engländer gegen die amerik. Gefangenen mit gleichen Repressalien zu vergelten, was unter Umständen eine langsam vollzogene Hinrichtung bedeuten konnte, da die Engländer ihre Gefangenen durch die mangelhafte und gesundheitsschädliche Verpflegung lebenslänglichen Krankheiten und dem Tode entgegenführten. Zum ersten Mal wurde das Princip der Repressalien an Kriegsgefangenen ganz ausgeschlossen durch das Decret des Nat. Convents vom 19. Sept. 1792, das das frühere Decret v. 4. Mai d. J. in würdiger Weise ergänzte, aber allerdings auch nur theoretisch blieb, denn abgesehen von der baldigen Widerrufung der Decrete von 1794, betreffend das Nichtquartiergeben an die spanischen Heere, als Repressalie für die Nichtausführung der Capitulation von Collioure, und an die englischen und hannöverschen Krieger, war die Zeit der Kriege Napoleons nicht dazu angethan, bezeichneten Grundsatz des Decrets v. 19. Sept. 92, der selbst der Theorie bis dahin nicht bekannt war, durchzu-



führen; und die nach dem Wiener Congress erschienene, das praktische Völkerrecht darstellende Theorie lässt selbst das Menschenleben als Kriegsrepressalie zu (Schmalz, Schmelzing; Martens lässt gegen die Quartierverweigerung eine gleiche Repressalie zu). Die Praxis seit jener Zeit in Europa hat unseres Wissens mit solchen Repressalien nicht einmal gedroht, auch scheint der Grundsatz der Am. Instructionen, dass Mangels eines other means of securing himself against the repetition of barbarous outrage auch die civilisirten Völker acknowledge retaliation, obgleich sie the sternest feature of war, als zulässige Rechts-hülfe — in diesen äussersten Grenzen nicht zur Anwendung gekommen zu sein. Den Gefangenen wurde in den Nordstaaten an Repressalien nichts zugefügt, obgleich es in den Am. Instr. die Bestimmung gab: All prisoners of war are liable to the infliction of the retaliatory measures. Die Anwendung der Kriegsrepressalien auf die Person des Feindes ist aber durch eine andere Bestimmung der Am. Instr. praktisch auf nichts reduziert: § 38: retaliation will, therefore, never be restored to as a measure of mere revenge, but only as a means of protective retribution, and, moreover, cautiously and unavoidably. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass die Instructionen als allgemeinen Grundsatz die Unzulässigkeit unnützer, den Kriegszweck nicht erreichender Grausamkeiten enthalten. Wenn man bedenkt, dass unter den Staaten europäischer Cultur die Oeffentlichkeit gegen Verletzungen des Kriegsrecht sein weit wirksames Mittel ist, als die Widervergeltung des Unrechts mit einem gleichen, so fällt die Nothwendigkeit, diese zu üben, und hört somit auch das Recht hierzu vom Gesichtspunkt der erlaubten Nothwehr auf.

In der neueren Völkerrechtsliteratur hat sich über das Ob und die Grenzen der Zulässigkeit der Kriegsrepressalie gegen die Person des Feindes nicht nur keine einheitliche Anschauung ausgebildet, sondern giebt es auch nur fast ausschliesslich Meinungsäusserungen ohne eingehende allgemeinrechtliche Begründung. Den Grundsatz des Decrets von 17 (19/IX) 92 vertrat erst Pinheiro-Ferreira (im Com. zu Martens, II, 191, 243) wieder, die Zufügung von Unrecht gegen einen Unschuldigen kategorisch und mit Entrüstung, als allen Kriegsbegriffen zuwider, zurückweisend; auf den gleichen Standpunkt stellten sich 40 Jahre später Landa, Moynier (340 ff.); Heffter und Neumann lassen die Quartierverweigerung als Repressalie zu, verwerfen aber jede Repressalie für jene gegen die Person des Kriegsgefangenen, N. überhaupt jede am Kriegsgefangenen. Weniger mild sind scheinbar die auf dem Standpunkt der Am. Instr. stehenden Halleck, Bluntschli und Woolsey, alle 3 verlangen humane Ausübung der Kriegsrepressalie, deren Gegenstände sie nicht beschränken. Halleck macht indessen die sehr wichtige Ausnahme, dass das Menschenleben auch der Barbaren nie, als Repressalien, vernichtet werden dürfe, die Quartierverweigerung als Repressalie erklärt er für absolut unzulässig; Woolsey will die Repressalie am Menschenleben ausgeschlossen wissen, wenn ein General mit kaltem Blut einige hundert Gefangene dafür tödtet, weil sie seine Bewegungen behinderten. Zum Schluss des § 126 meint Woolsey, dass Grausamkeiten an Unschuldigen zu begehen, namentlich gegen Nichtcombattanten den braven Mann zurückschrecken müsse, auch wenn ihm die Pflicht eine solche That anbefiehlt. Bluntschli hält sich am meisten an

die am. Instr.: Die Grundgebote der Menschlichkeit dürfen nicht verletzt werden, sagt der deutsche Publicist; freilich wird in der Anmerkung eine Verletzung jener gegen die Barbaren nicht schon in der Tödtung der Unschuldigen als Repressalie, sondern in dem Martern der unschuldigen Opfer gesehen. Den Grundsatz der am. Inst. und Bluntschli's acceptirt auch das Projet . . . . der Pariser Gesellschaft (Art. 60), Calvo (II, III) und das russische Project zur Brüsseler Konferenz, letzteres mit der ausdrücklichen Beschränkung auf die *cas extrêmes, en observant, autant que possible, les lois de l'humanité* und Ausschliessung des *représailles démesurément sévères*, die als *contraires aux règles du droit des gens* bezeichnet werden. Die darauf vom Präsidenten der Konferenz veränderte Redaction dieses Repressalien-Paragraphen streicht diese Bestimmungen über die Anpassung an die Gesetze der Humanität und die zu grausame Wiedervergeltung und enthält blos den Grundsatz der Verhältnissmässigkeit der Repressalie zur Rechtsverletzung. Angesichts dieser Fassung des eben genannten Artikels ist denn auch dessen einleitender Satz: *En général le droit et l'humanité exigent qu'un innocent ne souffre pas pour un coupable* ein schwacher Trost. Jedenfalls weist dieser Paragraph des Projects im Vergleich zu der gesammten übrigen Theorie und Praxis dieser Frage in sofern einen ganz ausserordentlichen Fortschritt auf, als die Verfügung von Kriegs-Repressalien nur dem Commandanten-chef zugestanden wird, also die augenblickliche Leidenschaft und das momentane Rachegefühl der kühleren Verstandesthätigkeit unterworfen wird; jedenfalls kann in einem solchen Fall auch in der Person des Generals en chef eine sehr bedeutende Garantie für die Nichtanwendung zu grau-

samer Repressalien gesehen werden. Wie sich die Delegirten auf der Conferenz zu diesen Vorschlägen des Projects unserer Regierung über die Kriegs-Repressalien im Ganzen und Einzelnen verhielten, ist uns nicht bekannt geworden, ja es scheinen hierüber gar keine Verhandlungen stattgefunden zu haben, wenigstens wurde nichts zu Protaholl gegeben. Die Theorie bedauerte auf der Conferenz des Instituts für Völkerrecht (1875 im Haag) die Ausscheidung von Bestimmungen über die Kriegsrepressalien aus der Brüss. Declaration (Rev. 1875, d. 509).

Ob und in welchen Grenzen dieselben zulässig sein sollen, wurde vom Institut nicht weiter discutirt, und wissen wir daher auch nicht, ob die von Moynier der Conferenz des Instituts vorgelegte Redaction über die Kriegs-Repressalien den Grundsätzen der auf der Conferenz im Haag versammelt gewesenen Gelehrten und Staatsmännern entspricht (s. indessen M. Conv. de Genève, p. 342 ff.) M. beschränkt (Rev. 1875, p. 519) den Umfang und die Art der Repressalie nicht, wie es die russische Fassung thut, durch das begangene Unrecht, sondern durch die zur *pour la* (das Unrecht) *faire cesser ou pour en empêcher le renouvellement* erforderliche Nothwendigkeit. Hinsichtlich der Anordnung der Repressalien schliesst M. sich dem russ. Project an. Wichtig ist, dass er das Recht der Repressalienanwendung auf den Standpunkt nicht der gleichen Wiedervergeltung eines Unrechts, sondern, wie auch der Krieg aufgefasst wird, auf den der gerechten Wiedervergeltung und der Nothwehr; das mehr und minder des vergoltenen Unrechts ist bedingt und findet seine Rechtfertigung in der Nothwendigkeit; mit dieser Auffassung ist für die Theorie der Repressalien ein besserer Standpunkt ge-

wonnen, als es der frühere war, der im Grunde auch nur das von M. zugelassene wollte, aber hierfür nicht die richtige Form fand.

Die Theorie, wie wir sehen, wagt es nicht, dem Staat das Recht der Kriegs-Repressalien an der Person und dem Gut der feindlichen Krieger abzusprechen. Man glaubte dieses Recht anerkennen zu müssen auf Grund des Princip der Reciprocität, da keine über den Staaten zu Recht bestehende Gewalt als Richter und Executivgewalt das begangene Unrecht bestrafen könne. In neuerer Zeit betonte man noch ausserdem, dass die Repressalie ein Rechtsact sein müsse, nicht Rachezwecken dienen dürfe; in neuester Zeit nöthigte die Achtung vor dem Recht des Einzelnen, damit dasselbe nicht durch das Unrecht anderer auf dem Wege der Repressalie beeinträchtigt werde, das Recht zu dieser mit allgemeinen Schranken in einer Art zu umgeben, dass, genau genommen, die Repressalie ganz verboten wurde, aber man wagte nicht das Recht zu derselben ganz zu streichen, sondern glaubte es, wenn auch nur theoretisch, so doch bestehen zu lassen. Einer genaueren Begründung dieses Rechts ging man aber aus dem Wege; es genügte die Zugehörigkeit zum feindlichen Staat, um die betr. Person und deren Rechte Gegenstand der Kriegesrepressalien werden zu lassen. Man machte die Angehörigen des Staats für das Unrecht ihrer Staatsgewalt verantwortlich; Vattel (§ 342) und nach ihm Ortolan (I, Cap. über Repress., p. 350) vertraten diesen Standpunkt theoretisch, und liessen so die Rechte der Unterthanen durch das Unrecht ihrer Staatsgewalt verschlungen werden. Hiergegen traten Massé (I, 127) und F. Martens (p. 24 ff.) in entschiedener Weise auf, freilich ohne ausdrückliche Beziehung auf Kriegsrepressalien;

sie bemerken, dass ein solches Aufgehen der Bürger im Staat der modernen Staatsanschauung direct widerspricht, nach der der Einzelne nicht für das Unrecht der Regierung hafte, und dass daher die Repressalie an der Person und am Gut der unschuldigen Unterthanen des Unrecht thuen- den Staats nicht geduldet werden könne, rechtswidrig sei. Widerlegt ist diese Deduction bis jetzt nicht; man liess aber die Repressalie zu als ein durch die Verhältnisse gebotenes, unvermeidliches Uebel (Analog wie den Krieg), da es keine andere Strafe und kein anderes Garantiemittel gegen die das Unrecht begehende Staatsregierung gebe; wäre das nun in der That so, so wäre trotz der Ausführungen Massé's und Martens' gegen Vattel und Ortolan, auch wenn die Begründung der letzteren in keinem Fall richtig ist, die Anwendung von Repressalien gegen die Freiheit und das Eigenthum der unschuldigen Unterthanen des das Unrecht begehenden Staats, unter strengster Wahrung des Lebens und der Gesundheit derselben und mit gerechtester Vertheilung der Vergeltung an den in der Gewalt des Vergeltenden befindlichen Personen und Privatgütern, nach vorheriger Anzeige der Anwendung eines solchen Mittels, zulässig; derselbe Grundsatz fände Anwendung auch auf die Kriegsgefangenen; der in seinen oder seiner Unterthanen Recht verletzte Staat zieht den Weg der Repressalien dem des Krieges vor, in dem er gleichfalls dem Privateigenthum und so den Unterthanen des Feindes Opfer von unvergleichlich grösserem Umfange auferlegt; wie aber hier im Kriege die Lasten und Opfer vertheilt werden, wenigstens werden müssten, so hat auch der die Repressalien ausübende Staat dieses Princip der Vertheilung festzuhalten. Der Unterschied im Vergleich zum Kriege liegt

indessen in einem sehr bedeutenden Moment, nämlich die Schädigung des Rechts des Einzelnen in Folge der Repressalie wird einem nur sehr geringen Theil der Staatsunterthanenschaft zugefügt und die Regierung des Heimathstaats kümmert sich schliesslich vielleicht garnicht um die so Geschädigten, wie England solches 1807 that (Bernier, Staats-W.-B. Repressalien); aber es ist das nun einmal ein ganz geeignetes Mittel an das Pflichtbewusstsein des Heimathstaats zu appelliren, fügt sich dieser dem Verlangen auf Genugthuung auch dann nicht, so ist der Krieg unzweifelhaft gestattet und der hierzu genöthigte Staat mag dann die unschuldig von der Repressalie Betroffenen entschädigen.

In unserer Zeit wird dieses Mittel indessen Dank der öffentlichen Meinung fast gänzlich überflüssig, und namentlich haben die letzten Kriege seit der Mitte dieses Jahrhunderts auch aus diesem Grunde die Kriegsrepressalie an der Person und dem Gut der Kriegsgefangenen unseres Wissens ganz gestrichen. Des Appells des Präsidenten der N.-Am. Union v. 1864 an die öffentliche Meinung, gedachten wir bereits. Die darauffolgenden Kriege auf dem europ. Continent haben gleichfalls von solchen Repressalien keinen Gebrauch gemacht, und namentlich grossartig ist der seitens unserer Kriegsmacht im gegenwärtigen Culturkampf gegen die Barbarei bewiesene Gerechtigkeitssinn, der der beste Beweis für die Ueberflüssigkeit der Kriegsrepressalie gegen die Person und das Gut der unschuldigen Krieger und anderen Unterthanen ist! Man bestrafe die feindliche Regierung eventuell durch Confiscation ihrer Staatsgüter, falls die Missbilligung seitens der öffentlichen Meinung eine Genugthuung oder Garantie nicht erlangen lässt. Ein wirksames Mittel gegen Verletzungen der Kriegsmanier wäre z. B.

die Verständigung der Staaten unter einander für den Fall solcher den Gesandten und sonstigen diplomat. Vertretern der Kriegsmanier nicht achtender und auf den diesbezüglichen Protest keine Rücksicht nehmenden Regierung die Pässe zustellen zu wollen; das bedeutet mehr, als einzelne Repressalien gegen Unschuldige und thut zudem Niemandem ein Unrecht; zu einem solchen Vorgehen würden die Regierungen gezwungen werden durch die Bestätigung der Brüsseler Declaration. Solche Garantien des Kriegsrechts müssen jeder Regierung, die das Princip der Brüsseler Conferenz anerkannte und billigte, heiliger Ernst um so mehr sein, als dieselben zugleich ausserordentlich wirksam und ohne Schwierigkeiten auszuführen sind. — Der Werth dieser Garantien ist von grossem Interesse sowohl für die gesammte Menschheit, als auch für jeden einzelnen Staat, der an den Folgen des kriegsrechswidrigen Verfahrens des Feindes zu leiden hatte resp. hat; wird letzterer auch in Folge solcher Schritte zum Ablassen vom Unrecht nicht bewogen, dann wird auch die Repressalie an seinen Unterthanen ihn zur Umkehr zum Recht nicht nöthigen und die Repressalie wäre dann nur Vergeltung als Rache, ohne einen Rechtszweck. — Die Grundlage hierfür ist indessen zunächst die europ. Codification des Kriegsvölkerrechts, oder auch nur einzelner Theile für's erste, so namentlich als Fortsetzung der Genf. Conv. die Codification des Kriegsgefangenenrechts. Sind solche Garantien geschaffen, so kann der Kriegsvölkerrechts-Codex ohne Bedenken die Kriegsrepressalie, als dem Grundsatz *qu'un innocent ne souffre pas pour un coupable* widersprechend, verboten werden. — Jeder sucht in seinen Grundsätzen und Handlungen logisch consequent zu sein,

soweit ihm die Möglichkeit solches gestattet und die Nothwendigkeit nicht im Wege steht; dass die Staaten die auf der Conferenz zu Brüssel die Declaration beifällig aufgenommen haben, auch genöthigt sind, als realisirbare Consequenzen jene ihr Werk erst vollständig krönenden Garantien zu bestellen, deren Bestehen an sich schon ihre Anwendung nicht allzu häufig nothwendig machen wird — kann somit nicht zweifelhaft sein; es wird nichts Unmögliches verlangt.

Aber auch in Ermangelung solcher Garantien kann die Kriegsrepressalie an der Person und dem Eigenthum der Kriegsgefangenen nicht zugegeben werden. In den letzten Kriegen ist ein solcher Grundsatz praktisch gewesen. Gegen das Leben und die Gesundheit der Kriegsgefangenen wurden Repressalien nicht geübt. Deutschland drohte nur einmal mit grösserer Freiheitsbeschränkung der französischen Officiere, als Repressalie für die Flucht ihrer Genossen; die Ausführung einer solchen Drohung wäre aber nur gegenüber den auf Ehrenwort Entlassenen eine Repressalie gewesen, die jedenfalls Unschuldige treffen musste, aber doch nicht praktisch sein kann; man gebe den Namen solcher ehrloser Personen der öffentlichen Verachtung preis, das ist eine entsprechende Strafe für den Schuldigen; die Staaten mögen sich verpflichten in ihren Staatsanzeigern diese Namen derselben an bemerkbarer Stelle als ehrlose Flüchtlinge zu bezeichnen.

Spätestens und in der Regel mit dem Frieden hat die Kriegsgefangenschaft ihr Ziel erreicht; in neuerer Zeit fand die Entlassung der Kriegsgefangenen auch bereits nach Abschluss des Waffenstillstandes statt, wenn als dessen Folge mit Sicherheit der Friedensschluss erwartet werden

konnte<sup>20)</sup>, oder die abziehende Garnison einer capitulirten Festung verpflichtete sich während „eines Jahres und eines Tages a dato“ der Capitulation gegen den Nehmestaat nicht zu dienen (namentlich zur Zeit der Napoleonischen Kriege). Doch das sind specielle Vereinbarungen zu denen das Kriegerrecht nicht zwingt, ebenso wenig, als zur Auswechselung von Kriegsgefangenen während des Krieges. Völkerrechtlich hört die Kriegsgefangenschaft abgesehen vom Abgange mit Tode, der Zurückerobering, falls die Betreffenden sich nicht verpflichtet „nicht zu dienen“, und der unbedingten Entlassung aus der Gefangenschaft auf mit dem Eintritt des definitiven Friedensschlusses d. h. nach erfolgter Ratification desselben; man vereinbart eine bestimmte Zeit zur Entlassung resp. Beförderung der Gefangenen an bestimmte Punkte des Heimathstaates derselben, weil solches nicht auf ein Mal geschehen kann; indessen juristisch hört die Gefangenschaft mit dem Augenblick der Ankunft der amtlichen Nachricht vom Friedensschluss auf. Nach der heutigen Praxis werden die Kriegsgefangenen, falls nichts besonderes in dem Friedensvertrage hierüber bestimmt ist, auf Kosten des Nehmestaats bis zur Ablieferung an den Heimathstaat verpflegt und befördert; diese Art bildet in der neueren Zeit, wo für die während des Krieges verausgabten Verpflegungskosten zu Gunsten der Kriegsgefangenen gegenseitig nicht ausbeudungen zu werden pflegt, ausnahmslose Regel.

Gründe, die die Aufhebung der Gefangenschaft sus-

20) Östr.-sard. W.-Stillst. 1849. Mart. N. R. G. XIV. p. 173; pr. dän. W.-Stillst., 1848 (ib. XXI, 546, a. IV) 1849; (ib. XIV. 551). Ital.-östr. W.-St. 1866. St.-Arch. XII, 100.

pendiren können, resp. die Zurückführung der wohl Entlassenen, aber noch in der Gewalt des Nehmestaats befindlichen in die Gefangenschaft rechtfertigen, sind die Versäumniss und Weigerung der Erfüllung wesentlicher Bestimmungen des Vertrages, die zu erneuertem Kriegszustande führen können. Gewiss liegt auch hier eine Repressalie vor, aber an der persönlichen Freiheit der Organe der gegnerischen Kriegsgewalt zu Sicherheitszwecken in Folge des Krieges, als Fortsetzung dieses, da der Heimathsstaat der so detinirten Gefangenen den Frieden noch nicht erfüllt hat.

Unbeschadet des Aufhörens der Kriegsgefangenschaft ist der Nehmestaat, falls der Friedensvertrag nicht anders bestimmt, berechtigt und sich selbst und seinen Unterthanen gegenüber verpflichtet, diejenigen der Kriegsgefangenen, welche ihre rechtlichen Verpflichtungen im Nehmestaat nicht gelöst haben, zurückzuhalten, bis sie ihre Strafe verbüsst oder ihre Schulden bezahlt; beides liegt ausserhalb der Kriegsgefangenschaft und gehört einer besonderen Rechtssphäre an, hinsichtlich der der Nehmestaat allein zu verfügen hat, was der Heimathsstaat der betr. Personen nicht bestreiten kann, falls kein offenes Unrecht stattfindet. Er kann nur die Garantie für die Bezahlung der Schulden übernehmen, was auch häufig geschehen, in den neueren Verträgen indessen nicht üblich gewesen ist. Für die ausdrückliche Ausnahme Derjenigen von der Entlassung der Kriegsgefangenen, welche ihre privatrechtlichen Verbindlichkeiten nicht regulirt oder bis sie solches gethan, finden sich häufige Beispiele in allen der drei letzten Jahrhunderte, namentlich in vorigen (cfr. Du Mont, Wenck, Martens). Der Heimathstaat der Kriegsgefangenen kann aber nicht die Befreiung derer von ihnen verlangen, die als Verbre-

cher gegen das *droit commun* bestraft, die Strafe noch nicht verbüsst oder, für ein solches Verbrechen in Untersuchung oder vor Gericht stehend, noch nicht abgeurtheilt worden sind. In einzelnen Verträgen findet sich die unbedingte Entlassung auch dieser Kriegsgefangenen verabredet, wo solches nicht geschieht, da verbleiben dieselben ganz unzweifelhaft der Strafhoheit des Nehmestaats, obgleich ihre Natur als Kriegsgefangener auch rechtlich aufgehört hat, unterworfen. Allerdings konnte im XVII. und auch noch im XVIII. Jahrhundert die Redaction des Amnestieartikels in den Friedensverträgen und die Bestimmung: „die Kr.-Gef. werden entlassen ohne allen Vorbehalt“, jene unbedingte Entlassung auch dieser Kr.-Gef. ohne Mühe herausinterpretiren lassen — ob diese Ausdehnung beabsichtigt war, können wir nicht entscheiden. — Seit der Mitte des XVIII. Jahrhunderts wird dann die Redaction präziser und die Amnestie ausdrücklich auf die Kriegsfeindseligkeiten beschränkt. Es liegt kein Grund vor zur Amnestie auch der Verbrecher, namentlich der s. g. Gemeinen, wie denn überhaupt die allgemeinen Begnadigungen solcher aus irgend einer äusseren Veranlassung dem modernen Staat und Recht zuwider sind. — Dass zwischen dem Fall der bereits eingetretenen Strafverbüsung und dem der gerichtlichen Untersuchung kein Unterschied besteht, kann mit Rücksicht auf ihren gleichen Rechtsgrund nicht zweifelhaft sein, aus demselben Grunde kann die Verfolgung der Gefangenen auch nach bereits amtlich bekannt gemachten Friedensschluss, so lange sich derselbe noch in der Gewalt des Nehmestaats befindet, ergreifen. Die Rechte des Kriegsgefangenen werden hierdurch in keiner Weise verletzt, der gerichtlich belangte kommt als der Strafgewalt des Nehme-

staats unterworfenen Verbrecher, blos als auf dem Territorium dieses verweilender Fremder in Betracht, der nur gerechtes Urtheil beanspruchen darf. Unbedingt verworfen wird von Calvo (II, 751) und dem Project . . . der Pariser Gesellschaft (29) die Detention der für Disciplinardelictes in Untersuchung stehenden oder verurtheilten Kriegsgefangenen bis zur Urtheilsfällung resp. der Strafverbüssung. Calvo weist auf den Zusammenhang der Kriegsgefangenschaft und dieser Vergehen hin, diese als Folge jener bezeichnend; hört also die Kriegsgefangenschaft auf, so auch die Verfolgung und das Urtheil für jene Delictes. Nach dem deutsch-französischen Frieden von 1871 wurden seitens des deutschen Kaisers beide erst als Amnestie oder Begnadigung einige Zeit nach dem definitiven Friedensschluss aufgehoben; in Frankreich soll das sofort geschehen sein. (Calvo II, 751).

Das in Rede stehende Rechtsverhältniss hat zwei gleich zu beachtende Seiten. Der Kriegsgefangene hat sich gegen die ihm von der für ihn competenten Autorität des Nehmestaats vorgeschriebenen Disciplin aufgelehnt, wird daher bestraft, und das Recht hierzu bestreitet Niemand; mit dem Aufhören der Kriegsgefangenschaft durch den Frieden wird die Bedingung solcher Delictes aufgehoben, die diesbezüglichen Ordnungswidrigkeiten bis dahin werden aber nicht ungeschehen gemacht. — Auf der andern Seite wendet sich die Rechtsverfolgung gegen den Kriegsgefangenen als solchen, als den Sicherheitsgefangenen. Nichtsdestoweniger ist die Autorität des Nehmestaats verletzt und die Aufhebung jeglicher Rechtsverfolgung für Disciplinarvergehen mit Eintritt des Friedens würde die Gefangenen bei der sicheren Aussicht des bevorstehenden Friedens auch zu

masslosem Uebermuth verleiten. — Ein hartes Urtheil wird es für den Kriegsgefangenen sein, nach erfolgtem Abzug seiner Landsleute für Disciplinarvergehen die Strafe abbüßen zu müssen; wenn man diese Strafverschärfung in Betracht zieht und ferner den Umstand berücksichtigt, dass es sich hier um nicht sehr lange währende Arreststrafen handelt und die Auslieferung der Gefangenen in einem gewissen Zeitraum stattzufinden hat, so dürfte es billig sein, diesen äussersten Termin zum Endpunkt der Verbüssung von Disciplinarstrafen zu machen. Für die Polizeivergehen nach Eintritt des Aufhörens der Kriegsgefangenschaft unterliegen die ehemaligen Gefangenen den gewöhnlichen Polizeiregeln, wie die übrigen Fremden. Die Milderung oder Erlassung der ordnungsmässigen Strafe ist auch hier, ebenso wie in dem zuvor erwähnten Fall, keineswegs Rechtspflicht. Der Umstand, dass der Friedensschluss die Kriegsgefangenschaft löst, kann das Ordnungsprincip nicht beeinträchtigen <sup>21)</sup>.

21) Nachtrag I. ad p. 101. Eine wichtige und noch nicht gelöste Frage ist die Rechtsstellung der nicht militairischen Boten der einen kriegführenden Partei gegenüber der anderen. So viel dieselbe von den Publicisten berührt wurde, sprachen diese sich dahin aus, dass die Boten offen ihren Dienst verrichten müssen, um das Recht auf Kriegsgefangenschaft beanspruchen zu dürfen. Die Am. Instr., darauf Bluntschli und endlich, auf beide gestützt, das *Projet pouvant servir de base à un Régl.* . . . berühren die Frage recht ausführlich, geben aber keine präcise Antwort. — Unserer Ansicht nach ist dieses Rechtsverhältniss in folgender Weise zu analysiren: Verrichtet der Bote seinen Dienst als solcher, ohne Spion zu sein oder sich gegen die Feldpolizei des Feindes zu vergehen, in einer Weise, dass der Feind ihn nicht erkenne, so ist solches erlaubte Kriegsthat, ähnlich wie bei verdeckten militairischen Operationen, die in keinem Fall mit der als Treulosigkeit zu bestrafenden Spionage verglichen werden kann. Wird der betr. kriegführende Staat solcher Boten habhaft, so steht ihm an denselben unzweifelhaft das Recht

## Schluss.

- 1) Die Kriegsgefangenen sind Sicherheitsgefangene zu Kriegszwecken;
- 2) Der kriegführende Staat ist berechtigt, zu Kriegsgefangenen zu machen:

der Kriegsgefangennehmung zu, aber kein Strafrecht. — In der Brüss. Declaration (Art. 22) ist die hier angezogene Frage nicht direct gelöst: nicht werden als Spione angesehen 1) les militaires (et aussi les non-militaires accomplissant ouvertement leur mission) chargés de transmettre des dépêches destinées soit à la propre armée, soit à l'armée ennemie; [II. die Luftschiffer, die den Verkehr beim Feinde unterhalten (s. hinsichtlich der letzteren die trefflichen Bemerkungen von Bluntschli, Jahrbuch 1872, p. 292—3)]. Dieser Art. 22 gehört zu dem mit „Des Espions“ überschriebenen Abschnitt der Declar. und zählt diejenigen Personen auf, welche als Kundschafter und Boten thätig, nicht als Spione angesehen werden sollen, also gehören die als Boten thätigen non-militaires (ohne militärische Zeichen), welche die bezeichnete Bedingung (mit dem *ouvertement*) nicht erfüllen, falls gefangen genommen, nicht zu den Ausnahmen vom Begriff *Spion* im Art. 22; ob sie aber als Spione behandelt werden dürfen, davon spricht die Declaration nichts; der Zusammenhang mit dem ganzen Abschnitt berechtigt zu einer bejahenden Antwort. Worin aber das *ouvertement* . . . zu bestehen habe, wird gar nicht angegeben.

2. ad p. 153 ff.: Die auf Ehrenwort in ihre Heimath entlassenen Kriegsgefangenen pflegen bereits seit Jahrhunderten sich zu verpflichten, gegen den Nehmestaat nicht wieder zu dienen; letzteres ist oft in dieser allgemeinen Form im Revers eingetragen (Moser, IX); gewöhnlicher war die präcisere Fassung; gegen den Nehmestaat während des dauernden Krieges (seltener — und dann offenbar aus Versehen — ohne diese Zeitangabe) nicht wieder die Waffen zu ergreifen; die Capitulation von Metz und Sedan (1870, Hahn, pr. Pol. p. 475, 598) verbieten auch das Zuwiderhandeln den deutschen Interessen seitens der auf Ehrenwort entlassenen franz. Kriegsgefangenen. Dass diese Fassung ausserordentlich unbestimmt ist, bedarf nicht erst des Hinweises. Das *Projet pouv. serv. de base* . . . (73) empfiehlt une grande précision für die im Revers enthaltenen Verpflichtungen; weiter (82) beschränkt es aber die Verpflichtung nicht zu dienen blos auf den *service actif en campagne* gegen den Nehmestaat oder dessen Alliierte qui prennent une part effective

- A. alle zum feindlichen Heer gehörigen und bei demselben befindlichen Personen (Combattanten, Non-Combattanten und Volontaire). — Ausgenommen sind:
  - a) die durch die Genfer Convention befreien und
  - b) das Feldrichter- und Feldpolizei-Personal, so lange sie sich auf dieses betr. Amt beschränken. Dieselben sind verpflichtet, über ihre Eigenschaft durch Identitäts-Certificate sich auszuweisen und die militärischen Sicherheitsmassregeln des Feindes zu achten, der im Fall ihrer Detention zu eigenen Sicherheitszwecken dieselbe motiviren muss.
- B. Alle übrigen im occupirten Territorium angetroffenen, die Sicherheit der Staatsgewalt der Occupanten daselbst bedrohenden Personen, die aber dann über den Grund ihrer Gefangennehmung eine Motivirung verlangen dürfen, mit dem Recht der Veröffentlichung derselben;

à la même guerre; „die Verpflichtung bezieht sich nicht auf den Civildienst und diplomatische Aufträge“. — In gleicher Weise beschränkte das russ. Proj. z. Br. Conf. und das Schl.-Prot. dieser aus dem blossen Ehrenwort folgenden Verpflichtungen (Art. 37 resp. 33), denn nur der abermalige Waffendienst gegen den Nehmestaat berechtigt zum *priver des droits des prisonniers de guerre et traduir devant les tribunaux*; anderweitigen Dienst zu Gunsten des Feindes, also z.B. gegen den Alliierten des Nehmestaats oder in der Kriegsintendantur gilt offenbar nicht als Verletzung des Ehrenworts (in dem Sinn dieses *terminus technicus*), da keine Strafe angedroht wird. — Jedenfalls ist der Nehmestaat berechtigt, die ihm convenirenden Bedingungen für die Entlassung der Kriegsgefangenen während des Krieges festzustellen, die mit den oben bezeichneten Ausnahmen, anzunehmen aber dem Belieben des Gefangenen anheimgestellt werden muss und wird.



- C. Die Schiffsleiter auf Schiffen, die Contrebande dem Feinde zuführen oder sich des Blocadebruchs schuldig machen; die die Contrebande event. begleitenden Schiffsherrn; die auf dem Schiff anwesenden Eigenthümer der Contrebande und deren Bevollmächtigte.
- 3) Jeder auch nicht autorisirte Combattant, wenn vom Gegner gefangen genommen, muss als Kriegsgefangener behandelt werden, wenn er die Kriegsmanier geachtet. Jeder Combattant, der diese Bedingungen nicht erfüllt, ist strafbar. — Boten der einen kriegführenden Partei, wenn vom Gegner gefangen, geniessen die Rechte von Kriegsgefangenen, falls sonst kein Strafgrund vorliegt.
- 4) die Kriegsgefangenen stehen mit ihrer Person und ihrem Eigenthum unter dem Schutz der allgemeinen Gesetze des Nehmestaats, der verpflichtet ist, dieselben, falls nicht mit ihrem Heimathsstaat specielle Verabredungen bestehen,
- a) ihren Gesundheitsforderungen entsprechend zu verpflegen;
  - b) für ihre geistigen und geistlichen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu sorgen;
  - c) innerhalb des ihnen zugewiesenen Aufenthaltsorts ihnen die freie Arbeit nicht zu verbieten, soweit diese sich mit der Ordnung verträgt. Wird die Genehmigung zum Arbeiten ansserhalb dieses Aufenthaltsorts versagt, so sind die Gründe anzugeben,
  - d) den Verkehr mit auswärts innerhalb der Internierungslinie unter Controle zu gestatten, gleich-

- wie den Empfang von Sendungen von auswärts, soweit das nicht den Sicherheitszwecken des Nehmestaats zuwider ist. — Die Briefcensur hat nur Statt, wenn sie am Ort allgemein gilt und gegen solche, die die Flucht versuchten;
- e) die Kriegsgefangenen geniessen für die von ihnen abgesandten Briefe Portofreiheit;
  - f) an den Rechten der Kriegsgefangenen dürfen Repressalien nicht stattfinden;
  - g) ihr Privateigenthum ist mit Ausnahme der Fälle des Nothrechts unverletzlich: einzelne Gegenstände desselben darf der Nehmestaat mit Angabe der Gründe unter seine Aufsicht stellen;
  - h) jeder Kriegsgefangene ist berechtigt, unbeschadet der Rechte des Nehmestaats, sich für eigene Rechnung zu verpflegen.
- 5) Der Nehmestaat ist berechtigt, unter Achtung der Rechte des Kriegsgefangenen sub 4, über die Grenzen der Freiheit derselben zu bestimmen.

Die eigenmächtige Entfernung resp. Flucht wird nur dann bestraft, wenn der betr. Gefangene sich persönlich verpflichtet hatte, den bestimmten District nicht zu verlassen oder derselbe sich gefangen gegeben hatte. Jeder auf der Flucht begriffene Gefangene, der auf erfolgte Sommaton, stehen zu bleiben, die Flucht nicht einstellt, darf niedergeschossen werden.

Die Verletzung des vom Gefangenen dem Nehmestaat gegebenen Verprechens ist strafbar.

Der Nehmestaat ist berechtigt, nur diejenigen Kriegsgefangenen, welche sich nicht selbst verpflegen können, zur Entschädigung für den Unterhalt derselben

zu angemessenen Arbeiten zu verwenden, die in keiner directen Weise der Kriegführung gegen ihren Heimathsstaat oder dessen Alliirten in diesem Kriege zu Gute kommen. Die Arbeit soll nach den gewöhnlichen Preisen bezahlt werden, aus deren Ertrag der Nehmestaats sich für die Auslagen zu Gunsten der Verpflegung entschädigen darf. — Die gewöhnlichen häuslichen Dienste können gleichmässig auf die Einzelnen vertheilt werden und darf für sie keine Bezahlung beansprucht werden; die Benutzung technischer Fertigkeiten muss entsprechend bezahlt werden.

Im Uebrigen unterliegt der Kriegsgefangene den Gesetzen des Nehmestaats wie überhaupt der Ausländer, ausserdem den Disciplinargesetzen der Kriegsgefangenschafts-Ordnung.

Jeder Kriegsgefangene ist, befragt nach seinem Namen und Charakter, bei Strafe verpflichtet, die Wahrheit zu sprechen.

- 6) Der definitive Friedensschluss löst die Kriegsgefangenschaft unbeschadet der Wirksamkeit sonstiger Rechtsfolgen in Civil-, Criminal- und Disciplinar-Angelegenheiten. <sup>22)</sup>

---

<sup>22)</sup> Analog dem Vorgange von Luder (Genfer Convention, pag. 428—444) erlauben wir uns hier die in unserer Arbeit gewonnenen Principien in der Gestalt von Rechtssätzen zu formuliren, über deren praktische Brauchbarkeit die competenten Praktiker zu entscheiden haben. Der Verfasser wird für seine Arbeit vollständig entschädigt sein, wenn dieselbe zur Ergänzung der Lücken des betreffenden Theiles der Brüss. Declaration anregen sollte. Jedenfalls bemühte er sich, dem Grundsatz „ne nimis“ treu zu bleiben und zu discutablen Resultaten zu gelangen.